

# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung

65. Jahr Heft 1/2 Jan./Febr. 2012



TITELTHEMA

Bundeswehr in Schulen  
und Hochschulen

Donnerstag, 1. März 2012

### Frauen in Teilzeitarbeit

Die Personengruppe Frauen der GEW Hessen führt am 1. März 2012 von 15 bis 17 Uhr ein Fachseminar zum Thema „Frauen in Teilzeitarbeit“ in der Ferdinand-Braun-Schule in Fulda durch. Nach einem Kurzvortrag von *Dr. Hartwig Schröder* besteht die Gelegenheit, Fragen rund um das Thema Teilzeitarbeit an den Vertreter der Rechtsstelle der GEW Hessen und an die Frauenbeauftragte für Lehrerinnen beim Staatlichen Schulamt in Fulda zu stellen. Die Veranstaltung ist als Fortbildungsmaßnahme akkreditiert.

- **Anmeldung:** GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Tel. 069-971293-27, Fax: -97, E-Mail: info@gew-hessen.de

Samstag, 3. März 2012

### Gesamtschultag der GGG

Der Gesamtschultag 2012 der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule findet am Samstag, dem 3. März 2012, von 10 bis 16.15 Uhr in der IGS Nordend in Frankfurt, Hartmann-Ibach-Str. 54-58, statt. Den Impulsvortrag zum Tagungsmotto „Eine Schule für alle – Inklusion ist Aufgabe der öffentlichen Schule“ halten *Prof. Dr. Andreas Hinz* und *Ines Boban* (Universität Halle-Wittenberg). Daran schließen sich Workshops und um 16.15 Uhr die Mitgliederversammlung der GGG an.

- **Infos:** www.ggg-bund.de, **Anmeldung per Überweisung bis 17.2.2012 mit Angabe der Schule oder Organisation, bei GGG-Mitgliedern mit Mitgliedsnummer: GGG LV Hessen, Sparkasse Darmstadt, BLZ: 50850150, Konto: 6003435. Der Tagungsbeitrag beträgt inklusive Verpflegung 45 Euro, für GGG-Mitglieder 30 Euro.**

## Aus dem Inhalt

### Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Briefe
- S. 6 Meldungen
- S. 32 Recht: Zeitverträge an Hochschulen
- S. 33 Recht: BAT-Altersstufen
- S. 34 Recht: Teildienstfähigkeit
- S. 35 Magazin

### Titelthema: Bundeswehr

- S. 8 Schüler im Visier
- S. 10 So wirbt die Bundeswehr
- S. 11 GEW gegen Militarisierung
- S. 12 Kriegsspiele am PC

Dienstag, 13. März 2012

### Berufsschultag der GEW Hessen

Unter dem Motto „Pädagogische Profession und Gesundheit“ steht der diesjährige Berufsschultag der GEW Hessen am Dienstag, dem 13. März 2012 von 10 bis 17 Uhr im DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner Straße 69-77.

Referenten sind *Professor Dr. Richard Huisinga* (Uni Siegen) um 10.30 Uhr und *Professor Dr. Hans-Georg Schönwälder* (Uni Bremen) um 14 Uhr zum Thema „Arbeitsüberlastung im Lehrerberuf“. An die Referate schließen sich jeweils arbeitsgleiche Workshops zum Referat an. Der Berufsschultag wird mit einer „Vernisage“ der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen beendet.

- **Anmeldung:** GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069-971293-93, E-Mail: info@gew-hessen.de

Donnerstag, 23. Februar 2012

### Qualität von Ganztagschulen

Der Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes führt seine diesjährige Fachtagung am 23. Februar 2012 von 9 bis 17 Uhr an der Gesamtschule am Rosenberg in Hofheim mit dem Schwerpunktthema „Qualität von Ganztagschulen“ durch.

Das Hauptreferat wird *Dr. Ilse Kamski* aus Dortmund halten. Außerdem wird Ministerialrat *Wolfgang Schwarz* die neue Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen vorstellen. Der Teilnahmebeitrag beträgt 25 Euro, für Mitglieder des Ganztagschulverbandes 20 Euro.

- **Anmeldungen bis 12. Februar 2012 per Fax (0611-97897887) oder E-Mail: guido.seelmann-eggebert@wiesbaden.de**

- S. 14 Netzwerk Friedensbildung
- S. 16 Zum Beispiel Helmut Stein
- S. 17 Als Jugendoffizier in Hessen
- S. 18 Zivilklausel an Hochschulen
- S. 20 Eine kleine Materialübersicht

### Einzelbeiträge

- S. 7 Tarifrunde 2012 für Kommunen
- S. 21 Ausbildung braucht Zeit
- S. 22 Professor Clemens Klockner: 40 Jahre Fachhochschulen
- S. 24 Spardiktat für Griechenland
- S. 26 Rechtsextremismus bekämpfen
- S. 28 1947/1948: Jüdische Berufsschule in Darmstadt
- S. 30 Personalratswahlen 2012



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 9 71 29 30  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: info@gew-hessen.de  
Homepage: www.gew-hessen.de

### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
Klingenberg Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 63 62 69  
Fax (0 69) 6 31 37 75  
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

### Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Carmen Ludwig (Hochschule), Karin Schrüfer (Bildung), Andreas Staets (Hochschule), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

### Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Harald Freiling, Jens Wernicke

### Illustrationen:

Ruth Ullenboom (S. 4)

### Fotos:

Michael Schulze von Glaßer (Titel, S. 9, 12, 13), Arbeiterfotografie (S. 27), digitalstock (S. 15), GEW (S. 7, 18, 24, 31), Erika Sulze-Kleinmeier (S. 23)

### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Edith Hestert  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: mlverlag@wsth.de

### Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

### Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel



# Neonazis in Hessen

Die rechtsextreme Szene ist auch in Hessen von der NPD, den Kameradschaften, Autonomen Nationalisten und „Freien Kräften“ dominiert. Es gibt Gruppen, Akteure und Aktivitäten u. a. in Kassel, in Orten der Landkreise Vogelsberg, Schwalm-Eder, Wetterau, Main-Kinzig und Gießen, dann im Raum Wetzlar, im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen. Daneben beobachten wir eine rechte jugendkulturelle „Erlebniswelt“, eine eher „offene“ Cliques- und Musikszene sowie eine rege Internetkommunikation. Die Entwicklung im organisierten Lager ist in den letzten Jahren von vier Tendenzen gekennzeichnet: Es hat sich eine stabile Szene herausgebildet, sie hat sich ideologisch radikalisiert, sie ist zunehmend gewaltbereit und gewalttätig und es gibt es dichte Vernetzungs- und Kontaktstrukturen.

Die extreme Rechte ist – nicht nur, aber vor allem – von aggressiv und militant agierenden jungen Männern dominiert; deren Alltag ist von Treffen, Musik, Alkohol und Pöbeleien, dann von Schmier- und Klebeaktionen, Aufmärschen, Straf- und Gewalttaten bestimmt. Zu erinnern ist an den Überfall auf die „Solid“-Jugendgruppe am Neuenhainer See, den Brandanschlag in Wetzlar, wiederholte „Partys“ in einer Hofreite in Echzell und den Aufmarsch in einem Frankfurter Stadtteil.

Neben dem organisierten Rechtsextremismus gibt es ein empirisch mehrfach nachgewiesenes menschenfeindliches Einstellungspotenzial, rechtspopulistische Mentalitäten und einen latenten Rassismus in der Mitte der Gesellschaft. Das belegen zahlreiche Studien und zeigt sich in den letzten Jahren auch im Wahlverhalten vor allem von männlichen Erst- und Jungwählern.

Rechtsextrem motivierte Gewalttaten und Morde hat es in den letzten Jahren in der Bundesrepublik wiederholt gegeben; sie sind keine Ausnahmereignung, sondern gehören zum Alltag. Nach seriösen Recherchen der Presse sind seit 1990 über 150 Menschen durch die Folgen rechtsextremer Gewalt ums Leben gekommen; die Amadeu Antonio Stiftung spricht von 182 Menschen. Die Mordserie, Banküberfälle, Sprengstoff- und Waffenfunde des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) zeigen die Brutalisierung in der Szene hin zum Rechtsterrorismus.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus stellen sich zunächst Fragen nach dem Versagen, den Versäumnissen und der Unkenntnis von Sicherheitsbehörden und Verfassungs-

schutz. Hier stehen die Ermittlungen erst am Anfang, aber die bisherigen Erkenntnisse zeigen eine politische und behördliche Ignoranz sowie eine Sicherheits- und Geheimdienstpolitik gegenüber dem organisierten Lager, die nicht in der Lage waren, diese Entwicklungen zu erkennen.

Für die Verfolgung von Straf- und Gewalttaten sind die Sicherheitsbehörden, für die politische Kultur und Ächtung des Rechtsextremismus sowie von Vorurteilen, Ressentiments und Alltagsrassismus sind die Politik und Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger zuständig. Hier kommt dem Bildungs- und Erziehungssystem zunächst und vor allem eine präventive Bedeutung zu. Politische Bildung, Demokratielernen und Aufklärung sind dabei die leitenden Maximen und Herausforderungen, die mit einer Kultur der Anerkennung in den pädagogischen Einrichtungen zu verbinden sind. Es gilt die Erkenntnis, je mehr positive Anerkennungs-, Zugehörigkeits- und Partizipationserfahrungen Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit, Ausbildung und Hochschule machen, desto weniger sind sie anfällig für rechtsextremes und menschenfeindliches Gedankengut. Weiter zeigen Projekterfahrungen die Bedeutung von lokalen Netzwerken und Aktionsplänen, von Beratungsangeboten für Schulen, Eltern und Kommunen und auch von Ausstiegshilfen. Nimmt man diese Erkenntnisse ernst, dann wäre eine hessische bildungs- und jugendpolitische Offensive gefordert, die den Pädagoginnen und Pädagogen in ihrer erzieherisch-bildenden Arbeit wirklich Mut macht, sie nachhaltig unterstützt und eine lebendige demokratische Kultur favorisiert.

*Benno Hafener*



Prof.  
Benno Hafener  
Philipps-Universität  
Marburg

# Gelassen durch die „Pubertät“

Leises Schnarche dringt aus der letzten Reihe. Ich suche nach einem Stück Kreide, um es dem desinteressierten Knaben an den Kopf zu werfen, aber ich konnte noch nie richtig zielen. Von seinem Sitznachbarn unsanft geweckt, murmelt Bruce: „Ich bin in der Pubertät, ich brauche viel Schlaf!“ Dustin raschelt mit Papier und stopft sich den Mund voll: „Ich bin krass im Wachstum, ich muss essen!“ Ich lasse ihn kauen. Ich lasse auch Cassandra meinen Unterricht als scheißlangweilig deklarieren. Ich weiß ja, was los ist: Die Pubertät, gern auch „Pupertät“ geschrieben. Sie befällt über Nacht ganze Schulklassen. Erfahrungsgemäß im 7. und 8. Schuljahr.

Laut Ärzten und Psychologen wird das kindliche Gehirn während der Pubertät zu einer Baustelle, auf der sich tragende Wände und Stützpfeiler ständig verschieben. Synapsen fuchteln in der Gegend rum, Hormone toben durch den mutierenden Körper. Die Relation zwischen Rumpf und Gliedmaßen verschiebt sich. Der/die gebeutelte Jugendliche ist nicht in der Lage, das Verhalten angemessen zu steuern. Das körperliche Wachstum ist dem geistigen bisweilen Jahre voraus. Marlene in der ersten Reihe präsentiert dem Lehrpersonal ausdauernd ihr Dekollete, aber in der Pause gräbt sie versunken im Sandkasten.

Jung müsste man noch mal sein? Um Himmels willen! Zurück in diese Phase? „Pubertät ist der Zustand, in dem die Erwachsenen anfangen, schwierig zu werden“, ritzt Nike auf ihren Tisch. Jugendliche entwickeln verschiedene Strategien, um in dieser belastenden Zeit mit den Erwachsenen umzugehen. Einige Knaben werden apathisch und stellen die Kommunikation ein. Sie lassen sich die Haare wie eine Gardine ins Gesicht wachsen und fühlen sich bei jeder noch so harmlosen Frage unendlich belästigt. Andere grinsen nur noch und stellen sich so dumm, dass man auch sie irgendwann in Ruhe lässt. Die pubertären Aktivitäten im Unterricht sind mannigfaltig: Dennis gibt den Tierstimmenimitator, Pavel malt gurkenähnliche Kunstgegenstände, Mona beobachtet im Taschenspiegel die Entwicklung eines winzigen Pickels, Ina schreibt Tagebuch. Schwere Schultaschen sind bei den Mädchen out. Kleine Handtaschen mit Schminkzeug reichen völlig. Manche Schüler werden pampig und fühlen

sich ständig angegriffen. Andere entwickeln Allmachtsphantasien und zuzen ihre Lehrer. Die Leistungen sinken bei allen rapide. Ein Vater ändert daraufhin verärgert sein Testament. Der Klassenraum wird zu einer olfaktorischen Erlebniszone: Körpereigene Duftstoffe, Zigarettenaroma und süßliche Rasierwässer überlagern sich. Nach dem Sportunterricht kommt jede Menge Deo-Spray zum Einsatz. Wozu duschen?

Bei vielen Mädchen äußert sich die Pubertät in gnadenlosen Beurteilungen des eigenen Körpers. Anscheinend verfügt jede Familie über einen doofen Bruder, der zielsicher weiß, wie man Schwestern am besten ärgert. Das bewährte Reiz-Reaktions-Schema: „Du hast ja Zellulitis / einen fetten Hintern!“ Mädchen in der Pubertät tragen deshalb riesige Hosen oder kneten sich selbst im Sportunterricht eine Jacke um die Taille.

Max versteht seine Mitschüler nicht mehr. Er macht weiter Hausaufgaben und beteiligt sich mit kindlichem Eifer am Unterricht. Er brüllt nicht unmotiviert auf, rennt nicht beleidigt raus und spielt nicht mit Rasierklingen. Die anderen Kerle in der Klasse lachen, wenn er mit piepsiger Stimme ein Gedicht aufsagt. Wahrscheinlich setzt seine Pubertät mit voller Wucht in der 10. Klasse ein. Er wird in jede Richtung zwanzig Zentimeter wachsen und sich für Spott und Ungemach an seinen Mitschülern rächen. Mit Sicherheit werde ich deshalb jede Woche ein ernstes Gespräch mit ihm führen. Und heimlich meinen Kollegen beneiden, der sich in die Erwachsenenbildung gerettet hat.

„Seit David in der Pubertät ist, kann ich überhaupt nicht mehr mit ihm reden. Er ist anmaßend und unverschäm“, beklagt sich Frau Weimann. „Ach ja“, seufze ich, „und ich habe eine ganze Klasse voller Davids.“

Frau Weimann führt triumphierend an, dass ich die Klasse nur acht Wochenstunden hätte. Sie müsse die Pubertät ihres Sohnes fast rund um die Uhr ertragen. Aber wenn David 18 wird, ist bei Familie Weimann die Pubertät vermutlich ausgestanden. Ich bekomme dann eine neue 7. Klasse. Mich holt die Pubertät ständig wieder ein, spätestens im Lehrerzimmer, wenn sich alle lautstark zanken, wer diesmal die Jahrgangsarbeit entwirft, und Frau Kallmund in Tränen ausbricht, weil es sie trifft.

Gabriele Frydrych





Betr.: HLZ 12/2011  
Inklusion

### Was ist eine Grundschullehrerin?

Was ist eine Grundschullehrerin? Sozialarbeiterin? Erziehungsberaterin? Therapeutin? Unterrichtende? Förderin? Visionärin? In Anbetracht der Diskussion um inklusive Arbeit in der Grundschule zeigen Grundschullehrerinnen (und selten auch Grundschullehrer) mit ihrer Arbeit, dass sie schon seit einigen Jahren viele Aufgaben meistern, die Grundlage für guten Unterricht an inklusiver Schule sind. Die Aufgabenerweiterung zeigt sich besonders in Regionen, die gemeinsamen Unterricht seit Jahren praktizieren. Wie selbstverständlich gehört inzwischen dazu:

- die Kooperation mit außerschulischen Institutionen (Jugendamt, Erziehungsberatungsstellen, Schulsozialarbeit und viele mehr)
- Besprechungen am Runden Tisch mit Helfern und Beteiligten
- Beratung der Erziehungsberechtigten im Rahmen von Elterngesprächen und Informationsabenden zu Erziehungsthemen und zur Lebensberatung
- Arbeit mit Förderplänen
- Dokumentation verschiedener Abläufe und, und, und...

Erforderliche Kompetenzen wurden selbstständig und ohne Hilfe von außen erweitert. Die Arbeit ohne echte Hilfe wird weitergehen? Selbstverständlich soll auch inklusive Arbeit ohne mehr Ressourcen und Geld – natürlich pädagogisch sinnvoll – umgesetzt werden. Die Grundschullehrerinnen werden es schon richten! Kleines Helfersyndrom – und schon passt es. An dieser Stelle sagen wir nun „Nein“! Unser Helfersyndrom reicht nicht mehr aus, um die Kinder auf eine Position in unserer Gesellschaft vorzubereiten und ihnen gute Wege in ein selbstständiges Leben zu ermöglichen. Deshalb erwarten wir

- für die Schülerinnen und Schüler: Erhalt der bestehenden Ressourcen an den GU-Schulen, Experten direkt an die Schulen statt nur ambulanten Arbeit, Schulsozialarbeit an allen Schulen und
- für die Grundschullehrerinnen: Schutz durch den Arbeitgeber, indem das erweiterte Aufgabenfeld anerkannt wird durch höhere Besoldung und Stundenreduzierung.

Sybille Schlemmer, Christiane Giese, Hilde Kuczka  
Karl-Treutel-Schule, Kelsterbach

Betr.: HLZ 12/2011  
Gemeinsamer Unterricht

### Brief an Ministerin und Landtag

Die Ernst-Reuter-Schule II (ERS II) in Frankfurt ist eine Integrierte Gesamtschule mit Gemeinsamen Unterricht (GU) in Frankfurt, die für ihre engagierte, innovative Arbeit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist. Bezogen auf die Entwicklung des Gemeinsamen Unterrichts spielt unsere Schule seit 20 Jahren eine Vorreiterrolle. 100 von 1.200 Schülerinnen und Schülern haben derzeit einen sonderpädagogischen Förderbedarf, dabei sind alle Behinderungsarten vertreten. In enger Kooperation mit den Lehrkräften sind Krankengymnasten, Ergotherapeuten und Logopäden an unserer Schule tätig.

Die ERS II ist Stammschule für 20 Förderschulkolleginnen und -kollegen aller Fachrichtungen. Die Arbeit in einem multiprofessionellen Team ist in verlässlichen Strukturen institutionalisiert und eingespielt. Diese personellen und räumlichen Ressourcen, die durch den GU geschaffen wurden, kommen allen Schülerinnen und Schülern zugute. Wir begrüßen ausdrücklich die Ausweitung der Inklusion auf ganz Hessen, aber wir befürchten die Gefährdung unseres erfolgreichen inklusiven Unterrichts. Die ERS II möchte weiterhin auf einem hohen Niveau inklusiv arbeiten. Das bedeutet für uns:

1. Die ERS II muss mit verlässlichen Ressourcen autonom umgehen können. Mit den im Hessischen Schulgesetz definierten Ressourcen für Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung möchten wir verlässlich arbeiten.
2. Die ERS II sollte für die Förderlehrerkolleginnen und -kollegen weiterhin Stammschule bleiben. Eine inklusive Beschulung ist einfacher, wenn auch die Förderlehrer zum festen Kollegengestamm gehören. Förderlehrer sollten nicht von einer anderen Schule abgeordnet sein. (...) Unsere hochdifferenzierte, gewachsene Struktur gibt nicht nur den Kolleginnen und Kollegen sowie den Eltern Sicherheit, sondern sendet auch nach außen Verlässlichkeit. (...)
3. Die ERS II braucht für „inklusive Unterricht“ angepasste Schülerzahlen. Unsere Erfahrungen aus 20 Jahren GU haben gezeigt, dass eine Klassenstärke von maximal 23 Schülerinnen und Schülern erfolgversprechend für eine inklusive Beschulung ist.

4. Die ERS II braucht den Erhalt des 10. Schulbesuchsjahrs für Förderschülerinnen und Förderschüler im Bereich „Lernen“, die die begründete Aussicht auf einen Hauptschulabschluss haben. Durch ein besonderes, von der ERS II entwickeltes Konzept, den „Fit-für-den-Abschluss-Kurs“, werden 80 % der Förderschüler aus diesem Förderbereich zum Hauptschulabschluss geführt.

5. Die ERS II könnte aufgrund der jahrelangen Erfahrung im inklusiven Unterricht bei ausreichenden personellen Ressourcen anbieten, als Kompetenz- und Fortbildungszentrum hessenweit für Schulen zur Verfügung zu stehen, die sich auf den Weg zur Inklusion machen.

H. Zorko, Schulpersonalratsvorsitzender  
(Kürzungen des Briefs durch die Redaktion)

### GEW Hanau ehrt Mitglieder

Im Rahmen eines Besuchs im 50er-Jahre-Museum in Büdingen ehrte der GEW-Kreisverband Hanau 58 Kolleginnen und Kollegen für 25, 40, 50 oder gar 60 Jahre Mitgliedschaft in der GEW. „Eine so lange Mitgliedschaft ist in Zeiten, in denen Solidarität klein geschrieben wird, alles andere als eine Selbstverständlichkeit“, erklärte Kreisvorsitzender *Heinz Bayer*.

Nach einer Stärkung in der Milchbar des Museums erinnerte *Clara Ortel* (Foto: Mitte) an den geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Hintergrund des jeweiligen Eintrittsdatums. Für die sehr außergewöhnliche 60-jährige Mitgliedschaft in der GEW wurden *Dieter Schad* (in Abwesenheit) und *Bruno Amberg* (Foto: rechts) geehrt, auf 50 Jahre in der GEW kann *Klaus Dembinski* (Foto: links) zurückblicken.



## X Verordnung zu Lasten der Lehrkräfte

Die Vertrauensleuteversammlung der GEW Offenbach-Land unterzog die neue „Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses“ einer kritischen Prüfung und protestierte unter anderem gegen die neue Vorschrift, dass Grundschulen bei Nichterscheinen eines Kindes unmittelbar nach Unterrichtsbeginn die Eltern, gegebenenfalls auch die Polizei kontaktieren müssen. So sei auch die Frage ungeklärt, wer dies denn tun soll, wenn Klassenlehrkraft und Schulleiterin im Unterricht und Sekretariate unbesetzt sind.

Ein „Geheimnis des Kultusministeriums“ bleibe auch, „wie bei gehäuften Klausurterminen die Dreiwochenfrist zur Korrektur und Rückgabe eingehalten werden kann.“ Dies sei aufgrund der Zahl der Lerngruppen und der Klassen- und Kursgrößen „nicht immer realisierbar“. Auch in Prüfungszeiten mit zusätzlicher Arbeitsbelastung sei die Dreiwochenfrist nicht einzuhalten.

## X 40 Jahre Berufsverbote

Vor 40 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler *Willy Brandt* den sogenannten „Radikalerlass“. Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten oder entlassen werden. Danach wurden etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber auf ihre politische „Zuverlässigkeit“ durchleuchtet. Es kam zu 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. For-



## X Lehrerzuweisung an beruflichen Schulen

In einem offenen Brief protestiert die GEW Hessen gegen die Kürzung der Lehrerzuweisung für die hessischen Berufsschulen. Die GEW Hessen fordert eine Stellenzuweisung, mit der der Gesamtumfang der in der Stundentafel für die Schülerinnen und Schüler festgelegten Unterrichtsstunden abgedeckt werden kann. Wenn in einzelnen Fächern nicht genügend Lehrkräfte für den Fachunterricht zur Verfügung stehen, darf dies nicht zu Unterrichtskürzungen in Folge von Minderzuweisung führen, wie dies jetzt für das Fach Religion geplant ist. Vielmehr müssen Schulen auf Basis ungekürzter Zuweisung die Möglichkeit zu kompensatorischen Maßnahmen erhalten. Gleichzeitig fordert die GEW die Landesregierung auf, durch Weiterqualifizierungen und eine Erhöhung der Attraktivität der Ausbildung für ausreichenden Lehrkräftenachwuchs in allen Fächern zu sorgen.

mell richtete sich der Erlass gegen „Links- und Rechtsextremisten“, in der Praxis traf er vor allem Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei und anderer linker Gruppierungen, von Friedensinitiativen bis hin zu SPD-nahen Studierendenorganisationen.

Erst Ende der 80er Jahre schafften einige Landesregierungen die entsprechenden Erlasse ab. Einige der früher Abgewiesenen oder Entlassenen wurden eingestellt oder wieder eingestellt, viele mussten sich allerdings nach zermürbenden Prozessen beruflich anderweitig orientieren.

Noch 2004 belegten die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen den Heidelberger Realschullehrer *Michael Cszakóczy* mit Berufsverbot, weil er sich in antifaschistischen Gruppen engagiert hatte. Erst 2007 wurde seine Ablehnung für den Schuldienst durch die Gerichte endgültig für unrechtmäßig erklärt.

Damals Betroffene fordern bis heute ihre vollständige Rehabilitierung. Die Initiative gegen Berufsverbote fordert die Herausgabe und Vernichtung der „Verfassungsschutz“-Akten, die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

• Weitere Infos und der aktuelle Aufruf „40 Jahre Berufsverbot“: [www.berufsverbot.de](http://www.berufsverbot.de)

## GEW-Beitragsquittung für 2011

Wie in den vergangenen Jahren erhalten alle GEW-Mitglieder mit der Februar-Ausgabe der Bundeszeitung E&W eine persönliche Beitragsquittung für das Jahr 2011. Sie ist zusammen mit dem neuen Mitgliedsausweis Teil des kartonierten Umschlags der E&W. Die HLZ-Redaktion bittet um entsprechende Beachtung. Außerdem bittet die GEW Hessen von Nachfragen in der Landesgeschäftsstelle abzusehen.

Im Februar 2012 erscheint turnusgemäß keine HLZ. Der E&W ist stattdessen das Jahresprogramm von *Iea*, dem Bildungswerk der GEW Hessen, beigelegt.

## X Bildungsstandards auf dem Prüfstand

Die Zweifel wachsen: Spätestens seit dem Kölner Kongress „Bildungsstandards auf dem Prüfstand“ im Juni 2010 befindet sich die Erziehungswissenschaft nach langer Schockstarre im offenen Aufstand gegen den „Bluff der Kompetenzorientierung“. Das Unbehagen an der erzwungenen pädagogischen und schulpolitischen Richtungsänderung wird größer, und entsprechend wächst der Klärungsbedarf. Die Marburger GEW will dem nachkommen. Nach einer erfolgreichen Veranstaltung über das Pro und Kontra von Bildungsstandards und Kompetenzorientierung bereitet sie jetzt für Frühjahr und Sommer 2012 eine Vortragsreihe zur Schulreform und zur Kritik der Ökonomisierung des Bildungswesens vor. Die HLZ wird berichten.

• Die GEW-Arbeitsgruppe „Kompetenzorientierung und Bildungsstandards“ trifft sich alle drei Wochen und ist für weitere Mitstreiter offen. Aktuelle Termine erfährt man bei [wilfriedmuellerradtke@gmx.de](mailto:wilfriedmuellerradtke@gmx.de).

## X Ausbildung braucht Zeit

Gute Ausbildung braucht Zeit! Deshalb unterstützt die GEW Hessen die Forderung der Ausbilderinnen und Ausbilder an den hessischen Studienseminaren, dass die Arbeitszeitverlängerung und der Zeitdruck zurückgenommen werden und pro LiV ein Faktor von mindestens 5,2 Stunden pro Woche zugewiesen wird. Das ist Thema einer GEW-Veranstaltung mit den Landtagsparteien und in dieser HLZ (S. 21).



# Tarifrunde 2012 bei Bund und Kommunen

Ende November 2011 läutete die Große Tarifkommission (GTK) der GEW den Beginn der Tarifrunde 2012 bei Bund und Kommunen ein. Es wurde beschlossen, die Gehaltstabellen des TVöD zum frühestmöglichen Zeitpunkt, dem 29. Februar 2012, zu kündigen. Diesen Schritt hatte ver.di bereits Ende Oktober vollzogen.

Die GTK diskutierte auch die wirtschaftliche und tarifpolitische Lage. Dabei benannte sie bereits mögliche Eckpunkte einer Forderung: So sei es sinnvoll, bei der Forderungsdiskussion schwerpunktmäßig höhere Einkommen in den Mittelpunkt zu stellen, also auf einen bunten Strauß weiterer Wünsche zu verzichten. Die Präferenz in der GTK ging in Richtung einer linearen Einkommenserhöhung um rund 7 %.

Jetzt sind die Mitglieder am Zug. Sie müssen die Forderungen weiter diskutieren und diese vor allem hinsichtlich ihrer Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit bewerten. Am 6. Februar 2012 stimmen dann die zuständigen Gremien der GEW endgültig ab. In Kenntnis unseres Beschlusses legt dann die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst die gemeinsamen Forderungen fest. Am 1. März 2012 treffen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften zu einer ersten Verhandlungsrunde. Zu ersten Arbeitskämpfmaßnahmen kann es dann im März kommen.

Ein starkes Argument, sich auf eine deutliche Erhöhung der Entgelte zu konzentrieren, ist die Entwicklung der Reallohne – also die vereinbarten Lohnsteigerungen abzüglich der Preissteigerungsrate –, die zwischen 2000 und 2009 insgesamt sogar um 4,5 % zurückgingen. Damit liegt Deutschland im

Vergleich zu den anderen Industriestaaten weit hinten. Fast in allen anderen Industrienationen stiegen die Reallohne im selben Zeitraum an, zum Teil sehr kräftig. In Frankreich um 8,6 %, in Großbritannien um 14,0 %. Marken über 20 % erreichten Norwegen und Finnland. Es kommt hinzu, dass sich derzeit die Inflation auf einem relativ hohen Niveau befindet (November 2011: 2,6 %).

Im Organisationsbereich der GEW sind an der Tarifrunde 2012 vor allem Erzieherinnen und Erzieher, aber auch andere Beschäftigte im Sozialdienst und an den Volkshochschulen der Kommunen beteiligt. Knapp ein Fünftel des Personals in den hessischen Gemeinden ist in Kindertagesstätten tätig. Gerade für diesen Bereich sind die Bedingungen sehr günstig. Denn auf dem Arbeitsmarkt werden Erzieherinnen und Erzieher händeringend gesucht. Alleine in Hessen fehlen nach aktuellen Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) im Jahr 2013, wenn der Rechtsanspruch auf einen U3-Betreuungsplatz in Kraft tritt, über 2.500 Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen – dies bei einer unterstellten Nachfragequote von 32 % im Jahr 2013. Für die Zeit danach muss zudem mit steigenden Nachfragequoten gerechnet werden; das DJI geht von 42 % in den Westländern im Jahr 2015 aus. Dann fehlen bereits 4.700 Fachkräfte in Hessen und 24.300 in Deutschland. Nur mit einer deutlichen Anhebung der hessischen (und der bundesweiten) Ausbildungskapazitäten ist das zu machen. Benötigt wird aber auch eine entsprechende Anzahl von Personen, die sich für den Beruf ausbilden lassen will. Dazu muss die Tätigkeit attraktiv sein. Reallohnverluste passen dazu ganz und gar nicht.

Wie sieht es auf Seiten der Gemeinden aus? Es kann keine Rede davon sein, dass die Personalkosten in der Vergangenheit für die kommunalen Kämmerer ein Problem gewesen wären. Im Gegenteil: In den Jahren 2001 bis 2010 ist der Anteil der Personalausgaben in den Kommunen gemessen an den Gesamtausgaben deutlich zurückgegangen (von 32,3 auf 28,7 %). Dieses Ergebnis beruht natürlich auf umfangreichen Maßnahmen zum Personalabbau (Privatisierungen u. a.), es spiegelt

aber auch die zurückhaltende Lohnentwicklung für die Beschäftigten im vergangenen Jahrzehnt wider.

Aktuell und in Zukunft sprudeln zudem die Steuerquellen für die Gemeinden wieder stärker. Zwar ist die Finanzsituation der Städte und Gemeinden, das muss an dieser Stelle gesagt werden, bekanntermaßen sehr unterschiedlich. Trotzdem ist es natürlich richtig, sich an einigen pauschalen Aussagen zu orientieren. Laut Steuerschätzung von November 2011 steigen die Steuereinnahmen der Gemeinden 2011 um 8,8 % gegenüber dem Vorjahr an, 2012 nochmals um 4,9 %. Damit liegen die Kommunen 2012 um 3,3 % über dem Steuerrekord- und Vorkrisenjahr 2008. Laut Bundesfinanzministerium dürften damit die Kommunen 2012 im Durchschnitt kein Finanzierungsdefizit mehr verzeichnen.

Insgesamt sind also die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Tarifrunde 2012 nicht schlecht. Nun müssen die Beschäftigten die Forderungen und deren Durchsetzungsfähigkeit diskutieren. Gelegenheit dazu gibt es z. B. bei regionalen Veranstaltungen in Frankfurt und Kassel, zu denen die GEW alle Mitglieder einlädt, die bei einer Kommune oder beim Bund beschäftigt sind.

Rüdiger Bröhling, GEW-Tarifsekretär



## Tarifforderungen diskutieren

Die GEW Hessen lädt alle bei den Kommunen und beim Bund beschäftigten Mitglieder ein, die Tarifrunde 2012 zu diskutieren und zu planen:

- in Kassel am Donnerstag, dem 19. Januar, um 17.30 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle, Friedrich-Engels-Str. 26
- in Frankfurt am Donnerstag, dem 26. Januar, um 18 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77

# Schüler im Visier

## Die Bundeswehr sucht verzweifelt nach Nachwuchs

Die Bundeswehr sucht verzweifelt neuen Nachwuchs und wirbt vermehrt um Zustimmung für ihre Auslandseinsätze. Auch an hessischen Schulen sind Jugendoffiziere und Wehrdienstberater aktiv.

### Karriere mit Zukunft?

Dicht an dicht drängten sich die Schüler im September 2011 in den Messehallen der Stadt Kassel – wie jedes Jahr, wenn dort die „Azubi- & Studientage“ stattfanden. Auf der Berufsmesse warben unzählige Betriebe um die Nachwuchskräfte von morgen. Auch die Bundeswehr war vertreten: „Entschieden gut. Gut entschieden – Sichern Sie sich einen von 20.000 Arbeitsplätzen“, stand auf einer in blau gehaltenen Stellwand. Von Fotos lachten den Betrachter einige Soldaten an. Wehrdienstberater standen für Gespräche über eine „Karriere mit Zukunft“ – so der Werbeslogan der Armee – bereit. Andere saßen bereits mit Schülern an einem Tisch und versuchten, sie vom Soldatenberuf zu überzeugen. Wer sich nicht gleich beraten lassen wollte, konnte sich Werbeproschüren und Poster von Panzern und anderem Militärgerät mitnehmen – die Bundeswehr weiß, was bei den jungen Leuten ankommt. Daher hatte sie auch einen Militärjeep vor die Messehalle gestellt. Umringt von Schülern gaben Soldaten Auskunft über das Fahrzeug. In den vergangenen Jahren waren sogar Kampfhubschrauber und Panzer ausgestellt.

### Abenteuer, Action und tolle Technik

Auf Hunderten solcher Berufsinformationstage ist die Armee jährlich, Dutzende dieser Veranstaltungen finden auch in Hessen statt. Dass die Armee dabei kritische Aspekte des Soldatenberufs außen vor lässt, wundert nicht: Die Bundeswehr plagt seit Jahren Nachwuchsprobleme. Jährlich benötigt sie zwischen 5.000 und 20.000 neue Rekruten. Zwar haben junge Leute laut Studien des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr ein positives Bild von der Armee, die gefährlichen Auslandseinsätze lassen Jugendliche aber davor zurückschrecken, selbst die Waffe in die Hand zu nehmen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht verschärft sich das Nachwuchsproblem noch. Es mangelt besonders an Fachkräften und Akademikern.

Um dennoch an genügend junge Leute zu kommen, verspricht die Bundeswehr Abenteuer, Action und tolle Technik. Zudem wirbt sie für ein Studium an einer Bundeswehr-Universität. Dass man sich mit Studienbeginn auch verpflichtet, an einem Auslandseinsatz teilzunehmen, steht nicht in den Werbeanzeigen und Broschüren. Die kriegerische Einsatzrealität wird ausgeblendet oder im besten Fall beschönigt. Die direkte Nachwuchswerbung durch Wehrdienstberater auf Berufsinformationstagen oder in Klassenzimmern ist aber auch nur ein Standbein der Werbestrategie der Bundeswehr. Das andere sind die so genannten „Jugendoffiziere“.

### Jugendoffiziere sollen Image aufpolieren

Bereits 1958 trat die Einheit der so genannten Jugendoffiziere ihren Dienst an. Aufgabe der heute aus etwa 94 hauptamtlichen und 300 nebenamtlichen Soldaten bestehenden Spezialeinheit war es seit jeher, das Image der Bundeswehr zu verbessern. Die jungen, um die 30 Jahre alten, studierten und höherrangigen Soldaten werden von der Bundeswehr inhaltlich und rhetorisch an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (früher Akademie für psychologische Verteidigung) nahe Berlin geschult. Bei der Auswahl der Jugendoffiziere liegt ein besonderes Augenmerk darauf, dass die jungen Soldaten sympathisch rüberkommen, um so auf Augenhöhe mit der Zielgruppe zu sein.

Und die findet sich in den Schulen: 2010 haben die Jugendoffiziere 7.350 Veranstaltungen mit 176.862 Teilnehmern durchgeführt – davon waren 102.112 Schülerinnen und Schüler. Die Jugendoffiziere organisierten „Besuche bei der Truppe“, führten Lehreraus- und -fortbildungen durch oder spielten mit Schulklassen das Rollenspiel „Pol&iS“ (Politik und internationale Sicherheit). Meist hielten die Jugendoffiziere aber Vorträge an Schulen über „Sicherheitspolitik“. Auch in Hessen sind Jugendoffiziere aktiv: Für die Region Nordhessen gibt es einen in Fritzlar stationierten Jugendoffizier. Zwei Jugendoffiziere aus Wetzlar decken den Bereich Mittelhessen ab. Ein PR-Soldat ist zurzeit für Frankfurt am Main und Südhessen zuständig. Und ein im rheinland-pfälzischen Mainz stationierter Jugendoffizier kümmert sich um die Schulen in Südwesthessen.

### Kooperation mit dem Kultusministerium

Um sich den Zugang zu Schulen zu sichern, hat die Bundeswehr im November 2010 auch mit dem hessischen Kultusministerium eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Seit 2008 wurden in acht Bundesländern solche Verträge geschlossen. Zwar war die Bundeswehr schon immer an Schulen in Hessen aktiv, nun hat sie die Berechtigung, an Schulen zu gehen, aber auch schriftlich erhalten: „Die Einbindung Deutschlands in Bündnisse sowie der deutsche Beitrag zur internationalen Krisenvorsorge und Konfliktbewältigung sind wesentliche Bestandteile der Informationsangebote der Jugendoffiziere.“

Mit dem Kooperationsvertrag verpflichtet sich das Kultusministerium unter anderem, die „Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften in Zusammenarbeit mit dem Amt für Lehrerbildung“ zu unterstützen. Zudem sollen die Angebote der Bundeswehr in Lehrermedien verbreitet werden. Zwar ist es letztlich den Schulen überlassen, Jugendoffiziere in den Unterricht zu holen, dennoch sind im hessischen Kooperationsvertrag halbjährliche Treffen zwischen Kultusministerium und der Bundeswehr sowie jährliche Berichte vereinbart, um die Zusammenarbeit voranzu-



treiben. Nicht nur die GEW fürchtet in diesem Zusammenhang, dass auf Schulen und Lehrkräfte Druck ausgeübt werden könnte, die Jugendoffiziere in den eigenen Unterricht zu holen.

### Beutelsbacher Konsens für die politische Bildung

Die Vereinbarung legt allerdings auch fest, dass die Jugendoffiziere keine „Nachwuchswerbung“ durchführen sollen und „im Rahmen der politischen Bildung den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsens verpflichtet“ sind – zwei Behauptungen, die durchaus hinterfragt werden können.

Ohne Frage sind Jugendoffiziere keine Wehrdienstberater. Dennoch kann ihre Arbeit als Art indirekte Nachwuchswerbung angesehen werden: Sie werben für die Bundeswehr und ihre Aufträge. Schüler, die man zum Eintritt in die Armee bewegen will, müssen erst einmal grundsätzlich vom Militär überzeugt werden. Diese Aufgabe übernehmen die Jugendoffiziere. Zudem bringen die „coolen“ Jugendoffiziere natürlich auch Werbematerialien mit ins Klassenzimmer und weisen gegebenenfalls auf den Weg zum nächsten Wehrdienstberater hin.

Knackpunkt der Öffentlichkeitsarbeit der Jugendoffiziere sind die 1976 im „Beutelsbacher Konsens“ formulierten Minimalbedingungen für die politische Bildung in Deutschland. Zwei zentrale Grundprinzipien sind das „Überwältigungsverbot“ und das „Kontroversitätsgebot“:

*„Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbstständigen Urteils‘ zu hindern. (...) Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.“*

Jugendoffiziere sind rhetorisch geschult und versuchen schon über ihr Auftreten – olivgrüne Uniform tragen sie bei ihren Schuleinsätzen natürlich nicht und auch Befehlstöne wird man von den Soldaten im Klassenzimmer nicht hören – Eindruck bei jungen Leuten zu schinden. Selbst Friedensaktivisten berichten, wie schwer es bei Diskussionen ist, gegen die geschulten Soldaten anzukommen. So ist generell fraglich, ob das Überwältigungsverbot bei Auftritten der Jugendoffiziere an Schulen eingehalten wird.

Noch fraglicher ist jedoch die Einhaltung des Kontroversitätsgebots. Denn dies würde bedeuten, dass Jugendoffiziere etwa nicht nur die Position der Bundeswehr zum umstrittenen Afghanistan-Einsatz vortragen, sondern auch die berechtigte Kritik hieran – etwa also die Position der Friedensbewegung. Wie es im vom Verteidigungsministerium herausgegebenen „Handbuch der Jugendoffiziere“ heißt, dürfen die Jugendoffiziere das aber gar nicht:

*„Für die Arbeit müssen sie sich immer an politische Grundsatzaussagen, Analysen und Hintergrundinformationen aus den Bereichen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik des BMVg [Bundesministerium der Verteidigung], des SKA [Streitkräfteamt], ihres LdI [Leiter der Informationsarbeit] oder ihres StOffz ÖA [Stabsoffizier Öffentlichkeitsarbeit] halten.“*

Das bedeutet unter anderem konkret, dass der Afghanistan-Einsatz von den Jugendoffizieren nicht als „Krieg“ bezeichnet werden wird, da das Verteidigungsministerium den Einsatz nicht als Krieg ansieht. Stattdessen sollen die jungen Leute vom Afghanistan- und von anderen Einsätzen überzeugt werden. Armee und regierende Politik sind sich der ablehnenden Haltung der Bevölkerung zu Auslandseinsätzen bewusst und versuchen, diese durch Beeinflussung umzukehren.



### Konflikte friedlich und vernünftig lösen

Was aber tun, um den Beutelsbacher Konsens einzuhalten? Natürlich sollte die Lehrkraft immer auf die Einhaltung des Konsenses achten und gegebenenfalls eingreifen. Ein oft gehörter Vorschlag ist auch, Vertreter der Friedensbewegung als Gegenpart zum Soldaten in den Unterricht zu holen. Dabei gibt es allerdings grundlegende Probleme: Jugendoffiziere sind hauptamtlich tätig, werden von der Bundeswehr bezahlt, geschult, großzügig ausgestattet und haben viele Möglichkeiten, sich Argumente anzueignen. Friedensaktivisten sind in den allermeisten Fällen ehrenamtlich aktiv, müssen sich selbst schulen und haben bei weitem nicht die Mittel und Möglichkeiten, die Jugendoffiziere haben. Treffen beide aufeinander, würde also mit „ungleichen Waffen“ gekämpft.

Doch natürlich ist „Sicherheitspolitik“ ein sehr wichtiges Thema, das im Schulunterricht behandelt werden muss. Dabei müssen den jungen Menschen aber friedliche und gewaltfreie Wege der Konfliktlösung präsentiert werden.

Auch das Hessische Schulgesetz fordert, junge Menschen zu befähigen, „Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen“ (§ 2 Absatz 3). Dabei muss man sich immer klar vor Augen halten: Jugendoffiziere (und Wehrdienstberater) sind Soldaten. Sie wurden an Waffen ausgebildet, um im Zweifel auf Menschen zu schießen. Von gewaltfreien Strategien der Konfliktlösung haben sie keine Ahnung, ebenso wenig wie von der Erziehung junger Menschen. Dafür wurden sie nicht ausgebildet und es ist auch nicht ihre Aufgabe. So ist wohl die beste Lösung, um jungen Menschen „Sicherheitspolitik“ beizubringen und ebenso den Beutelsbacher Konsens einzuhalten, jene, echte für solche Fälle ausgebildete Fachkräfte vor die Schülerinnen und Schüler treten zu lassen: Lehrerinnen und Lehrer.

Michael Schulze von Glaßer

Michael Schulze von Glaßer ist Journalist und Mitglied im Beirat der Informationsstelle Militarisation e.V. Ende 2010 erschien sein Buch „An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr“.

# So wirbt die Bundeswehr

## Beachvolleyballturniere, Planspiele und Preisausschreiben

Im September befasste sich auch der Hessische Landtag mit den bundeswehrkritischen Aktivitäten in hessischen Schulen und den „unsäglichen Protestaktionen gegen die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hesttag“ 2011 in Oberursel. Mit den Stimmen von CDU und FDP begrüßte der Landtag „Veranstaltungen und Aktionen, die die Solidarität mit unseren Soldatinnen und Soldaten und das Bekenntnis zur Bundeswehr fördern, wie etwa die Initiative ‚Gelbe Schleife‘“, ebenso die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr:

*„Sie festigt die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit, bei der Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zur Diskussion mit Experten zu sicherheitspolitischen Fragen und allgemeinen Menschenrechtsfragen geboten wird.“*

Die Werbemaßnahmen der Bundeswehr in Schulen sind jedoch weitaus vielfältiger. Sie sind geschickter geworden, haben die Zielgruppe fest im Blick und sind finanziell gut ausgestattet, wie der folgende kleine Überblick zeigt.

In Schülerzeitungen schaltet die Bundeswehr mit großem finanziellem Aufwand Anzeigen für Beachvolleyball- und Beach-Soccer-Turniere, bei denen sie sich dezent im Titel „BW-Beachen“ und dem Slogan „YES 4 YOU – Bundeswehr“ versteckt – Schleichwerbung at its best.

Die Frankfurter Rundschau berichtete über zwölf Wochenendseminare und vier große Jugendpressekongresse der „Young Leaders GmbH“ für Schülerzeitungsredakteure und andere „Meinungsmacher von morgen“, die vom Presse- und Informationsstab des Bundesverteidigungsministeriums finanziert werden. Als Vor-

aussetzung für die Finanzierung stelle das Ministerium allerdings in seiner Ausschreibung eine klare Bedingung:

*„Um insbesondere auch nicht-bundeswehr-affine Teilnehmer gewinnen zu können, sollen ‚Sicherheitspolitik und Bundeswehr‘ thematisch nicht im Vordergrund stehen, sondern im Kontext mit einer Vielzahl von Themenfeldern wie Politik, Ethik, Bildung/Forschung, Kultur und Journalismus.“ (zitiert nach FR vom 18.7.2011)*

Auch bei dem allen Schulen kostenlos im Klassensatz zur Verfügung gestellten Schülermagazin für die Sekundarstufe II „Frieden und Sicherheit“, das von der Arbeitsgemeinschaft

Jugend und Bildung herausgegeben wird, findet man nur im Kleingedruckten den Hinweis auf die „fachliche Beratung“ durch das Verteidigungsministerium. Die Ausgabe aus dem Jahr 2007 wurde in einer Auflage von 300.000 Exemplaren gedruckt, an der Erstellung beteiligte sich das Verteidigungsministerium mit 300.000 Euro.

Da geht es dann nicht nur um militärische Einsätze der Bundeswehr, sondern vor allem um Terrorismusabwehr, Entwicklungspolitik, Menschenrechte, Klimawandel und die Bundeswehrsoldaten als „Weltbürger in Uniform“. Die Schülerinnen und Schüler werden zur Gegenüberstellung von Pro- und Kontra-Positionen aufgefordert, auch zum Krieg in Afghanistan. *Lena Sachs*, die die Broschüre in einer Bachelorarbeit an der Pädagogischen Hochschule Freiburg über „Die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen“ analysierte, traute jedoch nicht dem ersten Augenschein:

*„Das Zuwortkommen dieser kritischen Gegendarstellung erscheint in Anbetracht der Weise, wie der Afghanistaneinsatz an anderen Stellen in den Materialien beschrieben wird, jedoch als reine Augenwischerei.“ (S. 61; Download [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de) > Suche: Lena Sachs)*

Ähnlich kritisch bewertet sie das Planspiel POL&IS (Politik und internationale Sicherheit), das von Jugendoffizieren als „Türöffner“ benutzt wird und eine hohe Selbstaktivität der Jugendlichen durch die Übernahme der Rollen von Regierungschefs und Ministern suggeriert:

*„POL&IS ist (...) kein reines Kriegsspiel, aber ein Spiel mit starken militärischen Aspekten, in welchem Krieg eine notwendige Möglichkeit zur internationalen Konfliktlösung und ein legitimes Mittel der Politik ist, zu welchem es im Spiel keine Alternative zu geben scheint.“ (S. 44)*

Zu den Werbemaßnahmen der Bundeswehr gehören auch die „Bundeswehrpreisausschreiben“ des Streitkräfteamts. Gefragt wird da beispielsweise nach dem Namen eines gepanzerten Bundeswehrjeeps (Eagle, Condor oder Dragon?) oder des „mit einer 12,7-mm-Bordkanone, mit Lenkflugkörpern und mit 77-mm-Luft-Boden-Raketen“ bestückten Hubschraubers (Berglöwe, Saurus oder Tiger?). Die Lösungsworte sind immer unmittelbar in das darüber abgebildete Foto eingeblenDET. Gewinnen kann man beispielsweise „5 Tage beim Heer: Kampftruppe“ oder auch für eine ganze Schulklasse „7 Tage bei Luftwaffe auf Sardinien“.

Auf der Seite [www.treff.bundeswehr.de](http://www.treff.bundeswehr.de) kann man „coole Desktopbilder mit Motiven aus der Bundeswehr“ herunterladen oder auch einen Adventskalender, in dem



### HLZ-Titelfoto: Panzer als Spielgerät

Panzer, Jeeps oder Hubschrauber der Bundeswehr sind beliebte Spielgeräte für Kinder, wie das HLZ-Titelfoto von *Michael Schulze von Glaßer* vom Tag der offenen Tür der Bundeswehr in der Lützowkaserne in Münster zeigt (August 2009). Während der „Zugang zu Handfeuerwaffen oder Munition“ nach einem alten Erlass des Verteidigungsministeriums weiter untersagt ist, stellt der Entwurf einer Neufassung klar, dass „Schiffe, Flugzeuge sowie nicht-handelsübliche Fahrzeuge der Bundeswehr keine Waffensysteme im Sinne des Waffengesetzes“ sind.



zur Musik von Jingle Bells ein Bundeswehrjet mit Nikolaus-Emblem über die winterliche Landschaft düst. Videos bieten „einen Einblick in die Truppen des Deutschen Heeres“ und man goutiert Luftwaffenvideos „aus der dritten Dimension“.

Ein im Stil von gewaltverherrlichenden Action-Filmen geschnittenes Video, das schwer bewaffnete Bundeswehrsoldaten, Panzer, Hubschrauber und Raketenwerfer im Einsatz zeigt und mit Heavy-Metal-Musik und Ausschnitten der deutschen Nationalhymne unterlegt ist, musste allerdings nach wenigen Stunden wieder aus dem Netz genommen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion bezeichnete es als „ge-

schmacklos“, die Grünen-Abgeordnete *Agnieszka Malczak* als „Ballerspiel“ ([www.youtube.com](http://www.youtube.com) > Suche: Bundeswehr online).

Die Financial Times Deutschland hält das Video allerdings weniger für einen „Ausrutscher“ als für den Ausdruck einer neuen Strategie der Bundeswehr:

*„Diese 97 Sekunden könnten aber darauf hindeuten, dass die Bundeswehr eine neue Form der Selbstdarstellung und Rekrutwerbung betreibt - eine moderne, in der Krieg und Gewalt nicht ausgespart werden.“ (18.11.2011)*

Harald Freiling

## GEW gegen Militarisierung von Schulen und Hochschulen

*Bei ihrer Landesdelegiertenversammlung im November 2011 bekräftigte die GEW Hessen ihren Beschluss, „sich allen Tendenzen zur Militarisierung der Gesellschaft und der Bildungseinrichtungen entschieden entgegen zu stellen“:*

Die GEW Hessen fordert friedliche und zivile Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Dafür muss die Verpflichtung auf ausschließlich zivile und friedliche Forschung und Lehre in den Grundordnungen der Hochschulen und im Hessischen Hochschulgesetz verankert werden. Die GEW Hessen unterstützt Engagement und Initiativen für Zivilklauseln und gegen die Militarisierung von Forschung, Wissenschaft und Lehre.

Mit großer Sorge sehen wir, dass inzwischen die Angaben über die Drittmittelaufträge des Verteidigungsministeriums an öffentliche Hochschulen der „Geheimchutzordnung“ unterliegen. Dieser Schritt stellt eine weitere drastische Einschränkung der demokratischen Öffentlichkeit und Transparenz an den Hochschulen dar. Hochschulen müssen Orte offener Wissensproduktion sein, an denen Forschung für den Krieg und Geheimforschung für militärische oder privatwirtschaftliche Interessen keinen Platz haben.

Die GEW Hessen wendet sich entschieden gegen jegliche Rekrutierungsmaßnahmen an den Schulen und den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Schulunterrichts. Wir protestieren gegen die verstärkte Einbeziehung von Jugendoffizieren im Schulunterricht, zur Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie zur Fortbildung von Lehrkräften. Das Kooperationsabkommen zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr ist umgehend aufzukündigen. Stattdessen muss die Friedenserziehung an den Hessischen Schulen systematisch gestärkt werden.

Die GEW Hessen begrüßt, dass sich an ersten Schulen die Kolleginnen und Kollegen klar gegen Jugendoffiziere an ihrer Schule und gegen das Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr aussprechen. Wir ermuntern alle Kollegien, sich kritisch mit der Rolle der Bundeswehr auseinanderzusetzen und auf Gesamtkonferenz- oder Schulkonferenzbeschlüsse hinzuwirken, die sich gegen ein Auftreten der Bundeswehr an ihren Schulen positionieren und damit eine friedenspolitische Perspektive eröffnen. Soldaten der Bundeswehr haben auf die

Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen nicht einzuwirken. Schulische Bildung muss in der Hand qualifizierter und verantwortungsvoller Pädagoginnen und Pädagogen bleiben und zur kritischen Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse befähigen.

Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien sehen den „Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum“ vor. Ziel ist es, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“ Während die Bundeswehr in diesem Sinne zu einer weltweit für deutsche Wirtschaftsinteressen einsetzbaren Interventionsarmee umgebaut wird, ist das Militär auch im Innern auf dem Vormarsch. Zivile Ausbildungs- und Forschungskapazitäten von den Betrieben bis zu den Universitäten werden für militärische Zwecke vereinnahmt. Flächendeckend werden sogenannte zivil-militärische Verbindungskommandos aufgebaut, mit denen die Bundeswehr Einfluss auf die zivilen Hilfsorganisationen bekommt. Immer öfter wird die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt.

Diese Entwicklung trifft zunehmend auch den öffentlichen Bildungsbereich. An den Hochschulen wird für den Krieg geforscht, Rüstungskonzerne vergeben Forschungsarbeiten und finanzieren Stiftungsprofessuren. Auf Berufsbildungsmessen und Jobbörsen wirbt die Bundeswehr für den Soldatenberuf und für die Akzeptanz deutscher Kriege. Sie lädt ganze Schulklassen in die Kasernen und rückt mit Werbetrucks und Hochglanzbroschüren in die Schulhöfe ein. In Hessen, wie auch in anderen Bundesländern, hat die Bundeswehr bereits ein Kooperationsabkommen mit dem Kultusministerium geschlossen, auf Basis dessen der Einsatz ihrer Jugendoffiziere in den Schulen gefördert werden soll und diese bei der Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften eingebunden werden. Gegen diese Entwicklung wächst an den Schulen und Hochschulen Widerstand. Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, diesen Protest nach Kräften zu unterstützen.

Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen, Fulda im November 2011: Antragsteller: Landesausschuss der Studierenden in der GEW (LASS) und Junge GEW



## Homo ludens reloaded

### Vom Ursprung der (Un-)Kultur im Spiel

September 2011: Bis hin zu Spiegel online war es als Kuriosität einigen Nachrichtenseiten einen Bericht wert, was manch einem Angehörigen der Generation um die 40 zudem noch eine Träne der Nostalgie in den Augenwinkel getrieben haben mag: Das Computer-Kriegsspiel *Beachhead 2* wurde nach 25 Jahren von der Liste der jugendgefährdenden Medien gestrichen. 1985 wurde die Indizierung damit begründet, dass dieses Spiel „aggressionssteigernde Eigenschaften“ habe. Bei Jugendlichen führe das Spiel „zu physischer Verkrampfung, Ärger, Aggressivität, Fahrigkeit im Denken, Konzentrationsschwierigkeiten, Kopfschmerzen und anderem“. Zur Erinnerung: Es handelte sich um ein Spiel für den damals beliebten C64-Heimcomputer, mit einer Grafik auf Pac-Man-Niveau und Soundeffekten wie aus der Bon-tempi-Heimorgel, bei dem maximal zwei Spieler nicht einmal gegeneinander spielen konnten.

Heutige PC-Kriegsspiele sehen anders aus und heißen anders. Ein Vierteljahrhundert später können in *Counterstrike*, *Call of Duty*, *Medal of Honor* oder *Battlefield* teilweise mehr als 60 Spieler gleichzeitig in Echtzeit wahlweise aufeinander oder gegen den PC-Feind losgehen. Sie können dabei je nach Spiel aus über 50 verschiedenen Waffen und mehr als 20 verschiedenen Fahrzeugen in 12 Fahrzeugklassen, zum Teil in mehreren Varianten mit unterschiedlicher Bewaffnung wählen. Die Grafik ist nicht mehr weit entfernt von Spielfilmniveau oder eben dem „echten Leben“, gleiches gilt für die Soundkulisse.

Nein, dies soll kein weiterer Artikel zum Thema „Killer-spiele“ und ihre Auswirkungen auf die Spielerinnen und Spieler werden. Es geht nicht um die unmittelbare Wirkung von Gewaltspielen und die Gefahr des Umschlagens von

virtueller in reale Gewalt bei Einzelpersonen. Diese Diskussion wurde auch in der HLZ schon geführt und das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen. Vielmehr geht es um die Frage nach der Kultur, die entsteht, wenn die Grenzen zwischen Realität und Spiel – von beiden Seiten gewollt – verwischen. „Kultur wird anfänglich gespielt“, so *Johan Huizinga*. Wie die Gemeinschaft ihrer erlebten Umwelt Bedeutung gibt, kommt in ihren Spielen zum Ausdruck. Was aber, wenn Spiel und Realität sich anschicken, die Plätze zu tauschen?

Der Werbeetat für den Launch von *Battlefield 3* im Oktober 2011 wird auf 100 Millionen Dollar geschätzt – inklusive echter Panzer, die mit entsprechendem Schriftzug versehen durch London rollten und von begeisterten Passanten als Taxi genutzt wurden, inklusive echtem Kampfjet, ausgestellt im August auf der *Gamescom* in Köln (Fotos: Michael Schulze von Glaßer). Über 15 Millionen Exemplare des Spiels wurden allein in den ersten Wochen verkauft. Auf einem *Community Release Event* konnten die Fans ebenfalls in Köln das neue *Battlefield 3* spielen, mit naturgetreuen Waffennachbildungen hantieren und sich in deren Gebrauch schulen lassen – von ehemaligen Elitesoldaten, die nun beim deutschen Söldnerunternehmen *Asgard* angestellt sind, wie die *taz* am 31.10. 2011 berichtete. Ein PR-Video des Spieleherstellers *Electronic Arts* zeigt einen solchen ehemaligen Bundeswehrosoldaten bei seinem Vortrag:

*„Wir gehen ins Ziel rein. Wenn wir auf kurze Distanz mit der MP5 zum Beispiel beim Raumklären sind. Dann gehen wir rein und ich gehe auf Höhe Bauchnabel.“*

Dass die Spiele dabei – aus unternehmerischer Sicht erwünscht – mittlerweile sehr genau die Realität echter Kampfhandlungen wiedergeben, wird von dieser professionellen Seite durchaus bestätigt:

*„Im Gespräch vor der Kamera zeigt sich der Asgaard-Söldner von dem neuen Videospiel fasziniert: ‚Von der Grafik her und auch von der Map her sehr realistisch. Da fühlt man sich schon irgendwo hin versetzt: Afghanistan oder Irak.‘ Und auch für die Spieler findet der Söldner nur Lob: ‚Also, was ich heute festgestellt habe: Die Jungs sind super drauf. Die setzen hier auch schon Taktiken ein, die man im realen Leben auch einsetzt.‘“ (taz).*

Wer wollte, konnte sich auf der *Gamescom* diese Meinung auch von noch amtierenden Angehörigen der Bundeswehr bestätigen lassen, denn auch sie nutzte die Messe, um mit einem großen Stand, den mancher Kollege sicher von der *didacta* kennt, unter den über 250.000 Messebesucherinnen und -besuchern Nachwuchs für die echte Armee zu gewinnen.

Vergleicht man den offiziellen Videoclip zum Start von *Battlefield 3* ([www.youtube.com](http://www.youtube.com) > Suche: *Battlefield 3* Launch Trailer) mit dem neuesten, auf öffentlichen Protest hin jedoch schnell wieder verschwundenen Werbungsvideo unserer „Parlamentsarmee“ (HLZ S.11), treten die Überschneidungen deutlich zutage. Wer ahmt hier wen nach? Krieg als Spiel als Krieg... Eine Bewegung aufeinander zu, die von beiden Seiten ausgeht: Während die virtuelle Welt immer weiter in die Realität vordringt, nimmt der „echte“ Krieg vermehrt virtu-





elle Formen an. *Homo faber* und *homo ludens* reichen sich die Hände.

Da sind zum einen die Bilder der jüngsten Kriege, in grünes Licht getauchte bildrauschende Aufnahmen von nächtlichen Flügen und Angriffen, „mit chirurgischer Präzision“, welche viele Kommentatoren an die Optik von PC-Spielen erinnerte. Da sind zum anderen die Mittel der modernen Kriegsführung, allen voran die als Drohnen bekannten unbemannten Flugzeuge für Aufklärung und Angriff, die praktisch von jedem Punkt der Erde aus gesteuert werden können. Die „Piloten“ sitzen Tausende von Kilometern entfernt vor einem Bildschirm und steuern per Joystick ihre Waffe. Schätzungen gehen davon aus, dass seit 2004 rund 3.000 Menschen auf solche Weise exekutiert wurden, darunter wahrscheinlich 160 Kinder. Die US-Airforce bildet schon heute mehr Soldaten in der Bedienung von Drohnen als im Fliegen von Flugzeugen aus. Die maximale Anzahl gleichzeitig lenkbarer Drohnen ist von zwölf im Jahr 2006 auf 50 im August 2009 gestiegen. Auch die Bundeswehr hat LUNA-Drohnen seit 2000 im operationellen Einsatz.

Ebenfalls schon seit längerem im Einsatz sind Kampfroboter, einen ersten Zwischenfall gab es 2008 im Irak. Roboter des US-Militärs waren bei einem Einsatz außer Kontrolle geraten und hatten sich gegen die eigenen Truppen gerichtet, wurden jedoch noch rechtzeitig außer Gefecht gesetzt. Auch die Bundeswehr will zukünftig Roboter bewaffnen und mit immer mehr autonomen Funktionen ausstatten. 2008 haben die maschinellen Soldaten vom deutschen Militär die Lizenz bekommen, Waffen zu tragen. Bislang dienten ferngesteuerte Roboter hierzulande vornehmlich der Aufklärung und Überwachung. Die Marschrichtung ist klar: Gekämpft und getötet wird nur noch am anderen Ende der Leitung.

Schließlich wäre da auch noch der rein virtuelle Krieg, der Cyberwar, für den sich auch die Bundeswehr rüstet. 2001 hatte die Bundeswehr in einem Planspiel, an dem sich auch das Bundesinnenministerium beteiligte, erstmals einen maßgeblich über das Internet geführten Krieg simuliert. Seit 2006 gibt es in der Tomburg-Kaserne bei Bonn die Abteilung Informations- und Computernetzwerkoperationen des Kommandos Strategische Aufklärung (KSA) - mit 7.000 Bediensteten das größte der Bundeswehr mit vielen interessanten Betätigungsfeldern. So hatte das KSA im Dezember 2008 offiziell das satellitengestützte Spionagesystem SAR-Lupe in Dienst genommen. Mit fünf Satelliten kann die SAR-Lupe, die als eines der modernsten Systeme dieser Art gilt, unabhängig von Tageslicht und Wetter Bilder mit einer extremen Auflösung liefern. Damit sei nahezu jeder beliebige Punkt auf der Erde „aufklärbar“.

Das Spielfeld ist bereit. Auch in der Realität findet die „action“ zusehends auf dem Bildschirm statt. Wie sicher können wir sein, dass all diejenigen, die davor sitzen, noch klare Trennungslinien ziehen können zwischen spielerischem Tod und tödlichem Spiel?

Tony Schwarz



### Aus eigener Erfahrung Bücher von Bundeswehrangehörigen

- *Achim Wohlgethan* diente ab 1995 für zwölf Jahre als Zeitsoldat in einem Fallschirmjägerbataillon der Bundeswehr. Als Angehöriger einer „Division spezielle Operationen“ war er einer der ersten deutschen Soldaten in Kundus, dem umkämpften Feldlager der Bundeswehr in Afghanistan. Mittlerweile ist er – so der Klappentext seines Buches „Schwarzbuch Bundeswehr“ – Inhaber einer „Beratungsfirma für Sicherheit und Medien in Wolfsburg“ und somit keiner der üblich verdächtigen „Pazifisten und Gutmenschen“. Auf Grundlage der sorgfältigen Analyse von zum Teil geheimen Informationen in Verbindung mit seinen eigenen Erfahrungen dokumentiert Wohlgethan die schleichende Umgestaltung der Bundeswehr zu einer internationalen Eingreiftruppe, die Grundgesetz und Völkerrecht aushebelt und Wirtschaftsinteressen zum strategischen Faktor macht.
- *Mark Pätzold* war Ende der neunziger Jahre Rekrut bei einer Fallschirmjägereinheit. Sein satirisch geprägter und etwas vernügflicher zu lesender, deshalb jedoch nicht weniger aussagekräftiger Rückblick auf seine Zeit als „Bürger in Uniform“ zeichnet das Bild einer Gurkentruppe, der man doch lieber nicht seine Schülerinnen und Schüler zur Weiter- oder Ausbildung überlassen möchte.
- Wer Oberstleutnant *Jürgen Rose*, der in seinem fundierten Buch „Ernstfall Angriffskrieg“ zu ähnlichen – und zum Teil noch weiter gehenden – Erkenntnissen kommt, für einen „linksradikalen Spinner“ hält, da dessen Werk beim Ossietzky-Verlag erscheint, dem seien die beiden erstgenannten Autoren empfohlen.
- *Pätzold, Mark: Weggetreten. Die sonderbare Welt der Bundeswehr. München 2011*
- *Rose, Jürgen: Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt? Berlin 2011*
- *Wohlgethan, Achim: Schwarzbuch Bundeswehr. Überfordert, demoralisiert, im Stich gelassen. München 2011*



# Es gibt Alternativen!

## Netzwerk Friedensbildung als „Partner für Friedenspolitik“

Ganz unterschiedliche Befragungen der Bevölkerung kommen seit Jahren relativ konstant zu dem Ergebnis, dass durchschnittlich 70 Prozent der Bevölkerung Bundeswehreinmätsätze im Ausland ablehnen. Dem steht im Deutschen Bundestag eine ebenfalls rund 70-prozentige Zustimmung der Abgeordneten für die Bundeswehreinmätsätze der letzten Jahre gegenüber. Dieses offenkundige Missverhältnis stellt ein interessantes Spannungsfeld und eine Belastung des politischen Alltags dar.

### Ein Brief vom Minister

Diese Diskrepanz aufzulösen, mag aus unterschiedlichen Interessen und durch unterschiedliche Mittel wünschenswert sein. Ein bemerkenswerter Schritt war sicherlich ein Brief des damaligen Verteidigungsministers *Dr. Jung* an die Ministerpräsidenten der Bundesländer im Jahre 2009. Darin heißt es unter anderem:

*„Unsere Bundeswehr ist bei ihren Einsätzen u.a. in Afghanistan und am Horn von Afrika im Rahmen des vernetzten Sicherheitsansatzes der Bundesregierung mit beachtlichem Erfolg tätig. Dieser Ansatz bedarf nicht nur der politischen Begleitung und Unterstützung, sondern immer auch der aktiven Unterrichtung unserer Bürgerinnen und Bürger, um den Sinn bewaffneter Auslandseinsätze zu vermitteln. (...) Sicherheitspolitik ist nicht einfacher, sondern wesentlich komplexer geworden. Deshalb erachte ich es als eine besondere Aufgabe der politischen Verantwortung Tragenden, unsere Bevölkerung und in ganz besonderer Weise den nachwachsenden Generationen in der Schule z. B. zu erklären, wie sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland politisch aus den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik ableiten. Hier hat Schule Aufgabe und Verantwortung zugleich. Ich möchte deshalb die etablierte Zusammenarbeit mit den Schulen in den Bundesländern weiter ausbauen und intensivieren. (...) Die Jugend von heute soll unsere Gesellschaft morgen und übermorgen verantwortungsvoll gestalten – sie wird es nur können, wenn sie weiß, dass Frieden und Freiheit nicht vom Himmel fallen, sondern verantwortungsvoll immer wieder neu gewonnen werden müssen.“*

Diesem letzten Satz ist zuzustimmen, aber ob dazu die Bundeswehr und militärische Auslandseinsätze jeweils geeignete oder gar alternativlose Mittel sind, darf bezweifelt werden und bedarf zumindest einer inhaltlichen Ergänzung, wenn nicht generell eines Politikansatzes, der dem Zivilen als handlungsleitende Maxime den Vorrang einräumt.

### „Partner für die Schulen“

Vor und auch nach diesem Schreiben wurden dann auch Vereinbarungen zwischen der Bundeswehr und mittlerweile acht Kultusministerien geschlossen, die diese Intensivierung regeln. Dieses systematische Vorgehen wirft dabei unweigerlich kritische Fragen zur Bundeswehr als staatlich organisierter Bildungsträgerin auf. Auch wenn ausdrücklich nicht Nachwuchs- oder Personalwerbung im unmittelbaren Sinne intendiert sind, sind die Kooperationsverträge und daraus sich ergebende Aktivitäten der Jugendoffiziere politische Instrumente zur Gewinnung von Akzeptanz für die politische

und militärische Rolle sowie die Aufgaben der Bundeswehr. Mindestens in der hessischen Vereinbarung ist erfreulicherweise an zentraler Stelle darauf verwiesen, dass der Zugang der Bundeswehr zu Schulen den Zugang anderer gesellschaftlicher Gruppen nicht ausschließen darf. In einer Art Präambel der Vereinbarung heißt es, dass „auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Vereinigungen und Institutionen im Kontext einer inhaltlichen Anknüpfung an die Lehrpläne und die aktuelle Unterrichtsgestaltung vor Ort durch die Schulen als externe Referenten eingeladen werden“ können.

Die Jugendoffiziere sind dabei laut ihrem Selbstverständnis „Partner der Schulen für Sicherheitspolitik“. In diesem Sinne wird es Zeit, dass auch Friedensforschung und Friedensinitiativen „Partner der Schulen für Friedenspolitik“ werden. Nur sind die Möglichkeiten und Zugänge sehr unterschiedlich. Die politische Bildungsarbeit der Bundeswehr hat klare Strukturen, hauptamtliche Kräfte und einen millionenschweren Etat. Die als Ergänzung oder Alternative hierzu infrage kommenden zivilgesellschaftlichen Interessengruppen und Fachleute haben keinen organisatorischen Unterbau und entspringen zumeist unterfinanzierten und teilweise ehrenamtlichen Aktivitäten. Ein Ausbau dieser Angebote auf ein vergleichbares Level geht nicht gänzlich ohne Verwaltung und den Einsatz spezieller finanzieller Mittel. Das Ungleichgewicht selbst ist dabei gar nicht neu: Bereits seit Jahrzehnten stehen im Schulalltag den Offerten der Jugendoffiziere die Einladungen einzelner Lehrkräfte an Vertreter zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit entgegen. Diese konnten so in einzelnen Fällen unter der Verantwortung der Fachlehrer zur Bereicherung des Unterrichts beitragen. Nur wie kommt man da ran, was ist erwartbar, was erprobt und wer qualifiziert? Das waren die Fragen, für die sich bisher jede Lehrkraft die Antworten selbst zusammensuchen musste.

### Alternative Partner bieten sich an

Hier springen nun in einzelnen Bundesländern so genannte Netzwerke Friedensbildung ein, so auch in Hessen. Ganz unterschiedliche Institutionen können hier zu den relevanten Fragen und Themenfeldern, unter einer Anschrift, auf einer Homepage, nach einheitlichen Leitlinien und nach evaluierten fachlichen Standards angefragt werden. Wenn erforderlich, versuchen die Koordinatoren der Netzwerke, intern das gewünschte Angebot zu dem gewünschten Termin sicherzustellen. Auch Evaluation und Weiterentwicklung der Angebote werden über diese Netzwerke organisiert.

Die Idee war und ist, ein solches Servicepaket in Absprache mit dem jeweiligen Kultusministerium zu entwickeln und bekannt zu machen. Ob es dabei einer förmlichen Vereinbarung bedarf oder nicht, ist eher zweitrangig. Wichtig ist, dass das inhaltliche Angebot jeder und jedem unkompliziert zugänglich ist. Es soll mindestens die Chance bestehen, dass in den Schulen nicht nur die Vorstellungen der jeweiligen Regierung und deren militärischer Sicherheitsbegriff referiert werden, sondern dass auch über zukunftsfähige Konzep-





te „menschlicher Sicherheit“ informiert und diskutiert wird: Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Wer Frieden will, muss friedliche Konfliktlösungswege kennen, verstehen und erarbeiten. Wer Frieden will, muss friedliche und gerechte internationale Beziehungen gedanklich entwickeln und in politische Prozesse übertragen können. Dieser Bildungsauftrag der Schule dürfte unstrittig sein.

Dennoch: Das hessische Kultusministerium lehnt bisher alle Formen der Unterstützung des Netzwerkes Friedensbildung bei der Umsetzung eines solchen Projektes auch in Hessen ab. Man teile zwar die Ziele und Inhalte, eine Unterstützung aber sei nicht geplant. Ob diese als nicht notwendig angesehen oder nicht gewünscht wird, ist nicht abzusehen. Bizarr bleibt es jedoch, dass letztlich die Basis der

Arbeit all derer, die an Friedensfragen interessiert sind, durch eine Vereinbarung geregelt wurde, die die Bundeswehr zur Erreichung ihrer Ziele angestrebt und unterschrieben hat.

Wenn schon nicht die gleichen Voraussetzungen geschaffen werden, so müssen doch inhaltlich mindestens die gleichen Rechte gelten. In dem zitierten Brief an die Ministerpräsidenten hat Minister Dr. Jung seine Wunschliste formuliert:

*„Mit den Kooperationsvereinbarungen streben wir an, die Kommunikation zwischen den Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr über Sicherheitspolitik im Unterricht zu verbessern, die Teilnahme von Lehramtsanwärtern und Lehrern bei Aus-, Fort- und Weiterbildung der Jugendoffiziere im Rahmen von Sicherheitspolitischen Seminaren zu stärken und die Informations- und Bildungsangebote der Jugendoffiziere in den Amtsblättern und Onlinemedien der Schulministerien zu kommunizieren. Von diesem Ansatz profitieren Schüler, Lehrer, Bundesländer und Bundeswehr gleichermaßen.“*

Diese Vorschläge sind in den bisher unterzeichneten Vereinbarungen fixiert und gängige Praxis geworden. Deshalb müssen alle Rechte, die für die Bundeswehr gelten, auch für die anderen gesellschaftlichen Gruppen gelten. Deshalb muss auch in Hessen die Beteiligung der Friedensbewegung an der Aus- und Weiterbildung von Lehrern, um nur ein Beispiel zu nennen, erst noch erstritten werden. Das könnte zum Prüfstein des Demokratieverständnisses der verschiedenen Akteure in diesem Themenfeld werden. Das Netzwerk Friedensbildung in Hessen wird seinerseits entsprechende Angebote vorbereiten und unterbreiten. Dass dies in der Praxis durch die Ungleichheit der Rahmenbedingungen und Mittel nur schwer angemessen möglich sein wird, ist das eine, der prinzipielle Anspruch darauf dürfte allerdings unstrittig sein. Sollte dies jedoch im Schulalltag behindert werden, dann wäre das ein düsteres Beispiel für eine demokratische Lern- und Streitkultur, für eine plurale Gesellschaft und für den Austausch unterschiedlicher Meinungen und Positionen.

Es gilt, wachsam zu sein, ob hier durch das Ministerium einseitig eine bestimmte politische Meinung, nämlich die des Militärs und der jeweils amtierenden Regierung, bevorzugt werden soll oder ob ein Wettbewerb der Ideen und Konzeptionen frei und fair ausgetragen werden kann.

**Wolfgang Buff**, Sprecher Netzwerk Friedensbildung Hessen

Kontakt: [www.netzwerk-friedensbildung-hessen.de](http://www.netzwerk-friedensbildung-hessen.de)

## Henzler lehnt Kooperationsvereinbarung mit Netzwerk ab

*Die Kooperationsvereinbarung, die mein Haus am 4. November 2010 mit dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr abgeschlossen hat (...) dient der Darstellung des grundgesetzlich verankerten Auftrages der Bundeswehr im Zusammenhang mit außen-, friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen im Rahmen der politischen Bildung in den hessischen Schulen. (...) Die Vereinbarung ist dem Meinungspluralismus verpflichtet. Sie eröffnet verfassungskonformen Positionen nach den Vorgaben der Schulen die Möglichkeit, sich in Form von externen Referenten im Unterricht zu artikulieren. Dies gilt auch für Positionen, die sich der Friedensbewegung zugehörig fühlen. Im Übrigen ist dies auch in den Schulen häufig geübte Praxis, dass zu außen-, friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen externe Referenten eingeladen werden, die kontroverse Standpunkte vertreten. Es ist den Schulen freigestellt, in welcher Form sie das tun. Dadurch ist grundsätzlich auch dafür Sorge getragen, dass die Standpunkte, die Sie in Ihrer Antragstellung vertreten, in angemessenem Umfang im*

*Unterricht Berücksichtigung finden. Ergänzend verweise ich darauf, dass neben den genannten Gesichtspunkten weitere Gründe dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Netzwerk Friedensbildung Hessen entgegenstehen. Es handelt sich hierbei nicht um eine rechtsfähige juristische Person, sondern um ein loses Netzwerk verschiedener nicht abschließend genannter Institutionen, Vereine und Gruppierungen mit unterschiedlichen politischen Zielsetzungen. Dieses nimmt für sich gleichwohl in Anspruch, den Schulen „Personen, Personengruppen bzw. Organisationen“ als außerschulische Fachleute zu benennen, ohne dass diese näher qualifiziert würden. (...) Unbeschadet dessen steht es den Schulen frei, einzelne Organisationen, auf die Sie sich in Ihrem Anschreiben als zu dem Netzwerk gehörig beziehen, bei der Behandlung dieser Themen in den Unterricht einzubinden.*

(Schreiben von Kultusministerin Henzler an das Netzwerk Friedensbildung Hessen vom 4. 7. 2011)

## Unterstützung vor Ort



Die Wehrpflicht ist ausgesetzt. Angesichts geringer Akzeptanz ihrer Auslandseinsätze und Nachwuchssorgen bemüht sich die Bundeswehr um größeren Einfluss an Schulen. Mittlerweile wurden mit acht Bundesländern Kooperationsverträge über den Einsatz von Jugendoffizieren geschlossen, darunter auch Hessen. Zugleich mangelt es in Medien an Berichten über gelungene Beispiele des konstruktiven Umgangs

mit gesellschaftlichen Konflikten.

Das ist Grund genug, in der HLZ einmal mehr über das Engagement unseres Mitglieds *Helmut Stein* zu berichten, der in der gewerkschaftlichen Tradition der Friedenserziehung für Aufklärung sorgt. Oberstudienrat Helmut Stein ist als Leiter des Maintal-Hochstädter Kriegsdienstverweigerer-Beratungsteams und kirchlicher Beauftragter ein ausgewiesener Experte in Südhessen. Gemeinsam mit anderen aktiven Mitgliedern der GEW-Kreisverbände Hanau, Schlüchtern und Gelnhausen gehört Stein zu einem Netzwerk bundesweiter Friedensinitiativen, kirchlicher Akteure und Gewerkschaften, die die Friedensbildung an Schulen stärken und den Einfluss der Bundeswehr in den Schulen zurückdrängen wollen.

Jugendoffiziere sollten von den Lehrerinnen und Lehrern aus Sicht der GEW nur dann eingeladen werden, wenn die notwendige politische Ausgewogenheit gewährleistet ist. Dies entspricht dem „Beutelsbacher Konsens“, der mit den Grundsätzen Indoktrinationsverbot, Ausgewogenheit und Schülerorientierung klare Maßstäbe für die politische Bildung setzt. Auf diesen Beutelsbacher Konsens wird auch in der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr ausdrücklich hingewiesen.

Diesen Grundsätzen fühlt sich das GEW-Mitglied Helmut Stein verpflichtet. Als Referent steht er den Schulen nicht nur im Main-Kinzig-Kreis zur Verfügung. Neben der Rolle des Konterparts zu Jugendoffizieren der Bundeswehr in friedenspolitischen Grundsatzfragen sieht Helmut Stein die dringen-

de Notwendigkeit für Beratung. Hier verfügt er aufgrund seiner 33-jährigen Arbeit als Berater für Kriegsdienstverweigerer über einen breiten Erfahrungsschatz. Auch hier ist er bereit, als Referent zur Verfügung zu stehen und zwar in den Bereichen „Berufsperspektive Bundeswehr?“ und „Jugendfreiwilligendienst“.

Niemand muss mehr Wehrdienst oder einen Ersatz dafür leisten. Freiwillig sind auch, wie der Name schon sagt, das *Freiwillige Soziale Jahr* (FSJ), das *Freiwillige Ökologische Jahr* (FÖJ), das *Freiwillige Ökologische Jahr* (FÖJ), das *Bundesfreiwilligendienst* (BFD). Trotzdem: Viele, die die Schule beenden, wissen nicht, welche Richtung sie einschlagen sollen. Hier ist dringend rechtzeitige Beratung angesagt. Man vermeidet dadurch zeitlichen Leerlauf, den man durch die freiwillige Verpflichtung bei der Bundeswehr oder in sozialen Einrichtungen zu überbrücken versucht. Dies ist aber keine wirklich hilfreiche Lösung. Im Wehrdienst sind viele oft seelisch überfordert, insbesondere auch durch drohende Auslandseinsätze, und beim freiwilligen sozialen Engagement sind viele zwar beschäftigt, können während dieser Zeit aber keine verlässliche Lebensplanung betreiben oder materielle Lebensgrundlagen aufbauen.

Die freiwilligen Dienste werden als „Chance“ angeboten. Allerdings sind auch sie kritisch zu sehen, denn die Arbeitsmarktzahlen belegen, dass bis zu 50 Prozent aller 18- bis 28-Jährigen keinen Ausbildungs- oder Studienplatz haben, arbeitslos sind, nur Halbjahres- oder Jahresverträge haben, als Leiharbeiter beschäftigt werden, schlecht oder nicht bezahlte Praktika machen oder einer Arbeit nachgehen, von deren Lohn sie nicht leben können. Wer jungen Menschen also wirklich eine „Chance“ geben will, muss ihnen anständige Arbeit mit anständiger Bezahlung geben. Was soziales Engagement angeht, sollen sich junge Menschen sozial engagieren, wo es nur geht. Aber nicht anstelle von Schule, Ausbildung und Beruf, sondern nur neben Schule, Ausbildung und Beruf.

• **Kontakt:** Helmut Stein, Wachenbucherstraße 2, 63477 Maintal-Hochstadt, Tel. 06181-441368, E-Mail: [kdvteam@t-online.de](mailto:kdvteam@t-online.de)

### Was Schulen und Eltern tun können

Gemeinsam mit der GEW hat die Kinderrechtsorganisation *terre des hommes* „die zeitung: Bundeswehr an Schulen“ veröffentlicht. Beide Organisationen fordern ein Ende der „Kooperationsvereinbarungen“ zwischen Kultusministerien und Bundeswehr und kritisieren die Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr als „völkerrechtswidrig“. „die zeitung“ ist auf der Homepage der GEW unter [www.gew.de/bundeswehr.html](http://www.gew.de/bundeswehr.html) herunterzuladen. Auf der Homepage von *terre des hommes* findet man auch Leitlinien für Schulkonferenzen, die ihre Schule zur militärfreien Zone erklären wollen, und Anträge für Eltern, die ihr Kind während einer Bundeswehrveranstaltung vom Unterricht befreien wollen.

• [www.tdh.de](http://www.tdh.de) -> Was wir tun -> Themen A-Z -> Bundeswehr und Minderjährige -> Was Sie tun können



### Kinder im Visier

Wie die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs wirbt







# Jugendoffizier in Hessen

## Mein Besuch ist eine Ergänzung zum Unterricht

„Sicherheitspolitik – was geht uns das an?“ Dies ist häufig die Reaktion von Schülerinnen und Schülern, aber auch eines großen Teils der deutschen Öffentlichkeit, wenn sie mit Jugendoffizieren ins Gespräch kommen.

Die Information über deutsche Sicherheitspolitik ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der deutschlandweit 94 Jugendoffiziere des Bundesministeriums der Verteidigung. Sie dienen Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und der gesamten Öffentlichkeit als Ansprechpartner.

Die Jugendoffiziere bieten dabei eine breite Palette an Themen, so zum Beispiel Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert, vernetzte Sicherheit oder Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr. An Schulen referieren sie in einem Vortrag über sicherheitspolitische Themen, organisieren Planspiele mit sicherheitspolitischem Kontext und nehmen an Podiumsdiskussionen teil.

Im November 2010 unterzeichneten das hessische Kultusministerium und die Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung zur Arbeit der Jugendoffiziere an den Schulen. Hier ist festgehalten, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen Friedensgebot wie Verteidigungsbereitschaft beinhaltet. Hierzu trägt die Bundeswehr ganz wesentlich bei und sorgt im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit dafür, ihren verfassungsrechtlichen Pflichten der Bürgerinformation nachzukommen.

### Jugendoffiziere betreiben keine Nachwuchswerbung

Jugendoffiziere betreiben bei ihren Veranstaltungen mit Jugendlichen keine Nachwuchswerbung. Sie vermitteln die Position der Bundesregierung zu friedens- und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen und die hiermit verbundenen Beschlüsse des Deutschen Bundestages.

Das Grundgesetz nimmt hierbei die zentrale Rolle ein. Die pluralistische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland fußt auf dem gemeinsamen Grundkonsens des Grundgesetzes. Das Grundgesetz schafft also einen Grundwertekanon, an den jeder Bürger in Deutschland gebunden ist. Dies bedeutet, dass Grundwerte wie Freiheit und Demokratie, Toleranz, Achtung vor der Würde des Einzelnen, Respekt vor anderen Überzeugungen, friedliche Gesinnung im Geiste der Völkerverständigung sowie viele andere als gesamtgesellschaftlich akzeptiert sind.

Jugendoffiziere treten in Uniform, als offizielle Vertreter der Exekutive auf und nicht etwa als Vertreter einer politischen Partei. Sie geben nicht die Meinung einer politischen Richtung wieder. Bei ihren Veranstaltungen finden sie sich häufig sogar in der Situation wieder, eine ganze Reihe von sicherheitspolitischen Entscheidungen aktueller und vergangener Bundesregierungen zu erörtern. Hierbei sind die politischen Entscheidungen demokratisch legitimiert und orientieren sich am normativen Kern des Grundgesetzes. Dies ist zwingende Voraussetzung im Rahmen des gesellschaftlichen Minimalkonsenses und zugleich Grundbedingung für analytisch-kritische Urteile der gelebten Politik.

Die Jugendoffiziere kommen auf Einladung der entsprechenden Lehrer und halten im Rahmen des Unterrichts Vorträge zu vorher vereinbarten Themen. Hierbei ist der Besuch des Jugendoffiziers eine Ergänzung zum Unterricht. Die Vorträge der Jugendoffiziere sollen den Schülern als Hilfestellung zur kritischen Meinungsbildung dienen. Sie tragen auch häufig mit ihren privaten Meinungen zur Kontroversität der Themen bei. Dies wird insbesondere ergänzt durch die Aufforderung an die Schüler in eine Diskussion einzutreten, so dass die Themen möglichst facettenreich besprochen werden können.

### Vorträge und Planspiele

Begleitet werden die Vorträge der Jugendoffiziere grundsätzlich durch die einladenden Lehrer, die in den folgenden Unterrichtsstunden nochmals Vortrag und Inhalt besprechen.

Ein weiterer Baustein zur Erlangung der eigenen Urteilsfindung bildet hierbei das Planspiel „Politik und internationale Sicherheit (POL&IS)“. Hier nehmen die Mitspieler verschiedene Staatsfunktionen bestimmter Regionen auf der Welt wahr und haben die Möglichkeit, ihre eigene Welt völlig frei nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Spieler stoßen immer dann an die Grenzen ihrer Freiheiten, wo die Freiheit anderer Mitspieler berührt wird. So lernen die Teilnehmer mit anderen Regionen zu kooperieren und im Fall von Meinungsverschiedenheiten Lösungen zu finden. Es geht hier mitnichten darum, militärische Gewalt zu legitimieren. Vielmehr ist es de facto so, dass die Mehrzahl der Jugendoffiziere bei dem Einsatz militärischer Gewalt das Planspiel unterbricht. Die Unterbrechung wird genutzt, um gezielt auf die Folgen des Handelns aufmerksam zu machen und die Schüler auf weitere Möglichkeiten der Problemlösung hinzuweisen.

Ziel der Simulation soll es sein, den Teilnehmern zu verdeutlichen, wie es zu innerstaatlichen beziehungsweise internationalen Konflikten kommen kann und wie mögliche Lösungen aussehen können. Außerdem stellen die Jugendlichen fest, dass Entscheidungen, die sie in ihrer Region treffen, auf andere Regionen Auswirkungen haben können – also ihre Entscheidungen unterschiedlichste Interessen berücksichtigen müssen. Die Mitspieler sollen dazu befähigt werden, kritisch darüber zu urteilen, ob es nicht etwa möglich ist, durch gemeinsame Kooperation bessere Lösungen zu erarbeiten.

Jugendoffiziere verstehen sich und ihre Angebote als Ergänzung zum Unterricht und als Teil einer Palette von Angeboten zur freien und vor allem kritischen Meinungsbildung von Jugendlichen und der gesamten Öffentlichkeit.

**Dennis Knöll**, Oberleutnant zur See, Jugendoffizier in Wetzlar

Kontakt: Spilburgstr.6, 35578 Wetzlar, Tel. 0641-569325-27/28, Fax: 0641-5693-2526, E-Mail: [JugendoffizierWetzlar1@bundeswehr.org](mailto:JugendoffizierWetzlar1@bundeswehr.org)

Das Bundesland Hessen wird von sechs Jugendoffizieren in Fritzlar, Wetzlar, Frankfurt am Main und Mainz betreut. Alle Infos und Adressen: [www.hessen.jugendoffizier.eu](http://www.hessen.jugendoffizier.eu)

# Zivilklausel an der Goethe-Universität

23.–26. Januar: Urabstimmung über Verankerung in der Grundordnung

Seit dem 24. Oktober 2011 besitzt die Universität Frankfurt eine Zivilklausel. An diesem Datum stimmte der Hochschulrat dem zuvor vom Senat verabschiedeten Hochschulentwicklungsplan zu. Darin wird festgehalten, dass die Goethe-Universität eine Hochschule ist, „an der Lehre, Forschung und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen“.

Um dieses Bekenntnis dauerhaft zu verankern, forderte das Studierendenparlament in seiner Sitzung am 29. November, die Zivilklausel in die Grundordnung der Goethe-Universität zu übernehmen. Einstimmig bei einer Enthaltung wurde beschlossen, parallel zu den anstehenden Hochschulwahlen eine Urabstimmung unter den Studierenden durchzuführen. In dieser Abstimmung bietet sich die Möglichkeit, ein eindeutiges Votum für zivile und friedliche Forschung und Lehre abzugeben und sich der Forderung des Studierendenparlaments anzuschließen.

## Kriegsforschung als geheime Verschlussache

Die „immer größer werdende sogenannte Zivilklausel-Bewegung“ (FAZ, 12.1.2011) ist also auch in Frankfurt angekommen. Ende Mai 2011 versammelten sich fast 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 24 Hochschulen in Braunschweig zum bundesweiten Kongress „Nein zur Militarisation von Forschung und Lehre, Ja zur Zivilklausel“ (HLZ 11/2011), veranstaltet von GEW, ver.di, dem AStA der Uni Braunschweig und verschiedenen Friedens- und Studierendenvereinigungen. Durch Überblicksvorträge zur Militarisation der Gesellschaft und zu den verschiedenen Bereichen, in denen Kriegsforschung stattfindet, wurde sehr deutlich, dass der Umbau der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz und die zunehmende Einflussnahme des Militärs auf die Universitäten und andere zivile Organisationen in einem deutlichen Zusammenhang stehen. Um diesen Einfluss zurückzudrängen, hat sich die Zivilklausel als wirksames Mittel herausgestellt. Ein wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung wurde aber ebenso deutlich: Gibt es eine solche Klausel, aber nicht genügend Personen, die ihre konkrete Umsetzung

einfordern, kann sie gebrochen oder verwässert werden. Im Gegenzug kann alleine die Auseinandersetzung um die Zivilklausel ein geeignetes Mittel sein, um eine Diskussion über die Inhalte von Forschung und Lehre zu ermöglichen und Kriegsforschung aufzudecken, die jahrelang im Geheimen durchgeführt wurde: Die Information, welche Forschungsprojekte vom Verteidigungsministerium an öffentlichen Hochschulen vergeben wurden, ist seit Oktober 2010 als geheime Verschlussache eingestuft.

Nach dem Braunschweiger Kongress führten der Regionalverband Hochschule und Forschung und die GEW-Studierendengruppe Frankfurt am 29. Juni 2011 eine gemeinsame Informationsveranstaltung durch. Dort berichteten Rednerinnen und Redner aus Bremen, Karlsruhe und Köln über den jeweiligen Stand der Auseinandersetzungen um den Erhalt oder die Schaffung einer Zivilklausel. In Karlsruhe stellt sich seit langem die Frage, wie mit der bestehenden Zivilklausel aus dem ehemaligen Forschungszentrum Karlsruhe nach seinem Zusammenschluss mit der Universität zum KIT verfahren werden soll. Die Mitarbeiter des Forschungszentrums hatten diese, auch weil es sich um ein Kernforschungszentrum handelte, immer verteidigt. Dennoch wurde das Votum der Studierenden, die Zivilklausel solle auch für das KIT übernommen werden, nicht umgesetzt.

## Urabstimmungen auch in Karlsruhe und Köln

Wie in Karlsruhe wurde auch in Köln eine Urabstimmung unter den Studierenden durchgeführt, bei der sich über 65 % für eine Zivilklausel aussprachen. Allerdings blieb auch dieses Votum zunächst folgenlos, denn die Hochschulleitung sah mit einer solchen Klausel die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Rüstungsindustrie gefährdet.

In Bremen stellt sich die Auseinandersetzung etwas anders dar. Hier wird versucht, die seit 1986 bestehende Zivilklausel zu verteidigen. Der Rüstungskonzern OHB Systems, der unter anderem Spionagesatelliten für die Bundeswehr produziert, stiftete der Universität eine Hochschulprofessur für Raumfahrtstechnik. Dies war ganz im Sinne des Celler Appells aus dem Jahr 2008 („Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“), den „sicherheitspolitischen Dialog“ an den Hochschulen durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren zu verstärken. Gegen die OHB-Stiftungsprofessur protestierten über 60 Professorinnen, Professoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Erklärung, die sich auf die Bremer Zivilklausel beruft.

Die GEW hat die Aktivitäten gegen die Militarisation der Hochschulen von Beginn an unterstützt und auf ihrer Landesdelegiertenversammlung im November 2011 einen entsprechenden Beschluss gefasst (HLZ S. 11). Der Regionalverband Hochschule und Forschung Frankfurt/Südhessen und der GEW-Bezirksverband Frankfurt unterstützen die Studierenden bei ihrer Urabstimmung vom 23. bis 26. Januar 2012. Wer sich in diese Aktivitäten einbringen will, kann sich unter [zivilklausel@yahoo.de](mailto:zivilklausel@yahoo.de) melden oder unter [www.zivilklausel-ffm.info](http://www.zivilklausel-ffm.info) informieren.

**Robert Wallauer**

Regionalverband Hochschule und Forschung Frankfurt/Südhessen





# Die Zivilklausel

Eine Zivilklausel ist die Verpflichtung, ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke zu forschen und Lehre zu betreiben. Dies bedeutet, dass keine Kooperationen oder Drittmittelprojekte mit der Rüstungsindustrie oder Bundeswehr durchgeführt werden.

## Warum ist eine Zivilklausel notwendig?

Verteidigungsministerium und Rüstungskonzerne versuchen, Forschung und Lehre über Drittmittelprojekte und Stiftungsprofessuren inhaltlich zu beeinflussen. Dies geschieht zunehmend im Geheimen und stellt somit eine massive Gefahr für Demokratie und Transparenz an den öffentlichen Hochschulen dar.

## Ist eine Zivilklausel vereinbar mit der grundgesetzlich zugesicherten Freiheit von Forschung und Lehre?

Ja. In einem Gutachten anlässlich der Auseinandersetzung in Karlsruhe urteilte der bekannte Frankfurter Verfassungsrechtler *Professor Denninger*, die Zivilklausel sei im Sinne des Grundgesetzes, da dieses aus der Erfahrung der Geschichte eine „Friedensfinalität“ beinhalte. Trotz des stellenweise heftigen Widerstands gegen eine Zivilklausel liegt bisher kein Gegengutachten vor. Zudem gibt es einige Universitäten, an denen seit Jahren eine solche Klausel besteht (in Bremen, Konstanz und im ehemaligen FZ Karlsruhe) oder erst kürzlich eingeführt wurde (in Tübingen mit Zustimmung der Landesregierung) - ohne verfassungsrechtliche Probleme.

## Aus hessischen Hochschulen

**Darmstadt:** Eine Zivilklausel in der Grundordnung der TU Darmstadt rückt immer näher. Im Juni 2011 wurde von einer statusübergreifenden Gruppe der Antrag auf eine Zivilklausel in der Universitätsversammlung gestellt. Dieser Antrag wurde vertagt, um weiter an der Formulierung zu arbeiten. Der Arbeitskreis nahm im Dezember 2011 seine Arbeit auf, um im Frühjahr Ergebnisse zu präsentieren und in der Universitätsversammlung über die Zivilklausel abzustimmen. Vor diesem Hintergrund hat der AStA der TU Darmstadt im Oktober das Entmilitarisierungsreferat neu gegründet. Dieses beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung der Zivilklausel. Seine Zielsetzung ist weiterhin, Forschungsprojekte mit militärischem Hintergrund in die Öffentlichkeit zu bringen und zu kritischen Diskussionen darüber anzuregen.

**Gießen und Marburg:** Im Januar 2011 wurde in Folge der Bildungsproteste an der Universität Gießen eine neue Grundordnung verhandelt. Die Einführung einer Zivilklausel scheiterte zunächst an der breiten Ablehnung des Senates, der mit dieser Entscheidung der Empfehlung der Senatskommission folgte. Im September 2011 gründete sich der AK Zivilklausel für die Justus-Liebig-Universität und die Technische Hochschule Mittelhessen. Die politischen



## In welchen Bereichen findet Kriegsforschung statt?

Kriegsforschung findet vor allem in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern statt. Hier werden Waffen und Ausrüstung für die Bundeswehr entwickelt und verbessert. Neben dieser direkten Rüstungsforschung gehen 38 % der vom Verteidigungsministerium für die Hochschulen vorgesehenen Mittel in den Bereich Humanmedizin. Betroffen sind aber auch die Geistes- und Sozialwissenschaften, wo statt Friedensforschung zunehmend kriegslegitimierende Interventions- und Okkupationsforschung betrieben wird. Ein Grenzbereich zwischen ziviler und militärischer Forschung ist die „Sicherheitsforschung“.

Hochschulgruppen sind für die Einführung einer Zivilklausel größtenteils aufgeschlossen. Eine Urabstimmung ist für den nächsten Winter geplant. Es wurden eine Webseite installiert, eine Liste zu „Anlagen“ von Zivilklauseln in Hochschulgesetzen publiziert und erste Veranstaltungen durchgeführt. Parallel läuft die Suche nach verdächtiger Forschung an beiden Hochschulen. Gemeinsam mit dem AStA der Universität Marburg wurde im Dezember 2011 eine Veranstaltung „Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“ durchgeführt, in deren Folge sich an der Uni Marburg ebenfalls ein AK Zivilklausel gründen wird.

**Kassel:** An der Universität Kassel gibt es seit mehreren Jahren unterschiedliche antimilitaristische Initiativen, seit Dezember 2011 nun auch einen AK Zivilklausel. Primäre Aufgaben des neuen Arbeitskreises, der von unterschiedlichen Gruppen und unabhängigen Studierenden getragen wird, sind Recherche und Aufklärung. Die Mitglieder des AK wollen herausfinden, ob in einer Stadt, in der drei große Rüstungskonzerne Produktionsstätten haben, auch an der Hochschule für Militär und Krieg geforscht wird. Als Ziel wurde formuliert, langfristig eine Zivilklausel einzuführen und über die umfangreiche militärische Forschung an deutschen Hochschulen aufzuklären.

# Eine kleine Materialübersicht

Während die Bundeswehr über einen millionenschweren Etat für Werbung verfügt und auch mit der Unterstützung des Kultusministeriums ihre Informationen breit streuen kann, findet die Kritik von Gewerkschaften und anderen Organisationen deutlich schwerer Aufmerksamkeit. Im Folgenden werden aktuelle Veröffentlichungen, ausgewählte Unter-

richtsmaterialien und Handlungsempfehlungen kurz vorgestellt, die Anregungen für den Themenkomplex Bundeswehr, internationale Sicherheit und Konfliktlösung im Unterricht liefern und sich kritisch mit der Präsenz der Bundeswehr in Schulen befassen.



GEW:

[www.gew.de/Bundeswehr.html](http://www.gew.de/Bundeswehr.html)

Auf den Seiten der GEW finden Sie Hinweise auf Unterrichtsmaterialien und friedenspolitische Initiativen oder auch Materialien zum Download. Empfehlenswert ist insbesondere das neue Debattenheft „Einsatz Klassenzimmer – die Bundeswehr in der Schule“, in gedruckter Form auch beim Landesverband der GEW Hessen bestellbar.

Terre des Hommes: [www.tdh.de/schule-ohne-militaer](http://www.tdh.de/schule-ohne-militaer)

Auf der Webseite finden sich Materialien zum Thema Rekrutierung Minderjähriger bis hin zum Vordruck eines Antrags auf Unterrichtsbefreiung. Terre des Hommes veröffentlichte im zweiten Quartal 2011 in Kooperation mit der GEW zur Bundeswehr ein Schwerpunktheft, das über die Seite bestellt werden kann und auch zum Download bereit steht (HLZ S.16).

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen: [www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de)

Die Internetseite der DFG-VK stellt Materialien, Hintergrundinformationen, Links und Presseberichte zur Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ bereit.

Informationsstelle Militarisation (IMI): [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der Verein IMI befasst sich mit der gesamten Palette friedenspolitischer Themen. Er gibt regelmäßige Analysen heraus und führt Veranstaltungen durch. Über einen Pool können dort auch Referentinnen und Referenten angefragt werden.

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

[www.friedensdienst.de](http://www.friedensdienst.de)

Die Aktionsgemeinschaft bietet Informationen rund um internationale Freiwilligendienste. Darüber hinaus führt sie eine Kampagne „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ mit einer nützlichen Materialsammlung durch.

## AG „Schule ohne Militär“ der GEW Hessen

Alarmiert durch die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr hat sich in der GEW Hessen eine Arbeitsgruppe „Schule ohne Militär“ gebildet. Sie besteht zurzeit aus zehn Personen und trägt Informationen zur Militarisation zusammen und vermittelt Referentinnen und Referenten. Interessierte Kolleginnen und Kollegen wenden sich an *Jens Wernicke* ([jwernicke@gew-hessen.de](mailto:jwernicke@gew-hessen.de)) oder *Tony C. Schwarz* ([tony.schwarz@gew-bergstrasse.de](mailto:tony.schwarz@gew-bergstrasse.de)).

EN PAZ: [www.en-paz.de](http://www.en-paz.de)

Als gemeinnütziger Verein engagiert sich „En paz“ mit Unterstützung der Stiftung Friedensbewegung im Rahmen von Friedenserziehung, Freiwilligendienst und friedlicher Konfliktlösung. Auch finden sich für den Unterricht hier nützliche Materialien, Hinweise, ein Werkzeugkasten und ein Quartett-Onlinespiel.

Institut für Friedenspädagogik: [www.friedenspaedagogik.de](http://www.friedenspaedagogik.de)

Das Tübinger Institut stellt zahlreiche Materialien und Arbeitsblätter zu einer breiten Palette an Themen online bereit. Veröffentlichungen des Instituts erscheinen auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung und bieten deutlich „neutralere“ Informationen als bundeswehurnahe Organisationen.

„Schule ohne Bundeswehr NRW“:

[www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de](http://www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de)

Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ bietet eine handlungsorientierte Broschüre „Es lernt sich besser ohne Helm“ für Schülerinnen, Schüler, Lehrkräfte und Eltern zum Download an.

„Was tun? Wenn die Bundeswehr an die Schule kommt?“

[www.sdaj-berlin.de](http://www.sdaj-berlin.de)

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend stellt in ihrer Broschüre Handlungsmöglichkeiten bei einem Besuch der Bundeswehr vor.

„Bundeswehr wegtreten“: [www.bundeswehr-wegtreten.org](http://www.bundeswehr-wegtreten.org)

Die Initiative versucht den Einfluss der Bundeswehr zurückzudrängen. Hier finden sich lokale Aktionen, Veranstaltungen und weitere nützliche Hinweise, wie man gegen die Militarisation von Schulen und Hochschulen aktiv werden kann.

## Fortbildung gegen die Militarisation der Köpfe

In Kooperation mit der Bildungsgesellschaft lea der GEW Hessen organisiert die Arbeitsgruppe „Schule ohne Militär“ mehrere Fortbildungsveranstaltungen „gegen die Militarisation der Köpfe“:

- **Zivil-militärische Kooperation in der Schule: Neuer Alltagsmilitarismus durch die Hintertür?** Referent: *Christian Axnick*; Gießen, Donnerstag, 28.2.2012, 14-17 Uhr
- **Eine Welt jenseits von Nato und Krieg - Möglichkeiten und Perspektiven.** Referent: *Professor Dr. Werner Ruf*; Frankfurt, Donnerstag, 1.3.2012, 17-19.30 Uhr
- **Vom allgemeinen Gewaltverbot zur „Responsibility to Protect“: Über den Sinn und Unsinn „humanitärer Interventionen“.** Referent: *Dr. Johannes Schwelm*; Frankfurt, Mittwoch, 21.3.2012, 14-17 Uhr

**Anmeldung:** lea - Gemeinnützige Bildungsgesellschaft der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Tel. 069-971293-27, Fax: 069-971293-97, E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de), Online-Anmeldung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)



# Ausbildung braucht Zeit

Auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW am 11. November 2011 verkündete Kultusministerin *Dorothea Henzler*, dass die Streichung der 1.000 Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) zurückgenommen worden sei und für die Ausbildung 4,75 statt 4,55 Wochenstunden pro LiV zugewiesen würden. So sehr die Zurücknahme der Streichung der LiV-Stellen zu begrüßen ist, so kritisch ist der Faktor zu beurteilen: Für die Ausbildung nach dem bisher gültigen Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) gab es noch 5,9 Wochenstunden.

## Zuweisungsfaktor erhöhen!

Dagegen protestieren Ausbilderinnen und Ausbilder in zahlreichen Resolutionen und Briefen, weil sie nicht wissen, wie sie mit diesem niedrigen Faktor gute Ausbildung und gute Arbeit an der Schule realisieren sollen. Denn das, was die fiktiven Dialoge (Kasten rechts) ausdrücken, könnte in naher Zukunft Wirklichkeit sein. Solche Szenen gab es schon immer im Berufsalltag von Ausbilderinnen und Ausbildern. Aber zukünftig werden sie den Berufsalltag dominieren.

Schuld ist der zu knappe Zeitfaktor von 4,75 Wochenstunden pro LiV. Um eine Wochenarbeitszeit von 41/42 Stunden abzuleisten, müssen Ausbilderinnen und Ausbilder zukünftig sechs Stunden Unterricht erteilen, vier Module, drei bis vier Ausbildungs-

veranstaltungen, etwa zwei Arbeiten betreuen und an zwei Staatsexamina teilnehmen. Ein Modul hat durchschnittlich sechs LiV. Jede LiV muss zweimal im Halbjahr besucht werden, das macht 48 Unterrichtsbesuche, in 18 „produktiven“ Schulwochen rechnerisch 2,6 Besuche pro Woche. Dafür stehen höchstens zwei freie Wochentage zur Verfügung, da an mindestens zwei Tagen Unterricht stattfindet und an einem Tag Seminarveranstaltungen liegen. Da der zu besuchende Unterricht der LiV nicht zwingend auf den zwei unterrichtsfreien Tagen des Ausbilders liegt, wird der Ausbilder häufiger Unterricht ausfallen lassen müssen. Die Folgen: Nachteile für Schülerinnen und Schüler, ein permanent schlechtes Gewissen des Ausbilders, permanente Hetze bei allen Tätigkeiten in Schule und Ausbildung, für die man so dringend Zeit und Aufmerksamkeit braucht. Kommunikation und Beratung lassen sich nicht mit der Stoppuhr im Hinterkopf betreiben.

Gute Bildung braucht Zeit! An ihr zu sparen geht zu Lasten der jungen Generationen und der angehenden Lehrkräfte. Daher muss pro LiV ein Faktor von mindestens 5,2 Stunden pro Woche zugewiesen werden.

**Franziska Conrad**  
Referat Aus- und Fortbildung

## Ruf mich heute abend mal an...

*Schüler (4. Klasse, weinend):* Frau Lehrerin, ich muss Ihnen dringend erzählen, was mir in der Pause passiert ist. Der Leon war wieder mal unheimlich gemein zu mir und Sie haben mir versprochen, dass ich mit Ihnen darüber sprechen kann...

*Ausbilderin:* Kannst Du mich heute Abend anrufen? Ich habe leider gar keine Zeit. Ich muss in eine Schule, die 30 km entfernt ist und mir den Unterricht einer jungen Lehrerin anschauen. Tut mir schrecklich leid. Versprich, dass Du mich anrufst.

## Leider habe ich jetzt keine Zeit...

*Mentor:* Ich wollte mit Ihnen mal über meinen Referendar sprechen. Ich würde gern wissen, wie sehr Sie Wert auf Kompetenzorientierung legen. Wir sind an unserer Schule noch nicht so weit.

*Ausbilderin:* Leider habe ich im Moment keine Zeit, da ich zu meinem eigenen Unterricht fahren muss. Es ist die letzte Stunde vor der Klassenarbeit. Können wir abends telefonieren?

## Mein eigener Unterricht leidet...

*Ausbilder zu einer Kollegin:* Ich werde morgen meine Doppelstunde nicht halten können, weil ich zum Unterrichtsbesuch (UB) muss. Kannst du die Arbeitsblätter in der Klasse austeilen? Ich bin so unzufrieden, dass mein Unterricht so häufig ausfällt, aber ich weiß keine andere Lösung bei der Anzahl der Unterrichtsbesuche.

## Die Klasse 7a ist so schwierig...

*LiV:* Die Klasse 7a ist so schwierig. Und die Eltern haben sich schon beschwert, dass ich keine Disziplin hätte. Könnte ich mit Ihnen mal drüber sprechen?

*Ausbilder:* Gern, aber ich habe noch zwei UBs und nachmittags Vollversammlung am Seminar. Können wir heute Abend telefonieren? Oder haben Sie am Freitagnachmittag Zeit?

## Hoffentlich ist kein Stau...

*Ausbilderin zum LiV:* Dass Sie eine Lerntheke machen, finde ich richtig, weil die Klasse mit selbstständigeren Unterrichtsformen vertraut wird. Leider kann ich nur in der ersten Stunde dabei sein, weil ich dann gleich zum nächsten UB muss. Sie wissen ja selbst – im Rhein-Main-Gebiet weiß man ja nie, ob man nicht in einen Stau gerät.

## GEW-Tagung für Ausbilderinnen und Ausbilder an Studienseminaren

### Arbeitsbedingungen und Qualität in der Ausbildung

Mittwoch, 11. Januar 2012, 14.00 bis 17.30 Uhr

DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77

### Was können wir gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen tun?

Programm

14.00 Uhr: Begrüßung, Jochen Nagel, GEW-Landesvorsitzender

14.15 Uhr: Welche Pläne hat die hessische Landesregierung?

Franziska Conrad, Heike Lühmann, Referat Aus- und Fortbildung  
anschließend Diskussion

16.00 bis 17.30 Uhr: Podiumsdiskussion

mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen (angefragt)

Um besser planen zu können, bitten wir um kurze Anmeldung per Mail:  
info@gew-hessen.de – Fax: 0 69 / 97 12 93 93

# 40 Jahre Fachhochschulen in Hessen

Clemens Klockner war von 1985 bis Dezember 2008 Präsident der Fachhochschule Wiesbaden und von 2001 bis 2007 Mitglied im Wissenschaftsrat. Die HLZ dokumentiert die Ansprache unseres GEW-Kollegen anlässlich des Festaktes „40 Jahre Fachhochschulen in Hessen“ am 1. November 2011 im Kurhaus Wiesbaden in Auszügen.



Es war kein bildungspolitischer Urknall, der die Fachhochschulen vor 40 Jahren ins Leben gerufen hat. Die Gründungsgeschichte dieses neuen Hochschultyps stellt sich aus heutiger Sicht eher als ein fast zehn Jahre während, zäh verlaufender und zunächst gar nicht besonders zielgerichteter politischer Entscheidungsprozess dar, dessen Ergebnis selbst die Gründer und Initiatoren überraschte.

Am Anfang standen zahlreiche Defizite im Bereich von Bildung und Ausbildung, die seit dem Ende der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts zu Tage traten, vor allem die allgemeine Klage über den Mangel an qualifiziertem Ingenieur Nachwuchs. Zwar führte die rapide Zunahme des für Ingenieure relevanten Wissens und der damit verbundenen beruflichen Anforderungen zu einer schrittweisen Erhöhung der Studiendauer an den Ingenieurschulen von drei auf schließlich sechs Semester, aber eine echte Anpassung an den stetigen wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt war in den vorgegebenen schulischen Strukturen nicht möglich. Daher wurde ab 1965 die Forderung nach einem Akademiestatus laut. Die Forderung seitens der Studierenden nach Verbesserung der nationalen und internationalen Anerkennung ihrer Abschlüsse und ihrer Berufseinstiegsituation gab diesem Drängen zusätzliche Schubkraft.

## Die Bildungskatastrophe

Das Ausrufen der „Bildungskatastrophe“ durch Georg Picht im Jahre 1964 hat diesen Wechsel beschleunigt und sich auf die breite Palette der höheren Fachschulen ausgedehnt. Auch die dort ausgebildeten Betriebswirte, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen konnten mit den wachsenden Anforderungen an eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung nicht mehr Schritt halten, und ihr halb akademischer Status entsprach nicht mehr der Forderung der Bildungsplaner nach einer drastischen Erhöhung des

Akademikeranteils in der nachwachsenden Bevölkerung. Die in diesem Zusammenhang angestrebte Einbeziehung bildungsferner Schichten in den Akademisierungsprozess ließ sich im Rahmen einer Umwandlung der Höheren Fachschulen zu Hochschulen gut bewerkstelligen. So fassten die Ministerpräsidenten schließlich am 31. Oktober 1968 die Überlegungen in einem „Abkommen zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens“ zusammen und verabredeten die Gründung von Fachhochschulen als „eigenständige Einrichtungen des Bildungswesens im Hochschulbereich“.

In dieser Zeit gerieten auch die Universitäten in eine krisenhafte Situation. Im Rahmen einer massiven Expansion wechselten immer mehr junge Menschen zu einem von den Leitvorstellungen *Humboldts* geprägten universitären Bildungssystem, die eigentlich eine wissenschaftlich qualifizierte Berufsausbildung suchten. Mit dem Konzept der Gesamthochschule als neuem Typ sollte dieser Entwicklung Rechnung getragen werden. Die entstehenden Fachhochschulen waren daher nur für eine Übergangsphase gedacht.

Hessen plante 1968 eine Novellierung seines erst 1966 erlassenen Hochschulgesetzes. Aus Sicht des Kultusministeriums erwies es sich als notwendig, „durch die unmittelbare gesetzliche Regelung von Aufgabenstellung und Paritäten der Entscheidungsorgane die Hochschulen in die Lage zu versetzen, in stärkerem Umfang als zuvor Verantwortung für die Hochschulangelegenheiten wahrzunehmen.“ Dieser gesetzlichen und organisatorischen Neuordnung des hessischen Hochschulwesens lag die Zielvorstellung zugrunde,

„durch die Entwicklung integrierter Gesamthochschulen die starren Schranken zwischen den verschiedenen Bildungswegen abzubauen und ein Angebot von abgestuften, integrierten und aufeinander bezogenen Studiengängen zu entwickeln.“

Von 1968 bis 1970 legte das Kultusministerium dem Landtag fünf Gesetze

vor, die der Neugliederung des Hochschulwesens dienen sollten: das Hochschulgesetz, das Universitätsgesetz, das Kunsthochschulgesetz, das Fachhochschulgesetz und das Gesetz über die Errichtung der Gesamthochschule Kassel.

## Kampf um die Standorte

In dem Referentenentwurf des Hochschulgesetzes wurde festgehalten, dass die Hochschulen zu einem Gesamthochschulsystem verbunden sein würden, indem die Hochschulen ihre Aufgaben in gegenseitiger Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zu erfüllen hätten. Die Studiengänge sollten aufeinander abgestimmt, die Forschungs-, Lehr- und Ausbildungsmöglichkeiten gemeinsam genutzt werden. In den entsprechenden Paragraphen des Entwurfs wurden die vier Universitäten (Frankfurt am Main, Gießen, Marburg und Darmstadt – TH) und drei Kunsthochschulen (Kunsthochschule Kassel, Städel-Hochschule Frankfurt, Musikhochschule Frankfurt am Main) mit ihren jeweiligen Namen und Sitzorten ausgewiesen. In dem Referentenentwurf des Hochschulgesetzes wurden die noch zu errichtenden Fachhochschulen mit ihren Sitzorten Darmstadt, Frankfurt, Gießen und Kassel genannt, in die 15 Ingenieurschulen, fünf Höhere Fachschulen und drei Pädagogische Fachinstitute übergeleitet. Nach Vorlage des Referentenentwurfs richteten Direktoren, Lehrende und Studierende einzelner Schulen im Verein mit Bürgermeistern, Landräten, Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften eindringliche Appelle an die Landesregierung mit der Forderung, ihre Einrichtungen zu erhalten und in eigenständige Fachhochschulen umzuwandeln. Auch die Oberbürgermeister der Städte Fulda (*Alfred Dregger*) und Wiesbaden (*Rudi Schmitt*) setzten sich tatkräftig für die Errichtung von Fachhochschulen oder Gesamthochschulen in Fulda und Wiesbaden ein.



Nach entsprechenden Beratungen im Kulturpolitischen Ausschuss des Landtages zeichnete sich 1970 ab, dass Wiesbaden Sitz einer fünften Fachhochschule werden sollte. Ihr sollten die Ingenieurschulen in Rüsselsheim, Idstein und Geisenheim sowie die Werkkunstschule in Wiesbaden zugeordnet werden. Die Werkkunstschule in Darmstadt sollte Teil der Fachhochschule Darmstadt werden. Die Werkkunstschule in Offenbach am Main sollte im Rahmen des Kunsthochschulgesetzes in den Kreis der Kunsthochschulen aufgenommen werden. Das Gesetz über die Fachhochschulen im Lande Hessen wurde vom Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen und trat am 1. August 1971 in Kraft. Wiesbaden war Sitz einer Fachhochschule geworden. Die der Fachhochschule Kassel zugeordneten Ingenieurschulen, Höhere Fachschulen, das Pädagogische Fachinstitut sowie die Staatliche Hochschule für bildende Künste Kassel wurden in die neu gegründete Gesamthochschule Kassel einbezogen. Der Bereich Fulda der Fachhochschule Gießen wurde am 1. August 1974 Teil der zum gleichen Zeitpunkt gegründeten Fachhochschule Fulda.

Für 8.500 Studierende begannen am Montag, dem 4. Oktober 1971, die Lehrveranstaltungen der vier Fachhochschulen in Darmstadt, Frankfurt, Gießen und Wiesbaden. Der Anteil der Fachhochschulen am Gesamtstudierendenaufkommen in Hessen entsprach zu diesem Zeitpunkt ca. 12 Prozent. Zum Wintersemester 2011/2012 haben sich 52.000 Studierende an hessischen Fachhochschulen eingeschrieben, was einem Anteil von knapp 30 Prozent entspricht.

Kultusminister *Ludwig von Friedeburg* eröffnete das erste Semester der hessischen Fachhochschulen mit einer Grundsatzrede vor den Studierenden und Lehrenden der Fachbereiche Weinbau und Getränketechnologie sowie Gartenbau und Landespflege der Fachhochschule Wiesbaden in Geisenheim. Dabei forderte er die Fachhochschulen auf, „eine eher schulische Orientierung im herkömmlichen Sinne des Wortes zugunsten einer mehr wissenschaftsorientierten Ausbildung“ abzulösen und sich so zu Partnern der Universitäten zu entwickeln und auf die spätere Integration des gesamten Hochschulbereiches vorzubereiten.

Die integrierte Gesamthochschule als Leitbild für die Bildungsexpansion im tertiären Bereich geriet jedoch

schon bald in eine Krise. Der von der Hessischen Landesregierung 1974 veröffentlichte Stufenplan zur Bildung von weiteren sechs Gesamthochschulen verschwand bald von der hochschulpolitischen Landkarte. Die Gesamthochschule Kassel sollte bis zu ihrer Umbenennung in eine Universität im Jahre 2002 die einzige Gesamthochschule in Hessen bleiben. Vielleicht war die Idee zu hoch gesteckt, zu utopisch, als „Generalmodell“ objektiv zum Scheitern verurteilt. Auch an den Fachhochschulen fand sie wenig Widerhall, wenn auch aus anderen Motiven: Sie hatten die sicherlich berechtigte Befürchtung, im gemeinsamen Boot nicht auf dem Sonnendeck, sondern an den Rudern zu landen, und gingen von Anfang an den Weg einer eigenständigen Entwicklung.

### Soziale Öffnung und Praxisbezug

Die Diskussionen in den 70er und 80er Jahren gingen davon aus, dass die Gründung der Fachhochschulen nicht nur eine quantitative Ausdehnung und Ergänzung des Hochschulbereichs sein konnte, sondern dass sich die Fachhochschulen von ihren Vorgängererichtungen qualitativ unterscheiden müssten. Sie gingen aber auch davon aus, dass mit ihnen die Prinzipien der sozialen Öffnung und des Praxisbezuges in einer noch zu findenden Form in den Hochschulbereich verstärkt integriert werden sollte. Die Fachhochschulen haben ihren Schritt getan und sich von ihrer spezifischen Tradition getrennt, die in einer eigentümlichen Zwischenstellung zwischen dem System beruflicher Bildung und dem allgemeinbildenden System bestand. Mit der Anhebung der Zulassungskriterien für die

Studierenden und den Berufungsvoraussetzungen für die Lehrenden wurden sie eindeutiger in das hochschulische System integriert. Der rasch angewachsene Anteil von Abiturienten – auch wenn diese eine Lehre absolviert hatten – zeigte, dass sie der Strukturveränderung im Sekundarbereich folgend nicht mehr auf berufliche Praxis aufbauend eine besondere Art des zweiten Bildungswegs, sondern immer mehr eine Alternative zur Universität wurden.

In den vier Jahrzehnten, die seit der Gründung der Fachhochschulen vergangen sind, hat sich das Funktions- und Anforderungsspektrum des Hochschultyps Fachhochschule erheblich erweitert. Zu beobachten sind nicht nur Konvergenzen zwischen den Hochschultypen Fachhochschule und Universität, sondern auch Differenzierungsprozesse innerhalb der Hochschultypen. Die Veränderungen im deutschen Hochschulsystem sind eng verknüpft mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Hierzu zählen demografische, sozioökonomische sowie soziokulturelle Veränderungen, die auf vielfältige Weise miteinander verweben sind. Die Hochschulen sind Subjekt und Objekt vieler dieser Veränderungsprozesse und sehen sich zugleich mit veränderten gesellschaftlichen Ansprüchen an die Leistungen und die Angebote konfrontiert, die sie aus Sicht gesellschaftlicher Akteure erbringen sollten.

Unternehmen wir auch in Zukunft jegliche Anstrengung, dass wir junge Menschen entlassen, die bei uns um Erkenntnisse bereichert, also zu kritischem, wissenschaftlichem Denken und Handeln und dem Ganzen verpflichteten Bürgern gebildet wurden, und zwar in beiden Institutionen, den Universitäten und den Fachhochschulen.



Foto: Kultusminister *Ludwig von Friedeburg* 1971 (aus: *Erika Sulze-Kleinmeier, Fotografien 1967 bis 2007*)

# Spardiktat für Griechenland

## Themis Kotsifakis über die Auswirkungen auf die Bildung

Ende November 2011 hatte *Themis Kotsifakis* ein volles Programm. Auf Einladung des GEW-Hauptvorstands weilte der Generalsekretär der griechischen Sekundarlehrergewerkschaft OLME für drei Tage in Deutschland und informierte auf mehreren Veranstaltungen über die Folgen der von der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) verordneten Sparprogramme für das griechische Bildungswesen. Vor über 80 Kolleginnen und Kollegen, die am 24. November auf Einladung der GEW Hessen und des DGB Hessen-Thüringen in das Frankfurter Gewerkschaftshaus gekommen waren, warf Kotsifakis der griechischen Regierung vor, sie betriebe Krisenbewältigung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Politik der Troika führe zu „Lohnkürzungen, Privatisierungen, einer radikalen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, dem Ausverkauf des öffentlichen Reichtums und einer Einschränkung der Staatssouveränität“. Sowohl Tarif- als auch persönliche Arbeitsverträge werden außer Kraft gesetzt. Verhandlungen mit der Regierung über diese Maßnahmen seien nicht möglich, so Kotsifakis. Vielmehr mache diese gemeinsam mit Teilen der Medien die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für Korruption und schlechte Verwaltung verantwortlich. In dieser auch in der deutschen Presselandschaft verbreiteten Lesart sind der „aufgeblähte“ Staatsdienst, in dem zu viele Menschen

hochbezahlt zu wenig arbeiten, und der „verschwenderische“ Sozialstaat Auslöser der Verschuldung. Dieser Darstellung widersprach Kotsifakis vehement.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liege in Griechenland mit 44,3 Stunden über dem Schnitt der Europäischen Union. Die Sozialleistungen hingegen seien mit durchschnittlich 3.300 Euro im Jahr deutlich niedriger als in den meisten anderen EU-Ländern. Verantwortlich für die massive Staatsverschuldung seien vielmehr die niedrigen Steuern für Unternehmen, die von einem Wert von 30,8 % in 2009 nochmals um 2,1 % auf 28,7 % in 2010 gesenkt wurden, während die Steuerlast für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 52,3 % in 2009 auf 55,5 % im Jahre 2010 erhöht wurde. Während nun einerseits die Mehrwertsteuer erhöht und eine neue Immobiliensteuer eingeführt würden, zahlten auf der anderen Seite die Reeder, die wohlhabende griechische Kirche sowie die Banken gar keine Steuern. Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Staatsverschuldung hätten die wirtschaftliche Lage keineswegs verbessert, konstatierte der Referent: Die Arbeitslosigkeit stieg von 9 % im Jahr 2009 auf 18,4 % im Jahr 2010. Bei den unter 24-Jährigen liegt sie inzwischen bei über 40 %.

### Über 1.000 Schulen geschlossen

Stark betroffen von der Kürzungspolitik ist auch das griechische Bildungswesen. Kotsifakis verwies hier auf einen kontinuierlichen Rückgang des Anteils der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 2,9 % im Jahr 2009 auf 2,7 % in 2011. Bis 2015 sei dann ein Absinken auf 2,2 % zu erwarten. Inzwischen wurden 1.056 Schulen geschlossen und weitere Fusionen und Auflösungen angekündigt. Daneben findet ein massiver Abbau von Unterstützungsleistungen im Bildungsbereich statt. Der Förderunterricht und verschiedene Beratungseinrichtungen wurden abgeschafft, der Fremdsprachenunterricht eingeschränkt und Schulzentren für Umwelt- und Naturerziehung sowie rund 800 Schulbibliotheken ge-

schlossen. Die Größe griechischer Schulklassen liegt inzwischen bei 28 bis 30 Kindern. Der staatliche Schulbuchverlag, der Bücher zu sehr niedrigen Preisen anbieten konnte, wurde aufgelöst. Zukünftig würden dann wohl private Anbieter die Preise deutlich erhöhen, prognostizierte Kotsifakis.

Die aktuelle Schulreform folge einer „Logik des fragmentarischen Wissens und der fragmentarischen Fertigkeiten“ und festige die „Werte“ einer „Schule des freien Marktes“. Schuldirektoren würden zu Managern umfunktioniert und das Kollegialitätsprinzip und demokratische Entscheidungsprozesse in Lehrer\*innen gremien außer Kraft gesetzt. Das Lehrpersonal wurde im Vergleich zum Vorjahr bereits um 10 % verringert, was größtenteils durch erzwungene Frühverrentung geschah. Insgesamt sollen im öffentlichen Dienst bis 2013 rund 120.000 Stellen abgebaut werden. Die Einkommen der griechischen Lehrerinnen und Lehrer sanken um 20 bis 40 %. Bereits jetzt liege deren Nettoverdienst nur bei 50 % des Durchschnittseinkommens von Lehrerinnen und Lehrern in der EU. Des Weiteren kritisierte Kotsifakis die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre und die Aufhebung der Sonderregelung für Lehrkräfte, nach 30 Arbeitsjahren mit Erreichen des 60. Lebensjahrs eine Rente (mit Abzügen) zu erhalten.

Abschließend gab der Referent einen Überblick über die bisherigen Proteste der griechischen Gewerkschaften, etwa zahlreiche Generalstreiks und Besetzungen von Ministerien. Nötig seien gemeinsame, koordinierte Aktionen in ganz Europa, um die Austeritätspolitik zu stoppen. Dafür müssten Gewerkschaften und soziale Bewegungen stärker kooperieren. Unter dem Beifall der Anwesenden forderte Kotsifakis: „Deutsche und griechische Arbeitnehmer müssen zusammenstehen, um diese Politik in Europa umzustossen!“

Matthias Freiling

- In der GEW-Bundeszeitung e&w, mit der diese HLZ ausgeliefert wird, findet man ein Interview mit Themis Kotsifakis.





## „Ich war nicht mehr vorhanden“

### Die Holocaust-Überlebende Trude Simonsohn im Gespräch

Seit dem 16. März 1938, dem Tag nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei, sprach niemand ihrer früheren Freunde mehr mit ihr. Niemand schenkte ihr mehr ein Lächeln. Als Jüdin unter der Herrschaft Hitlers wurde sie von einem Tag auf den anderen zur Unperson: „Ich war nicht mehr vorhanden.“ So begann *Trude Simonsohn*, heute 90 Jahre alt, ihren eindringlichen und anrührenden Vortrag vor 80 Schülerinnen und Schülern der Heinrich-Böll-Schule Rodgau und der Georg-Büchner-Schule Frankfurt, die sich entschieden hatten, an der in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführten lea-Fortbildung „Nationalsozialismus und Widerstand - Im Gespräch mit den Zeitzeuginnen Trude Simonsohn und Irmgard Heydorn“ teilzunehmen.

Die 95-jährige *Irmgard Heydorn*, seit 1933 im sozialistischen Widerstand gegen Hitler aktiv, konnte wegen gesundheitlicher Probleme an der lea-Fortbildung am 30. November 2011 im Frankfurter Gutleutviertel nicht teilnehmen. Umso mehr lauschten die meist 16-jährigen Schülerinnen und Schüler der Lebensgeschichte von Trude Simonsohn: 1933 mit 21 Jahren wegen politischer Arbeit für eine jüdische Jugendorganisation verhaftet, vor ein Standgericht gezerrt, ohne das Recht auf Verteidigung in Einzelhaft gesperrt, nach Theresienstadt und anschließend ins KZ Auschwitz deportiert.

„Ich weiß nicht, ob ihr das versteht...“ Immer wieder versuchte Trude Simonsohn, sich zu vergewissern, ob das, was sie zu berichten hatte, für die Schülerinnen und Schüler überhaupt begrifflich ist. Dass ein ganzes Volk sich der Ausrottung der Juden verschrieben habe, das könne sie gar nicht verstehen, bekannte eine Schülerin. Das den verfolgten Juden angetane Leid aber prägte sich allen, die Trude Simonsohn mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörten, sehr wohl ein.

Immer wieder hob sie die Momente der Hoffnung, die Gesten und Worte der Ermutigung hervor, die ihr in jener schrecklichen Zeit von gänzlich unbekanntem Menschen zuteil wurden und

die ihr die zum Überleben notwendige Kraft gaben. Hier zeigte eine Holocaust-Überlebende, wie sie trotz grausamer Umstände ihre Würde zu bewahren vermochte. Vielleicht war es das, was die Jugendlichen in Bann schlug.

Auch die von der Moderation angesagte Veranstaltungspause bot Trude Simonsohn nicht die geringste Chance zum Verschnaufen: Eine ganze Traube wissbegieriger Schülerinnen und Schüler scharte sich um die alte, aber irgendwie jung gebliebene Frau, die ihren Judenstern auf den Tisch legte und jede Frage aufgriff.

„Cool“ finde sie Frau Simonsohn, bekannte eine 16-Jährige, weil die uns „respektlosen Teenagern“ ihre Zeit widme. Aber von mangelndem Respekt der Schülerinnen und Schüler konnte wirklich nicht die Rede sein. Warum sie nicht verbittert sei, warum sie die Deutschen nicht hasse, wollten sie wissen. Sie habe „kein Talent zum Hassen“, entgegnete die 90-Jährige lakonisch.

„Zivilcourage kommt nicht vom lieben Gott, die muss man sich erarbeiten“, gab Simonsohn den Jugendlichen mit auf den Weg. Nicht erst in einer Diktatur, sondern schon vorher müsse man Zivilcourage zeigen und praktizieren. Dieser Gedanke – so schien es – fiel auf fruchtbaren Boden.

Als Moderatorin *Ursula Ernst* von der Anne-Frank-Begegnungsstätte die Jugendlichen nach ihrer Meinung und nach ihrem Umgang mit den aktuell bekannt gewordenen Neonazi-Morden befragte, die der lea-Fortbildung unerwartet eine bittere Aktualität verliehen, entbrannte eine engagierte Debatte unter den Jugendlichen beider Schulen. Fortan musste die Moderatorin nicht mehr die Beiträge von Simonsohn moderieren, sondern sah sich in der Rolle, das Gespräch der Schülerinnen und Schüler untereinander zu leiten. Der Funke war übersprungen.

Anwesende Begleitpersonen, die Referentin und die Moderatorin fanden



sich unversehens in der Zuhörer-Rolle wieder, während die Jugendlichen, die meisten mit Migrationshintergrund, ernsthaft und kontrovers den Umgang mit Neonazi-Bestrebungen und den Umgang miteinander erörterten. Wechselseitige Beleidigungen und gar Gewalt waren nicht ihr Ding. Respekt gegenüber Andersdenkenden, Gleichbehandlung und wechselseitige Anerkennung lagen ihnen am Herzen.

Trude Simonsohn konnte sich – sichtlich zufrieden – ein wenig zurücklehnen. Spontan erklärte sie ihre Bereitschaft, an einer weiteren Fortbildung zusammen mit lea bildungsgesellschaft teilzunehmen.

Gerhard Walentowitz

Zeitzeugen des Nationalsozialismus im Gespräch mit Schulklassen

**Nationalsozialismus und Widerstand**  
• Im Gespräch mit Irmgard Heydorn Frankfurt, 19. 4. 2012, 14.30–17 Uhr  
**Erinnerte Geschichte**

• Im Gespräch mit Trude Simonsohn Frankfurt, 26. 4. 2012, 14.30–17 Uhr

Entgelt pro Klasse: 80 Euro, Anmeldung: lea-bildungsgesellschaft, Tel. 069-971293-37

# Rechtsextremismus bekämpfen

In seiner Sitzung am 7. Dezember 2011 befasste sich der GEW-Landesvorstand mit dem rechtsextremistischen Terror. Die HLZ dokumentiert den Beschluss des GEW-Landesvorstands.

Auch wenn die GEW Hessen seit Jahren vor der Gewalt von Nazis und rassistischen Gelegenheitstätern warnt, sind wir geschockt von dem Ausmaß an Ignoranz und Verharmlosung staatlicher Stellen angesichts der rassistischen Mordserie. Wir verlangen daher eine sofortige grundlegende Änderung im Umgang mit der extremen Rechten.

## 1. Eingreifen und einmischen

Jeden Tag ereignen sich in Deutschland mindestens zwei bis drei rechte und rassistische Gewalttaten. Die Täter und Täterinnen sprechen vor allem denjenigen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ab, die als Minderheiten ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert werden. Das zu ändern und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, können wir nicht nur an den Staat delegieren:

Jede und jeder kann bei rassistischen Sprüchen am Arbeitsplatz, antisemitischer Hetze auf dem Sportplatz oder „Schwulenzwischen“ Kontra geben und eingreifen, wenn andere bedroht und geschlagen werden. Und jede und jeder kann jetzt praktische Solidarität zeigen: Unterstützung für Einrichtungen organisieren, die Zielscheibe von neonazistischen Brandanschlägen geworden sind, oder den Menschen in diesen Einrichtungen und anderen Opfern von rechtsextremen Gewalttaten persönlich in Gesprächen oder praktisch beistehen.

## 2. Mehr Demokratie und Aufklärung

Polizei, Justiz und Geheimdienste spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse wider. In einem Land, in dem regelmäßig ein Drittel der Bevölkerung erklärt, Deutschland sei „im gefährlichen Maße überfremdet“, ist es keine Ausnahme, dass Sonderkommissionen „Aladin“ oder „Bosporus“ genannt und Opfer rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt werden. Schon die Bezeichnung „Döner-Morde“ ist rassistisch und entwürdigend. Nationale Terrorabwehrzentren und neue Ge-

samdateien von Polizei und Geheimdiensten werden daran nichts ändern, diese Maßnahmen führen zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen zunehmenden staatlichen Überwachung.

Ein erster Schritt wäre eine klare Abkehr von Feindbildern wie „Linksextremisten“, „Muslime“ und „Fremde“. Der Rassismus bis in die Mitte der Gesellschaft muss als zentrales gesellschaftliches Problem erkannt und angegangen werden. Die Aufklärungsarbeit in allen Bildungseinrichtungen muss erheblich ausgeweitet werden.

## 3. Zivilgesellschaftliche Expertisen anerkennen und nutzen

Der derzeitige Schock der politisch Verantwortlichen über den Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ lässt sich nur damit erklären, dass sie die öffentlich zugänglichen Informationen und Analysen der zivilgesellschaftlichen Aktiven gegen Rechts und Rassismus – Antifagruppen, Bündnisse und Beratungsprojekte – offenbar komplett ignoriert und stattdessen nur auf die Geheimdienste gehört haben, deren „Erkenntnisse“ offensichtlich auch mit dem bei den politisch Verantwortlichen vorherrschenden Weltbild korrelierten. Wer auf die falschen Berater in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten setzt, kann nur verlieren und spielt mit dem Feuer. Künftig muss der Erfahrungsschatz der zivilgesellschaftlichen Expertinnen und Experten angemessenes Gehör finden.

## 4. V-Leute abschaffen

V-Leute in rechtsextremistischen Organisationen sind häufig vom Staat bezahlte Nazis, die Steuergelder dazu verwenden, um Nazistrukturen auszubauen und zu stabilisieren sowie staatliche Stellen allenfalls mit fragwürdigen Informationen zu versorgen. In der Geschichte der bundesdeutschen Nazibewegung waren immer wieder V-Männer und -Frauen in tödliche Attentate (Wehrsportgruppe Hoffmann) und Brandanschläge (Solingen) involviert. Sie haben die Produktion und den Vertrieb nazistischer Hassmusik organisiert (Brandenburg und Sachsen), NPD-Landesverbände am Laufen gehalten (Nordrhein-Westfalen), mit Steuergeldern militante Nazistrukturen wie den

Thüringer Heimatschutz und *Blood & Honour* aufgebaut und ein NPD-Verbot im Jahr 2003 verhindert.

Die verdeckte staatliche Finanzierung von Nazistrukturen durch V-Leute muss sofort beendet werden.

## 5. Lückenlose Aufklärung

Alle Daten und Informationen, die notwendig gewesen wären, um mit polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln schon 1998 – vor Beginn der rassistischen Mordserie – gegen den Kern des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) vorzugehen, lagen den Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten gleichermaßen vor. Doch diese Informationen wurden mit einer Mischung aus Verharmlosung, Entpolitisierung und Inkompetenz von Polizei, Justiz und Geheimdiensten ignoriert, wie sie bei rechter Gewalt immer wieder zu beobachten war und ist. Wer jetzt Aufklärung verspricht, muss überall dort, wo Versagen offenkundig geworden ist, auch personelle Konsequenzen ziehen, egal ob in Innenministerien, Geheimdiensten oder Strafverfolgungsbehörden.

Die Angehörigen der Ermordeten, die Verletzten der Nagelbombenanschläge und die gesellschaftlichen Gruppen, die durch die Attentate der NSU unmittelbar betroffen sind, aber auch die Gesellschaft als Ganzes haben ein Recht darauf, dass eine lücken- und schonungslose Aufklärung in aller Öffentlichkeit stattfindet.

## 6. Geschlossenes Auftreten gegen NPD

Die zum x-ten Mal geführte Debatte über ein NPD-Verbot stellt den Blick auf das schockierende Ausmaß staatlicher Verharmlosung der extremen Rechten und des gesamtgesellschaftlichen Rassismus. Die NPD und die extreme Rechte sind überall dort stark, wo demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft ihnen nicht gegen- und entschlossen entgegenreten. Dass, wie in Sachsen, sich die CDU-geführte Regierung nach diskreditierenden parlamentarischen Anfragen der NPD nicht zur wertschätzenden Unterstützung von Beratungsprojekten gegen rechts durchringen kann, ist kein Einzelfall. Effektiver als jede reflexartige Verbotsdebatte wäre ein



geschlossenes Vorgehen aller anderen Parteien dort, wo sie mit der NPD konfrontiert sind.

### 7. Engagement gegen rechts braucht Anerkennung und Unterstützung

Bei den Protesten gegen den Neonazi-aufmarsch in Dresden im Februar 2011 wurden Hunderttausende Telefonate abgehört, bei Ermittlungen gegen Neonazigegner wegen Aufrufen zu Blockaden wird nicht einmal mehr vor Kirchengemeinden Halt gemacht. Anstatt – wie jüngst in der Broschüre „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“ von Familienministerin Schröder wieder geschehen – Antifagruppen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Bündnisse gegen Rechts, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie andere zu diffamieren und zu kriminalisieren, müssen diese Anerkennung, Unterstützung und Ermutigung durch politisch Verantwortliche aller Parteien erfahren. Wer Misstrauen gegen engagierte Bürgerinnen und Bürger sät, wird mehr rechte und rassistische Gewalt ernten.

Wer militante Kameradschaften schwächen will, muss demokratische, nicht-rechte Jugendkulturen fördern und Jugendlichen gesellschaftliche Perspektiven eröffnen.

### 8. „Extremismusklausel“ abschaffen

Die Bundesregierung zwingt die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Unterschrift unter eine so genannte „Demokratieerklärung“, mit der sich die Projekte verpflichten sollen, ihre Partnerinnen und Partner auf Verfassungstreue zu prüfen und sie zu bespitzeln. Als Grundlage für die Einschätzung der Verfassungstreue von Kooperationspartnern sollen ausgerechnet die Berichte des Verfassungsschutzes dienen. Die rassistischen Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft bleiben dabei außen vor.

Es muss Schluss damit sein, dass die wichtige gesellschaftliche Arbeit dieser Projekte seit Jahren durch eine historisch falsche, wissenschaftlich unsinnige und politisch gefährliche „Totalitarismustheorie“, die Rechtsextremismus und Linksextremismus und damit auch Faschismus und Antifaschismus gleichsetzt, gegängelt und behindert wird.

### 9. Projekte gegen Rechtsextremismus

Die Beratungsprojekte in den neuen Bundesländern und Berlin arbeiten seit



zunehmend über 10 Jahren erfolgreich und unabhängig, dennoch wurden ihnen wiederholt die Mittel gekürzt. Die Mobilen Beratungsteams arbeiten vorbeugend, die Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen und begleiten Betroffene, Zeugen und Angehörige bei der Bewältigung der Tatfolgen. Diese Projekte sind derzeit mit zum Teil massiven Mittelkürzungen konfrontiert. In den alten Bundesländern sind sie komplett unterfinanziert oder existieren aus Mangel an Fördergeldern erst gar nicht.

Die Arbeit gegen die extreme Rechte braucht einen langen Atem, ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe und kein Strohfeder und muss entsprechend dauerhaft gefördert und erheblich ausgeweitet werden.

### 10. Rassismus beim Namen nennen

Es ist unbegreiflich, dass im Zusammenhang mit den NSU-Morden von „Fremdenfeindlichkeit“ die Rede ist. Die Ermordeten waren mitnichten „Fremde“, „Türken“ oder „Griechen“, sondern repräsentieren die Mitte unserer Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden –

unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und allen anderen „Merkmalen“. Es ist Zeit, endlich von Rassismus und dem „Wahn der Überlegenheit der deutschen Herrenrasse“ zu sprechen, denn dies war und ist das Motiv der Nazis für ihre Taten.

### 11. Rechtsextremismus auch in Hessen

Auch in Hessen besteht kein Grund zur Beruhigung. Die Liste regelmäßig vorkommender rechtsextremer Gewalttaten reicht von Sachbeschädigungen über Körperverletzungen bis zum Brandanschlag. Schlägereien bei Volksfesten gehören ebenso zum Alltag wie das häufige Bestreiten rechtsextremer Hintergründe durch ermittelnde Behörden. Die hessische Landespolitik muss deshalb allen rassistischen Tendenzen entschieden entgegentreten. Sie muss vor allem aber auch ausreichende Mittel für Aufklärungs- und Beratungsprojekte zur Verfügung stellen. Pädagogische Projekte in den Schulen wie auch in der außerschulischen Bildungsarbeit bedürfen ebenso der – auch finanziellen – Unterstützung. Institutionen wie die hessische Landeszentrale für politische Bildung müssen aktiv in die Aufklärungsarbeit einbezogen werden.



# Nach dem Holocaust

## Die Jüdische Berufsfachschule Masada in Darmstadt

Die Jüdische Berufsfachschule Masada in Darmstadt war völlig in Vergessenheit geraten. Erst durch die Recherchen von *Lea Dror-Batalion* geriet die Geschichte dieser Schule wieder ans Licht. Die Gründe für das Vergessen sind sicher vielfältig. Die Schule existierte nur etwa 10 Monate in den Jahren 1947/48. Die Akteure verließen fast alle Darmstadt. Auch das Gebäude existiert heute nicht mehr.

Die Schule bildete etwa 45 Überlebende aus benachbarten Lagern für *Displaced Persons* (DP) als Tischler, Schlosser, Schreiner und in anderen handwerklichen Berufen aus. All diese Berufe sollten sich beim Aufbau von Kibbuzim in Erez Israel als nützlich erweisen. Die Jüdische Berufsfachschule Masada war in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlich.

Die Schule befand sich am Steubenplatz im Gebäude des 1912 außer Betrieb genommenen Main-Neckar-Bahnhofs in der Darmstädter Innenstadt, im Gegensatz zu vielen jüdischen Schulen im Nachkriegsdeutschland, die in DP-Lagern waren. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde das Gebäude in Jakob Sprenger-Haus umbenannt und war Sitz der NS-Kreisleitung.

Die Jüdische Berufsfachschule Masada war eine Betar Schule (1), die in den Jahren 1947 und 1948 von *Samuel Milek Batalion* aufgebaut und geleitet wurde. Er organisierte Räumlichkeiten, Verpflegung, Lehrpersonal, Finanzierung und Ausstattung der Schule. Die Schule war im alten, teilweise zerstörten Gebäude des Main-Neckar-Bahnhofs untergebracht. Dort befanden sich Unterrichtsräume, Werkstatt und eine einfache Küche für die Verpflegung. Die Schüler wohnten im Klinikum der Stadt Darmstadt. Dies hatte Batalion durch Verhandlung mit der Stadt und der

amerikanischen Militärregierung erreicht. Aber nicht nur das: Das Ziel war, jungen Holocaustüberlebenden eine Ausbildung und neuen Lebensmut auch für den Aufbau Israels zu vermitteln.

Erstmals berichtet das Darmstädter Echo am 13. 9. 1947 über die Schule:

*„Am vergangenen Montag wurde die erste jüdische Fachschule in Darmstadt ihrer Bestimmung übergeben. Der Unterstützung durch den Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bergsträber und Oberschulrat Bechtolsheimer ist zu danken, dass diese Schule entstehen konnte. 60 Schüler von 18 bis 31 Jahren aus Lagern in Darmstadts Umgebung sollen in einjährigen Kursen zu drei Semestern die Ausbildung in einem handwerklichen Beruf erhalten. Es wird in drei Sparten unterrichtet und praktisch gearbeitet. Als Elektriker, Tischler oder Schlosser sollen nach einer Prüfung die Schüler ihre Fachschule verlassen; sie wohnen und essen im Internat. Neben Schulräumen stehen Werkstätten zur Verfügung, deren Einrichtung zum großen Teil selbst hergestellt wurde. Der Stundenplan sieht täglich drei Stunden theoretischen und fünf Stunden praktischen Unterricht vor. Viel Mühe, Arbeit und Energie mussten aufgewandt werden, um in fünfmonatiger Aufbauarbeit die Räume herzurichten und eine Fachschule aufzubauen, in der entwurzelte Menschen mit der Erlernung eines praktischen Berufes wieder Ziel und Aufgabe finden.“*

Am 9. Dezember 1947 folgte der Bericht über die Eröffnung der Schule:

*„Die erste jüdische Berufsfachschule, die in Deutschland besteht, wurde am Freitag im Rahmen einer Feier im alten Bahnhofsgebäude am Steubenplatz in Darmstadt durch den Leiter der Militärregierung für den Stadt- und Landkreis Darmstadt, Oberst Rose eröffnet. Die Schule, die unter Leitung von Samuel Batalion steht, soll den jüdischen Schülern im Alter von 15-25 Jahren die Möglichkeit geben, sich auf ihr zukünftiges Leben in Palästina vorzubereiten und die Übergangszeit bis dahin in Deutschland nutzbringend anzuwenden.“*

Die deutsche Betar Organisation, deren Zentralbüro in München war, unterstützte die Idee und Gründung der Schule. Neben dem praktischen Unterricht in der Werkstatt in Elektrotechnik, Mechanik und in der Tischlerei wurden Hebräisch, jüdische Geschichte und

Religion unterrichtet. Für den Betarunterricht, der in Uniformen stattfand, war der *Madrich Moshe Mordchelewitz* zuständig. Er starb im August 2011. Die letzten Jahre lebte er in Kanada und berichtete immer begeistert von der Schule.

Die Unterrichtssprachen waren, nach der Aussage von *Zvi Grinberg*, Deutsch und Jiddisch. Jiddisch war die einzige Sprache, die alle Schüler, die viele andere Sprachen konnten, gemeinsam hatten. Die Schüler konnten inzwischen zu einem großen Teil ermittelt werden. Im Stadtarchiv Darmstadt befindet sich die Schülerkartei, die die Grundlage für die weitere Recherche ist. Diese Registrierkarten enthalten Daten über die DP's, die nach Darmstadt kamen.

Die Registrierkarten waren Ausgangsquelle für umfangreiche Recherchen im Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolson und ermöglichten, Biografien bis zur Ankunft in Darmstadt nachzuvollziehen. Immer handelte es sich um Verfolgungsschicksale sehr junger Menschen, die meist ihre gesamte Familie verloren hatten und keine Papiere vorweisen konnten.

*Jakob Herszkowicz* war einer der Schüler der Schule. Er sprach Tschechisch, Ungarisch, Deutsch, Polnisch und Jiddisch. Seit dem 3. 10. 1947 lebte er in Deutschland und wurde vom JOINT unterstützt. Es war gerade mal 19 Jahre, als er die Schule besuchte und hatte schon viel durchgemacht. Er war Häftling im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, kam von dort in das KZ Mauthausen und das KZ Gusen in Österreich. Nach der Befreiung war er im DP-Lager Föhrenwald bei Bamberg und ab 1947 in Heidenheim. Er hatte alle Familienangehörigen verloren. Am 3. 7. 1948 meldete er sich nach Palästina ab. Über sein weiteres Schicksal ist bisher nichts bekannt.

Von anderen ehemaligen Schülern haben sich in den ITS Akten zumindest Fotos gefunden, wie von *Sender Men-tral*, der 1930 in Rumänien geboren wurde und aus dem DP Lager Vilseck Altneuhaus nach Darmstadt kam. Er kam Ende 1948 mit dem Schiff Transilvania in Israel an.

(1) Der Name Betar ist eine Abkürzung für „Brit Yosef Trumpeldor“, deutsch „Bund Yosef Trumpeldor“. Betar ist eine jüdische Jugendorganisation, die im Jahr 1923 in Riga (Lettland) durch den Zionisten *Ze'ev Jabotinsky* gegründet wurde und als Vorläufer der israelischen Parteien Cherut und Likud betrachtet werden kann.



Zwei ehemalige Schüler leben heute noch in Israel: *Zvi Grinsberg* und *Josef Greenfeld*. *Zvi Grinsberg* nahm an der Konferenz an der Universität in Haifa am 1. 7. 2011 teil und berichtete über seine Zeit an der Schule und sein weiteres Leben.

Unter den ehemaligen Schülern waren auch die Brüder *Isak* und *Mundek Altkorn* aus Grodek in der Nähe von Lemberg. Sie hatten als 13- und 14-Jährige zusehen müssen, wie die Eltern und Geschwister abgeholt und das kleine Schwesterchen ermordet wurde. Nach Jahren der Verfolgung waren Isak und Mundek Altkorn in La Rochelle Eschenstruth bei Kassel und im DP-Lager Babenhausen.

Danach besuchten sie die jüdische Schule in Darmstadt. Die meiste Zeit ihres Lebens waren die Brüder zusammen, sie teilten ihr gemeinsames Schicksal, hatten alle engen Familienmitglieder verloren und waren traumatisiert durch Krieg und Verfolgung. Zeit seines Lebens litt Mundek Altkorn wie sein Bruder auch unter Alpträumen, die ihm oft den Schlaf raubten. Beide wollten auch nach Palästina ausreisen, waren schon bis nach Marseille gekommen und landeten doch wieder in Darmstadt. Sie heirateten, gründeten Familien.

Viele der jungen Menschen hatten in ihrem Leben kaum anderes als Krieg, Verfolgung und Lager erlebt. Es ist deshalb nur zu gut verständlich, dass sie sich danach sehnten, endlich zu leben. Sie wollten Familien gründen und das Erlebte vergessen. Nicht alle wollten deshalb nach Palästina, um erneut kämpfen zu müssen.

Andererseits waren die Hoffnungen der Überlebenden auf den neuen Staat Israel gerichtet. Viele kamen aus der zionistischen Bewegung und waren der Überzeugung, dass Juden nur in einem eigenen Staat in Frieden leben könnten.

Aber auch in den politischen Überzeugungen gab es sehr große Auseinandersetzungen. Die Betar, die Jugendorganisation der Hazohar Organization, von *Ze'ev Jabotinsky* 1923 in Riga gegründet, gilt als rechtszionistische Organisation, als Vorläufer der israelischen Parteien Cherut und Likud und war in der zionistischen Bewegung heftig umstritten.

Es existieren eine Vielzahl von Fotografien, die Schüler in Betar-Uniformen zeigen. Auch aus den Berichten von Schülern und Angehörigen wird deutlich, dass dies die Menschen sehr geprägt hat. Durch die Uniformen sahen



Schüler in Betaruniformen (Foto: Lea Dror-Batalion aus dem Besitz ihres Vaters Samuel Milek Batalion)

die jungen Menschen würdevoller und weniger heruntergekommen aus als in normaler Kleidung. Sie zeigen ihren Stolz deutlich auf den Fotos. Ihre Perspektiven waren auf den Staat Israel gerichtet. Die Mehrzahl der Schüler erreichte Israel und ein großer Teil wurde direkt in die Armee eingezogen und nahm am Unabhängigkeitskrieg teil. Danach gingen sie ihre eigenen Wege und gründeten Familien.

Die Recherchen über die Schule und die Schüler sind noch im Gange und es werden noch Dokumente und weitere Familienangehörige gefunden. Im Oktober wurde die Ausstellung an der Universität Jena gezeigt. Im März wird sie in Haifa/Israel zum ersten Mal gezeigt werden.

Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert und kann von Schulen ausgeliehen werden.

**Renate Dreesen und Lea Dror-Batalion**

Renate Dreesen ist Lehrerin an der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule in Darmstadt, Sprecherin der Initiative Gedenkort Güterbahnhof Darmstadt, Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen und Vorsitzende des Arbeitskreises ehemalige Synagoge Pfungstadt.

Lea Dror-Batalion ist Software Engineer und Geschäftsführerin des Bucerius Institute for Research of Contemporary German History and Society, Haifa, Israel.

### Ausstellung und Film Was geht uns das denn noch an?

Dieser Frage haben sich Schüler der Klasse 11g der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule in einem Filmprojekt gestellt. Zusammen mit dem Filmemacher *Christian Gropper* ist ein Film entstanden, der besonders die Bedeutung der Erinnerungsarbeit für die beteiligten Jugendlichen thematisiert. Der Film liegt auch als DVD vor und kann bestellt werden.

- Kontakt für Ausstellung, Katalog und DVD: *Renate Dreesen, Adam-Schwinn-Str. 49, 64319 Pfungstadt, 06157/84470, E-Mail: rdreesen@gmx.net*



# Warum brauchen wir Personalräte?

Am 22. und 23. Mai 2012 finden in allen Schulen des Landes Hessen und in der Schulverwaltung Personalratswahlen statt. Die Beschäftigten wählen zu diesem Termin turnusmäßig ihre Personalvertretung für die nächsten vier Jahre. Die Personalratswahlen an den hessischen Hochschulen finden bereits vom 7. bis 9. Mai 2012 statt.

Personalräte geben auf allen Ebenen den Beschäftigten eine Stimme gegenüber der Dienststellenleitung. Sie achten darauf, dass rechtliche Vorschriften, die zugunsten der Beschäftigten bestehen, eingehalten werden. Sie wachen darüber, dass die Beschäftigten gleich und gerecht behandelt werden. Sie nehmen Beschwerden entgegen und wirken darauf hin, dass Missstände von der Dienststelle beseitigt werden. Sie vermitteln in Konflikten. Sie starten Initiativen, um Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie sind meist besser informiert und geben diese Informationen weiter. Sie beraten und helfen ihren Kolleginnen und Kollegen bei dienstlichen Fragestellungen.

Nicht nur bei personellen Entscheidungen wie Einstellungen, Versetzungen, Abordnungen, Besetzung von Funktionsstellen haben sie ein Mitbestimmungsrecht. Ebenso wichtig ist ihr Mitbestimmungsrecht bei sozialen Angelegenheiten wie zum Beispiel der Einführung von Maßnahmen, die der Hebung der Arbeitsleistung dienen oder die Arbeitsplätze umgestalten sollen.

Aktive Personalräte benötigen die Unterstützung der Beschäftigten. Wenn sie auch nach dem Gesetz nicht benachteiligt werden dürfen, so exponieren sie sich doch und stehen deshalb häufig stärker im Fokus der Dienststellenleitung als andere.

Die Personalräte benötigen deshalb während ihrer Amtszeit die Unterstützung der Menschen, die sie vertreten. Und sie benötigen eine hohe Akzeptanz durch eine starke Wahlbeteiligung der Beschäftigten, die damit ausdrücken, dass das demokratische Instrument der Personalvertretung von den Beschäftigten gewollt und verteidigt wird.

**Deshalb: Nehmt euer Wahlrecht am 22. und 23. Mai 2012 wahr!**

## Was macht ein Schulpersonalrat?

Mindestens einmal monatlich setzt sich der Schulpersonalrat mit dem Schulleiter oder der Schulleiterin zusammen. Dabei hat der Schulleiter oder die Schulleiterin den Personalrat über alle Vorgänge, die die Beschäftigten wesentlich berühren, zu informieren. Der Personalrat bringt seinerseits Punkte in die Besprechung ein, die im Rahmen der Arbeit aufgetaucht sind. Der Personalrat kann Informationen zu ihm wichtigen Themen einfordern.

Beide Seiten sind zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet. Das bedeutet, dass man sich offen über Vorhaben und Probleme austauscht. Der Schulpersonalrat bringt die Positionen ein, die er aus dem täglichen Kontakt mit dem Kollegium gewonnen hat. Auf diese Weise gestaltet er die Schule mit, denn gegensätzliche Positionen müssen in vielen Fällen ausgehandelt werden. Aber auch bei Themen, bei denen nur ein Informations- und kein Mitbestimmungsrecht besteht, kann der Austausch unterschiedlicher Auffassungen etwas bewegen.

Besonders wichtig ist die Beteiligung des Personalrats bei der Vorbereitung des neuen Schuljahres. Gibt es Versetzungsanträge und wie werden diese durch die Schulleitung behandelt? Wie ist die Unterrichtsversorgung? Ist mit Neueinstellungen zu rechnen und welcher Fachbedarf soll dann angemeldet werden? Wie wird eine mögliche so genannte „Überbesetzung“ der Schule gehandhabt? Wie ist das Verfahren bei der Stundenplanaufstellung? Wurden Schwerbehinderte und gesundheitlich Angeschlagene nach möglichen Erleichterungen befragt? Werden Wünsche berücksichtigt? Bestehen Einsichtsmöglichkeiten, bevor der Plan verkündet wird? Und vieles andere mehr.

Der Schulpersonalrat ist Mittler zwischen Kollegium und Schulleitung. Er verstärkt die Signale, die aus dem Kollegium kommen, ist aber auch bei Konflikten zwischen Einzelpersonen und Schulleitung eine wichtige Institution, die die Schärfe aus so mancher Auseinandersetzung herausnehmen kann. In einer Schule ohne Schulpersonalrat muss sich gegebenenfalls jeder einzeln mit der Schulleitung auseinandersetzen.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass Schulen einen Personalrat haben.

• **Und auch du, verehrte Leserin, verehrter Leser, solltest dir überlegen, ob du für dieses Amt kandidieren willst.**

## Der Gesamtpersonalrat

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (GPRL) ist die Personalvertretung, die beim Staatlichen Schulamt für die Beschäftigten an den Schulen des Schulamtes eingerichtet ist. Sein Gegenüber ist die Leitung des jeweiligen Staatlichen Schulamtes. Er ist damit Partner bei allen Entscheidungen, die für den gesamten Bereich des Staatlichen Schulamtes getroffen werden. Bei Personalentscheidungen ist er für Versetzungen und Abordnungen innerhalb des Staatlichen Schulamtes sowie für die Stellenbesetzungen von stellvertretenden Schulleiterinnen und Schulleitern zuständig.

Der Gesamtpersonalrat berät und unterstützt Kolleginnen und Kollegen, die auf Entscheidungen des Staatlichen Schulamtes angewiesen oder damit nicht einverstanden sind. Beispiele sind gestellte oder abgelehnte Versetzungsanträge, Fehler oder ungünstige Entscheidungen bei der Eingruppierung oder Einstufung von Arbeitnehmern (das ist der neue tarifrechtliche Terminus für Angestellte), nicht erfolgte Sommerferienbezahlung bei befristeten Verträgen, Ablehnung eines Antrages auf Sabbatjahr und so weiter.

Gesamtpersonalräte regen im Staatlichen Schulamt an, dass Verwaltungsvorschriften oder Gerichtsurteile, die zugunsten der Beschäftigten ergangen sind, auch umgesetzt werden. Jüngere Beispiele dafür sind die Handhabung des Lebensarbeitszeitkontos, die bessere Information für Menschen, die befristete Verträge unterschreiben, und die Umsetzung der Urteile zur Bezahlung der Mehrarbeit bei Teilzeitbeschäftigung.

Darüber hinaus beraten und vermitteln Gesamtpersonalräte bei Konflikten, die innerhalb der Schule nicht mehr gelöst werden können.

Gesamtpersonalräte haben ein Netzwerk zu den Schulpersonalräten aufgebaut. Sie geben wichtige Informationen



weiter, beraten die Schulpersonalräte bei aktuellen Fragestellungen und bieten Schulungsveranstaltungen an, bei denen das Personalvertretungsrecht, aber auch veränderte Rechtsvorschriften und Urteile behandelt werden.

### Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) ist beim Hessischen Kultusministerium in Wiesbaden eingerichtet. Sein Verhandlungspartner sollte die Kultusministerin sein, die diese Aufgabe jedoch in der Regel an eine vertretungsberechtigte Person delegiert. Der Hauptpersonalrat befasst sich mit allen Fragen, die alle Beschäftigten im Hessischen Schuldienst betreffen.

Der Hauptpersonalrat diskutiert mit der obersten Behörde beabsichtigte Erlasse, Verordnungen und Gesetze und gibt dazu Stellungnahmen ab. Er findet oft die unmittelbare Unterstützung der Beschäftigten, die sich vor Ort zum Beispiel in Resolutionen und Unterschriftensammlungen für oder gegen bestimmte Vorhaben geäußert haben.

Der Hauptpersonalrat initiiert Regelungen, die hessenweit erlassen werden müssen, um die Arbeitssituation der Beschäftigten zu verbessern.

Personalangelegenheiten, die auf der unteren Stufe nicht einvernehmlich entschieden werden konnten, verhandelt der Hauptpersonalrat mit dem Kultusministerium erneut. Gegebenenfalls wird eine Einigungsstelle gebildet, die einen Vorschlag zur Einigung zu unterbreiten hat.

### Was hat das mit der GEW zu tun?

Nicht umsonst hat die GEW für die Personalratswahl den Slogan gewählt: **demokratisch – kompetent – streitbar!**

Die GEW ist nicht nur als Organisation **demokratisch** aufgebaut, sondern sie verteidigt auch die demokratischen Rechte mit aller Kraft.

Personalräte erhalten von der GEW alle Unterstützung in Form von Schulungen, Materialien und aktuellen Informationen, so dass sie ihre Rechte vor Ort wahrnehmen können. Denn die Wahrnehmung der Personalvertretung ist ein demokratisches Recht, das wir uns nicht nehmen lassen!

Deshalb hat die GEW im Jahr 2010 Widerstand und Proteste gegen das Vorhaben organisiert, den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst das passive



Am 18. Mai 2011 demonstrierten die Mitglieder von 15 Gesamtpersonalräten, von Schulpersonalräten und der Hauptpersonalräte für den Erhalt der Staatlichen Schulämter und der Gesamtpersonalräte. Die „rote Karte“ zeigte Wirkung. Inzwischen sicherte Kultusministerin Henzler zu, dass die Gesamtpersonalräte erhalten bleiben.

Wahlrecht für die Vertretung in den Personalräten der Studienseminare zu streichen. Diese Verschlechterung konnte verhindert werden. Genauso wird die GEW auch mit allen Mitteln dagegen kämpfen, dass durch die Zusammenlegung oder gar komplette Schließung von Schulämtern die Gesamtpersonalräte verschwinden. Die Zusage von Kultusministerin Henzler zum Erhalt der Gesamtpersonalräte ist ein erster Erfolg in dieser Auseinandersetzung!

Dass die GEW **kompetent** ist, haben die Beschäftigten der GEW in den Personalratswahlen der letzten Jahre in zunehmendem Maße bescheinigt. Im Hauptpersonalrat, in den Gesamtpersonalräten und auch in vielen Schulpersonalräten stellen GEW-Personalräte die Mehrheit, in manchen Gesamtpersonalräten sogar mehr als die Zweidrittel-Mehrheit, was auch als Anerkennung der engagierten Arbeit zu sehen ist.

GEW-Personalräte hören die Probleme und Fragen der Beschäftigten an und lösen oder beantworten sie oder unterstützen bei der Suche nach Lösungen. Das funktioniert nicht nur, weil GEW-Personalräte häufig jahrelange Personalratserfahrung haben, sondern auch deswegen, weil die GEW kompetente Unterstützung durch hauptamt-

lich beschäftigte Experten in der Landesgeschäftsstelle bereitstellt. Die in der Fläche tätigen Ehrenamtlichen profitieren vom Wissen der Experten, diese erhalten ihrerseits Informationen aus der Praxis. Aus diesem gegenseitigen Erfahrungs- und Informationsaustausch entstehen exzellente Materialien, die allen Beschäftigten vor Ort zugute kommen.

Was wäre eine Gewerkschaft, wenn sie nicht auch **streitbar** wäre? Die GEW setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für Gehaltserhöhungen ein. Dies tut sie nicht hinter verschlossenen Türen in Vier-Augen-Gesprächen, sondern mit offenem Visier: Sie organisiert Tagungen, auf denen Positionen ausgetragen werden, sie ruft zu Demonstrationen auf, und wenn die Regierenden keine Einsicht zeigen, dann greift sie auch zum Mittel des Streiks. Der Streik ist ein Menschenrecht – dies wurde gerade kürzlich vom Verwaltungsgericht Kassel bestätigt.

**Aus all diesen Gründen wirbt die GEW für die Unterstützung aller Beschäftigten im hessischen Schuldienst:**

**GEW wählen**

- bei der Wahl zum Hauptpersonalrat
- bei der Wahl zum Gesamtpersonalrat
- bei der Wahl zum Schulpersonalrat!

# Unzulässige Befristung

## Arbeitsverträge von Lektoren nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz

In der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) hat sich für Lektorinnen und Lektoren an Hochschulen eine erfreuliche Entwicklung ergeben. Mit Urteil vom 1. 6. 2011 hat das BAG festgestellt, dass die Befristung von Lektorenverträgen, die auf das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) gestützt wird, unwirksam ist.

### Wahrnehmung von Daueraufgaben

Die Frage der Zulässigkeit befristeter Beschäftigung im Hochschulbereich hat eine lange und windungsreiche Geschichte. Hintergrund ist, dass das Befristungsrecht im Hochschulbereich in dem Spannungsfeld zwischen dem aus der Wissenschaftsfreiheit abgeleiteten Interesse der Hochschule an wechselndem Personal mit neuen Ideen und Forschungsansätzen und dem Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an einem dem Grundgesetz entsprechenden und dem europäischen Gemeinschaftsrecht konformen unbefristeten Normalarbeitsverhältnis einen Ausgleich finden muss.

Für den GEW-Bereich war vor allem die Frage von Bedeutung, ob Lektorinnen und Lektoren beziehungsweise sonstige Beschäftigte mit überwiegenden Lehraufgaben aufgrund besonderer hochschulrechtlicher Befristungsregelungen befristet beschäftigt werden dürfen. Dass auch an Hochschulen die allgemeinen tariflichen und gesetzlichen Befristungsregelungen des frühe-

ren BAT, des TV-H und des Teilzeit- und Befristungsgesetzes gelten, war dabei nicht strittig.

Die GEW hat immer die Auffassung vertreten, dass die Wahrnehmung von Lehraufgaben eine Daueraufgabe ist und keine hochschulrechtlich begründete Befristung rechtfertigt. Die besonderen hochschulrechtlichen Befristungsmöglichkeiten für Personal mit wissenschaftlichen Aufgaben wurden dabei prinzipiell akzeptiert.

Durch eine Fülle von gerichtlichen Verfahren, die vielfach von der GEW beziehungsweise mit Rechtsschutz der GEW geführt wurden, hatte sich im Laufe der Jahre durchgesetzt, dass die befristete Beschäftigung von Lehrkräften für besondere Aufgaben rechtlich unzulässig ist. Wesentlich waren insoweit Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu „Lektorenfällen“ auch aus Hessen.

Mit den Regelungen des Hochschulrahmengesetzes in der bis zum Inkrafttreten des WissZeitVG geltenden Fassung hatte auch der Gesetzgeber nachvollzogen, dass die Tätigkeit von Lehrpersonen an Hochschulen, die nicht im Bereich der wissenschaftlichen Lehre tätig sind, nicht per se eine befristete Beschäftigung rechtfertigt. Gleichwohl hat es bis zum Inkrafttreten des WissZeitVG nicht an Versuchen der Hochschulen gefehlt, auch solche Personen befristet zu beschäftigen. Regelmäßig erfolgte dies in der Form, dass Verträge

mit Lektoren oder Lehrkräften für besondere Aufgaben die Formulierung enthielten, die Betroffenen würden als „wissenschaftliche Bedienstete“ eingestellt. In der Regel enthielten diese Verträge auch den Hinweis, dass bis zu einem bestimmten Prozentsatz, der in der Regel deutlich unter 50 % lag, auch wissenschaftliche Dienstleistungen zu erbringen seien beziehungsweise Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Betätigung gegeben werde, jedoch außerhalb der Lehrverpflichtungsstunden und ohne Auswirkungen auf die Höhe der Lehrverpflichtung.

Nach Inkrafttreten des WissZeitVG wurde überwiegend angenommen, der Gesetzgeber habe nunmehr eine Regelung geschaffen, nach der die Unterscheidung zwischen Beschäftigten mit wissenschaftlichen Dienstleistungen und Lektoren beziehungsweise Lehrkräften für besondere Aufgaben keine Bedeutung mehr habe. Dem Wortlaut nach sieht das Gesetz nur noch geräumige Fristen für die Höchstdauer einer befristeten Beschäftigung vor.

Mit dem Urteil vom 1.6.2011 hat das BAG entschieden, dass die Befristungsregelungen des WissZeitVG nur wissenschaftliches Personal im engeren beziehungsweise im eigentlichen Sinne betreffen. Für Personal mit Lehraufgaben sind die Regelungen einer sachgrundlosen, nur auf bestimmte Zeiträume abstellenden Befristungen im WissZeitVG nicht anwendbar:

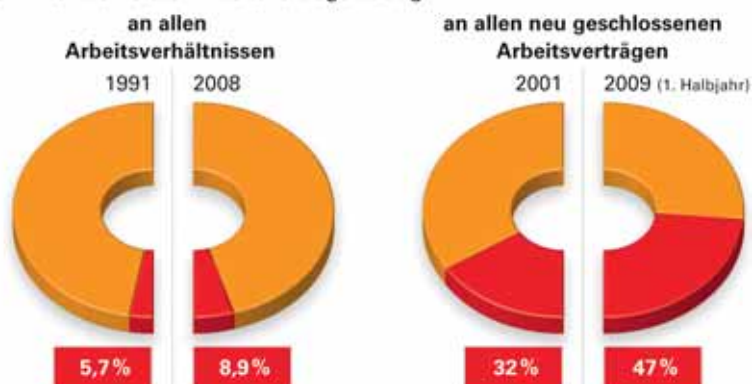
*„Die Entstehungsgeschichte des WissZeitVG spricht gegen einen gesetzgeberischen Willen, Lektoren (und Lehrkräfte für besondere Aufgaben) in die Beschäftigtengruppe des wissenschaftlichen Personals einzubeziehen. Dies ist nach Verabschiedung des WissZeitVG vielfach anders diskutiert und gesehen worden. Zweifel, die hieran geäußert wurden, waren jedenfalls nicht die Mehrheitsmeinung.“*

Nach Auffassung des BAG sei der gesetzgeberische Wille erkennbar, eine sachgrundlose Befristung nur dann zuzulassen, wenn sich das Personal in einer Qualifizierungsphase befindet oder einer Forschungstätigkeit nachgeht.

Das BAG definiert, was nach seiner Auffassung als wissenschaftliche Dienst-

## Neuer Job oft nur mit Befristung

Der Anteil befristeter Arbeitsverträge betrug ...





leistung im Sinne des WissZeitVG zu werten sei. Für den klassischen „Lektorenfall“ hat diese Frage keine relevante Bedeutung. Insoweit besagt das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes eindeutig, dass die Tätigkeit von Lektoren, die Lehrveranstaltungen insbesondere in den lebenden Fremdsprachen und zur Landeskunde durchführen, keine wissenschaftliche Tätigkeit im Sinne des Gesetzes ist.

Die Ausführungen des BAG zur Abgrenzung zwischen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienstleistungen spielt jedoch in den Fällen eine Rolle, in denen die beschriebenen Mischarbeitsverträge abgeschlossen werden, also Verträge, in denen zum Teil wissenschaftliche Aufgaben, zum anderen Teil Lehraufgaben übertragen werden. Insoweit kommt es darauf an, welche der beiden unterschiedlichen Tätigkeiten dem Arbeitsverhältnis das Gepräge gibt: *„Bei Misch Tätigkeiten ist erforderlich, dass die wissenschaftlichen Dienstleistungen zeitlich überwiegen oder zumindest das Arbeitsverhältnis prägen.“*

Wissenschaftliche Tätigkeit ist „nach Aufgabenstellung und anzuwendender Arbeitsmethode darauf angelegt, neue Erkenntnisse zu gewinnen und zu verarbeiten, um den Erkenntnisstand der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplin zu sichern oder zu erweitern.“ Zur wissenschaftlichen Dienstleistung kann auch die Vermittlung von Fachwissen und praktischen Fertigkeiten an Studierende und deren Unterweisung in der Anwendung wissenschaftlicher Methoden gehören. Wissenschaftliche Betätigung ist eine Lehrtätigkeit aber nur dann, wenn dem Lehrenden die Möglichkeit zur eigenständigen Forschung und Reflexion verbleibt, die wissenschaftliche Lehrtätigkeit ist insofern von einer unterrichtenden Lehrtätigkeit ohne Wissenschaftsbezug abzugrenzen.

Im Urteil wird davon ausgegangen, dass schon bei einem vereinbarten Prozentanteil von 45 % an Lehrtätigkeit das Arbeitsverhältnis geprägt ist durch das Abhalten von Lehrveranstaltungen, durch die Vor- und Nachbereitung erstreckt sich die Lehrveranstaltungsverpflichtung auf zwei Drittel der vertraglich geschuldeten Arbeitszeit.

Da „Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben“ nicht nur Fremdsprachenlektoren sind, stellt sich auch die Frage, inwieweit der personelle Geltungsbereich des WissZeitVG auch für diese Beschäftigtengruppe ausgeschlossen ist. Hier bedarf es gegebenenfalls einer Prü-

fung des Einzelfalles. Sicherlich kann angenommen werden, dass für diejenigen Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben, die sich nicht in einer Qualifizierungsphase befinden oder einer Forschungstätigkeit nachgehen sowie schwerpunktmäßig einer Lehrtätigkeit nachgehen, der personelle Anwendungsbereich des WissZeitVG ebenfalls ausgeschlossen ist und von einer unwirksamen Befristung des Arbeitsverhältnisses auszugehen ist. Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die nach § 66 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) beschäftigt werden, gehören zu dieser Gruppe.

Nach dem Urteil des BAG vom 1. 6. 2011 ist nicht ausgeschlossen, dass sich der Gesetzgeber erneut mit dem Thema beschäftigen wird. Das bleibt abzuwarten. Aktuell empfehlen wir Lektoren und Lehrkräften für besondere Aufgaben, gegen die Befristung vorzugehen. Für ihre Mitglieder wird die GEW sowohl bei der außergerichtlichen als auch bei der gerichtlichen Durchsetzung die erforderliche Unterstützung leisten.

**Kathrin Kummer, Dr. Hartwig Schröder**  
Landesrechtsstelle der GEW

## BAT-Altersstufen: Kein Handlungsbedarf!

Nachdem ein Arbeitsgericht in Berlin 2008 entschieden hatte, dass das – damals nur noch in Berlin und Hessen geltende – lebensaltersabhängige Vergütungssystem des BAT mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) unvereinbar ist, hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Hessen und Berlin ihren Mitgliedern empfohlen, entsprechende Ansprüche geltend zu machen. Die entsprechende Information findet sich immer noch im Mitgliederbereich unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de). In Hessen sind mehr als 7.000 Beschäftigte aktiv geworden. Über den Rechtsschutz der GEW Hessen haben mehr als 80 Beschäftigte Klage vor den Arbeitsgerichten eingereicht. Vertreten wurden und werden sie durch die DGB Rechtsschutz GmbH.

Am 8. 9. 2011 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in zwei Fällen (C-298/10 und C-297/10), dass das Vergütungssystem des BAT eine nicht gerechtfertigte Diskriminierung wegen Alters darstellt und daher europarechtswidrig ist. Nach einem Erlass des Hessischen Innenministeriums (HMdI) hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 10. 11. 2011 (6 AZR 481/09) in einem ersten Verfahren die Entscheidung des EuGH umgesetzt. Bei Redaktionsschluss dieser HLZ lagen der GEW weder eine Pressemitteilung des Gerichts noch das Urteil selbst vor.

Das HMdI geht davon aus, dass das Gericht im Ergebnis dem Kläger das Entgelt nach der höchsten Lebensaltersstufe zugewilligt hat. Der Erlass beschäftigt sich „nur“ mit der Frage der

möglichen Verjährung von Ansprüchen aus dem Jahr 2008.

Aufgrund der Entscheidung des BAG und der Befürchtung des Landes Hessen, dass die Beschäftigten, die 2008 Anträge gestellt haben, nun zur Abwehr der Verjährung Klage erheben würden, wird nun gegenüber diesen Beschäftigten „der Verzicht auf die Einrede der Verjährung“ erklärt. Die Mitglieder der GEW Hessen, für die Klage erhoben wurde, werden wahrscheinlich ebenfalls ein entsprechendes Schreiben erhalten. Dies wäre nicht erforderlich, da ein laufendes Klageverfahren die Verjährung hemmt (unterbricht).

Wer bisher keinen Antrag auf höhere Vergütung gestellt hat, muss nichts unternehmen. Der BAT wurde in Hessen seit dem 1.1.2010 durch den TV-H abgelöst. Daher haben wir nun auch in Hessen ein diskriminierungsfreies Entgeltsystem. Ein solches diskriminierungsfreies Tarifsysteem, mit dem zugleich für einen befristeten Übergangszeitraum einige diskriminierende Auswirkungen bestehen bleiben, um den bereits im Beschäftigungsverhältnis stehenden Beschäftigten den Übergang in das neue System ohne Einkommensverluste zu gewährleisten, hat der EuGH akzeptiert.

Wie auch bisher fordert die GEW die übergeleiteten Beschäftigten nicht dazu auf, Ansprüche im Hinblick auf die Berechnung des Vergleichsentgelts geltend zu machen. Hier sahen und sehen wir keine Aussicht auf Erfolg, was jetzt durch die Entscheidung des EuGH bestätigt wurde.

**Annette Loycke**

## Zuschläge bei Teildienstfähigkeit

Beamtinnen und Beamte, für die eine begrenzte Dienstfähigkeit (Teildienstfähigkeit) festgestellt wurde, erhielten bisher unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschlag zur (anteiligen) Besoldung. Nach dem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) vom 6. 4. 2011 (I A 2375/09) ist die bisherige Zuschlagsverordnung wegen Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 3 Grundgesetz jedoch nichtig.

Teildienstfähige Beamtinnen und Beamte erhielten und erhalten nach den gesetzlichen Regelungen eine Besoldung, die ihrer Arbeitszeit entspricht (anteilige Besoldung), mindestens jedoch eine Besoldung, die dem Ruhegehalt entspricht, das bei einer Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit zu zahlen wäre (fiktives Ruhegehalt). Die Bundes- und die Landesregierungen wurden ermächtigt, für jeweils ihren Bereich die Zahlung eines nicht ruhegehaltfähigen Zuschlags durch Rechtsverordnung zu regeln (Bundesbesoldungsgesetz § 72a).

Nach der Hessischen Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit vom 6.12.2002 in der Fassung vom 5. 3. 2009 (GVbl.I S.95) erhielten Beamtinnen und Beamte bei begrenzter Dienstfähigkeit einen Zuschlag zur anteiligen Besoldung, wenn durch die begrenzte Dienstfähigkeit der unmittelbar davor liegende Umfang der Arbeitszeit um mindestens 20 % reduziert wurde („Schwellenwert“). Maßgeblich für die Berechnung des Zuschlags war dann der Durchschnitt der Arbeitszeit in den letzten drei Jahren („Referenzzeitraum“). Der Zuschlag wurde in Höhe von 50 % der Besoldungsdifferenz zwischen den „bisherigen“ Bezügen auf Grundlage des Referenzzeitraums und den anteiligen Bezügen aufgrund des nun festgelegten Arbeitszeitumfangs gezahlt.

Auf Grundlage einer bereits im Jahr 2005 ergangenen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts kritisiert der VGH die Verordnung in drei Punkten: Zum einen müssten begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte auf jeden Fall eine Besoldung erhalten, die höher ist als das „fiktive Ruhegehalt“. Der VGH urteilte darüber hinaus,

dass sich die Höhe des Zuschlags nicht nach einem Referenzzeitraum, das heißt nicht nach der Arbeitszeit in einem bestimmten Zeitraum vor Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit richten darf. Außerdem sei ein Schwellenwert für die Zahlung des Zuschlags nicht gerechtfertigt. Die hessische Regelung wurde daher für nichtig erklärt.

Das Land Hessen muss daher eine neue Regelung schaffen. Bis zum Redaktionsschluss der HLZ Mitte Dezember lag diese noch nicht vor, so dass für Beamtinnen und Beamte, deren begrenzte Dienstfähigkeit erstmals oder in einem anderen Umfang als früher festgestellt wurde, keine Zuschläge mehr gezahlt werden. Dieser untragbare Zustand wurde mit Erlass des Hessischen Innenministeriums vom 29. 11. 2011 (I 22 – P 1500 A -62) durch eine Vorgriffsregelung beendet:

- Für Beamtinnen und Beamte, die nach der alten Verordnung einen Zuschlag erhalten haben, wird der Zuschlag weiter gezahlt. Hier wird ein Vertrauensschutz eingeräumt, solange die Tatbestandsvoraussetzungen nach bisherigem Recht vorliegen. Wenn sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit ändert, wird wahrscheinlich der Zuschlag nach der neuen Regelung (siehe unten) berechnet. Soweit dies aus gesundheitlichen Gründen möglich ist, sollte daher vor einer Änderung des Arbeitszeitumfangs geprüft werden, ob die alte oder neue Regelung günstiger ist.
- Beamtinnen und Beamte, deren begrenzte Dienstfähigkeit bereits vor der Entscheidung des VGH festgestellt wurde, die aber keinen Zuschlag erhalten haben, sollen „von Amts wegen rückwirkend“ einen Zuschlag nach der künftigen Verordnung erhalten. Hier soll ein Zuschlag ab dem 1. 4. 2011 gezahlt werden, da im April dieses Jahres die alte Verordnung für nichtig erklärt wurde. Dies kann aber natürlich nicht für diejenigen gelten, die aufgrund der Empfehlung der GEW Hessen bereits in der Vergangenheit einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation durch Zahlung eines Zuschlags gestellt haben. Für diese müsste die Zuschlagszahlung rückwirkend zumindest ab Antragstellung erfolgen.
- Zukünftig sollen alle begrenzt dienstfähigen Beamtinnen und Beam-

ten einen Zuschlag unabhängig von der Frage erhalten, ob die Arbeitszeit durch die Feststellung um einen entsprechenden Umfang reduziert wurde. Die „20-Prozent-Grenze“ gilt damit nicht mehr. Außerdem wird sich die Berechnung des Zuschlags selbst ändern. Die Höhe des Zuschlags wird sich zukünftig nicht mehr nach der durchschnittlichen Arbeitszeit der letzten drei Jahre richten.

Nach den bisher vorliegenden Informationen soll der Zuschlag 5 % der Vollzeitbezüge, maximal 220 Euro betragen. Dieser würde entweder auf die anteilige Besoldung oder auf das fiktive Ruhegehalt gezahlt. Die genauen Regelungen stehen aber noch nicht fest. Eine solche Regelung würde den Verordnungen in vielen anderen Bundesländern entsprechen.

Bis die neue Verordnung in Kraft tritt, sollen alle begrenzt dienstfähigen Beamtinnen und Beamten vorgriffsweise und unter Vorbehalt der späteren Regelung einen Zuschlag von 150 Euro als Abschlag erhalten. Noch ist nicht klar, ob der Zuschlag auch weniger als 150 Euro betragen kann. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes werden sich dafür einsetzen, dass für diesen Fall nach Inkrafttreten der neuen Verordnung keine Rückzahlungsansprüche entstehen.

**Annette Loycke**  
Landesrechtsstelle der GEW

### Deutsch-türkischer Austausch

TUDESA möchte in Deutschland und der Türkei Schulen, Lehrkräften und Jugendlichen mit Interesse an dem jeweils anderen Land Hilfestellung bei der Suche nach Austausch- und Partnereinrichtungen leisten, Praktikumsplätze vermitteln, in inhaltlichen Fragen des deutsch-türkischen Jugendaustauschs beraten und über Fördermöglichkeiten informieren. TUDESA bietet die Möglichkeit, sich anhand von Erfahrungsberichten ein erstes Bild über den Aufenthalt in der Türkei oder in Deutschland zu machen und sich über das jeweils andere Land und sein Bildungs- und Erziehungssystem zu informieren.

- Weitere Infos: [www.tudesa.org](http://www.tudesa.org)

## Wir gratulieren im Januar und Februar ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Horst Bangert, Korbach  
 Maria Beermann, Buseck  
 Lothar Bembenek, Essenheim  
 Ute Bickel-v. Wangenheim, Marburg  
 Helmut Bill, Lahnau  
 Bärbel Birkle, Hanau  
 Gisela Brandt, Schwalmstadt  
 Roswitha Brandt-Wagner,  
 Groß-Umstadt  
 Anita Breithaupt, Frankfurt  
 Brigitte Bremeier, Kassel  
 Ursula Centner, Frankfurt  
 Raimund Darmstadt, Oppenheim  
 Christiane Dietzel, Marburg  
 Wilhelm Dintelmann, Dietzhöltal  
 Karl Dörr, Groß-Umstadt  
 Gerhard Dotzauer, Frankfurt  
 Agnes Ehlers, Bad Hersfeld  
 Christian Eisenberg, Hochheim  
 Ursula Ekardt, Kassel  
 Wilfried Ernst, Frankenberg  
 Angela Federlein, Weilrod  
 Erika Fellner, Bad Vilbel  
 Wolfgang Folter, Frankfurt  
 Wilfried Franke, Rotenburg  
 Klaus-Dieter Frühauf, Fulda  
 Erika Groß, Hüttenberg  
 Volker Hamann, Gießen  
 Angelika Hampicke, Kassel  
 Max Hansen, Dautphetal  
 Annerose Heiligenthal, Mühlthal  
 Heidrun Heisig, Wiesbaden  
 Erika Henrich, Wetzlar  
 Horst-Günter Hess, Oberursel  
 Renate Hess, Darmstadt  
 Gert Hirchenhain, Fulda  
 Gisela Hopf-Papke, Marburg  
 Regina Janssen, Kassel  
 Barbara Kärner, Gießen  
 Karin Karnick, Darmstadt  
 Karl Heinz Kaulbach, Borken  
 Christhild Ketz-Kempe, Dieburg  
 Lisa Kilp, Darmstadt  
 Hilde Kipp, Kassel  
 Brigitte Kirchherr, Kassel  
 Otto Kirchner, Mittelsinn  
 Helmut Klinge, Lohfelden  
 Ingrid Kollmar, Saarbrücken  
 Christiane Kostarellos, Darmstadt  
 Irma Krause-Vilmar, Kassel  
 Karlheinz Kreß, Wiesbaden  
 Hartwig Kröner, Bad Hersfeld  
 Barbara Leiterer, Biedenkopf  
 Bernhard Lindner, Fulda  
 Hans-Peter Lückert, Bad Salzungen  
 Karl-Heinrich Lurch, Oberursel  
 Annelise Luttrupp, Marburg  
 Norbert Mahn, Dieburg  
 Heinz Marburger, Schlüchtern  
 Michael Marinc, Biedenkopf

Hans Dieter Marx, Dieburg  
 Laurenz Mayer, Brensbach  
 Brigitte Melchers,  
 Seeheim-Jugenheim  
 Nina Melchers, Berlin  
 Waltraud Muhly-Schenk,  
 Bad Hersfeld  
 Wolfgang Müller, Rodgau  
 Günter Mürle, Bruchköbel  
 Erik Patte, Gießen  
 Maria Pfeiffer-Goldmann, Wetzlar  
 Volkmar Preisler, Marburg  
 Christa Quiring, Bad Homburg  
 Angela Rassmann, Buseck  
 Reinhard Reichenbach, Bremen  
 Bärbel Reinhardt, Fritzlar-Cappel  
 Eveline Renell, Biebental  
 Margit Riese, Petersberg  
 Gabriele Rudolph, Solms  
 Klaus Rühl, Eßzell  
 Franz Sattler, Rodgau  
 Hubert Sauer, Neukirchen  
 Bernhard Schader, Mannheim  
 Helmut Scheuplein, Darmstadt  
 Sigrid Schleck, Kassel  
 Pia Schmid, Halle  
 Renate Schmidt, Liebenau  
 Rolf Schneider, Steinbach  
 Ilse Seidel-Schmalenbach, Marburg  
 Frank Skischus, Gudensberg  
 Hans-Jürgen Stäcker, Dillenburg  
 Dietrich Stapff, Gelnhausen  
 Gerd Steffens, Mühlthal  
 Peter Stein, Frankfurt  
 Klaus Steinmetz, Hünstetten  
 Elisabeth Stoklossa, Dieburg  
 Marianne Strasser,  
 Ginsheim-Gustavsburg  
 Heinz Stübig, Marburg  
 Edith Tökelt, Reichelsheim  
 Gerhard Turk, Oberursel  
 Richard Ullmer, Frankfurt  
 Hannelore Verloh, Driedorf  
 Jörn-Olaf von Heimann, Wetzlar  
 Thomas von Machui, Bensheim  
 Angela von Mechow, Hungen  
 Irmgard von Meyerinck, Linden  
 Angelika Wahl, Frankfurt  
 Regina Weiser, Grasellenbach  
 Karl Ulrich Wickert, Kassel  
 Ernst Georg Wimmer, Frankfurt  
 Gudrun Wittig, Kiel

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Wilfried Aubel, Fritzlar  
 Horst Bernstein, Hohenstein  
 Friedrich Beyer, Wiesbaden  
 Wolfgang Brössel, Selters  
 Udo Brunnhöfer, Plau  
 Hans Faber, Neustadt  
 Hans-Jürgen Gattung, Sulzbach

Peter Gooss, Darmstadt  
 Herbert J. Haub, Fernwald  
 Regina Hempel, Staufenberg  
 Herbert Loos, Frankfurt  
 Walter Lukesch, Hungen  
 Hans Helmut Schäfer,  
 Alsbach-Hähnlein  
 Adelheid Schultz, Darmstadt  
 Wolfgang Steinmüller, Biebental  
 Wolfgang Stichling, Rotenburg  
 Margret Vater, Kassel

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Helga Bayerer, Nidda  
 Karl-Heinz Finis, Diemelstadt  
 Umberto Panico, Rotenburg  
 Helmut Paul, Weilburg

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Hellfried Graf, Offenbach  
 Heinrich Peter, Söhrewald  
 Günter Rost, Darmstadt  
 Karlheinz Schmidt, Reinheim

### ... zum 75. Geburtstag:

Bruno Amberg, Alzenau  
 Rudolf Eckert, Gedern  
 Hans Eigelsheimer, Butzbach  
 Peter Geide, Dautphetal  
 Wilhelm Gerland, Korbach  
 Hans-Joachim Habermann, Frankfurt  
 Adelheid Müller, Altenstadt  
 Hanne Müller-Arnke, Darmstadt  
 Horst Peter, Kassel  
 Franz Stark, Biebergemünd  
 Brigitte Trautwein-Koch, Neu-Isenburg  
 Ruth Turner, Wehrheim  
 Jürgen Werse, Groß-Gerau

### ... zum 80. Geburtstag:

Günter Bergknecht, Battenberg  
 Volker Hamann, Gießen  
 Ottomar Löhr, Weilrod  
 Klaus Schimpf, Mörfelden-Walldorf

### ... zum 85. Geburtstag:

Ella Conz, Birstein  
 Georg Rutz, Wiesbaden

### ... zum 90. Geburtstag:

Heinrich Peter, Söhrewald

### ... zum 91. Geburtstag:

Günter Niehof, Idstein

### ... zum 92. Geburtstag:

Ruth Fischer, Stadtallendorf  
 Martha Heinecke, Sontra  
 Hildegard Hühn, Bad Orb

### ... zum 95. Geburtstag:

Karl Adler, Bad Hersfeld

### ... zum 97. Geburtstag:

Anna Heumann, Michelstadt

### ... zum 100. Geburtstag:

Frieda Anders, Gießen





## Willi Kaiser †

Nach kurzer Krankheit ist *Willi Kaiser*, Ehrenmitglied des GEW-Kreisverbands Darmstadt-Land, am 18. November 2011 im Alter von fast 86 Jahren verstorben.

In seiner Dienstzeit als Lehrer arbeitete er an einer einklassigen Schule, an mehrklassigen Grundschulen und dann als Direktor an einer großen Gesamtschule. 1948 gehörte er zu den Gründern der GEW im Kreis Darmstadt. Seit dieser Zeit war er eines der aktivsten Mitglieder, versah jahrzehntelang das Amt des Schatzmeisters im Kreisvorstand und legte den Grundstein für eine

regelmäßige Seniorenarbeit. Für seine umfassende ehrenamtliche Arbeit unter anderem als Gemeindevorsteher der Gemeinde Eschollbrücken, als ehrenamtlicher Stadtrat, in der evangelischen Kirche, als Beisitzer im Verwaltungsgeschicht, im Sportverein und im Deutschen Roten Kreuz wurde Willi Kaiser mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen, dem Bundesverdienstkreuz und der Ehrenbürgerschaft der Stadt Pfungstadt ausgezeichnet.

Wir verdanken ihm viel und werden seiner mit Hochachtung gedenken.

## Ehrungen im GEW-Kreisverband Darmstadt-Land

Das Kreisfest der GEW Darmstadt-Land fand Mitte November 2011 im Haus „Hufnagel“ in Seeheim-Jugenheim statt. Kollege *Jürgen Scherer* präsentierte kabarettistische Einsprengsel unter dem Motto „Dies und Das und Sell und Jenes“.

Für 25 Jahre GEW-Mitgliedschaft wurden *Karin Kunz*, *Ingrid Merlau* und *Birgit Raidel* geehrt, für 40 Jahre

*Hans-Walter Becker*, *Christa Ernst*, *Birgit Gunkel*, *Heike Kubitzka*, *Klaus-Dieter Kurz*, *Barbara Reinmüller*, *Christel Strecker*, *Gesche Weber* und *Renate Weber*, für 50 Jahre *Karl Fischer* und *Edit Schwarz-Krechowicz* und für 55 Jahre *Helmut Gernand*.

Die Spendensammlung für die GEW-Aktion „Fair Child-Hood“ erbrachte 255 Euro.



### Der Kernschmelze keine Chance

Das nun vorgelegte Bändchen des Vereins KLARTEXT e.V. „Der Kernschmelze keine Chance! Vorrang für Kraft-Wärme-Kopplung!“ von *Rainer Roth* und *Jens Wernicke* (beide GEW) schließt eine Lücke in der Literatur der Anti-Atomkraft-Bewegung: In elf Thesen werden die wichtigsten Argumente knapp zusammengefasst und stringent weiterentwickelt. Immer wieder wird die Kernlogik der Kapitalverwertung in rot-schwarz-grünen „Lösungen“ entlarvt, so dass der Forderungsblock am Ende nicht auf dem Leim eines neuen systemverlängernden Kuhhandels mit ökologischem Anstrich hängen bleibt.

• *Leseprobe und Bestellung über [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de), Einzelpreis 3 Euro*

### 6. SchulKinoWochen Hessen

Mit der Klasse ins Kino – vom 5. bis 16. März 2012 ist dies für Schülerinnen und Schüler im Rahmen der 6. SchulKinoWochen Hessen wieder möglich. In 75 Kinos sind hessenweit 90 für den Unterricht relevante Filme zu sehen: vom Klassiker bis zum modernen Dokumentar- und Animationsfilm. In der begleitenden Fortbildungsreihe FILMSEHEN – FILMVERSTEHEN können Lehrkräfte in elf hessischen Städten ihr Wissen über Filmvermittlung im Unterricht erweitern und vertiefen.

• *Anmeldung und Infos: Projektbüro SchulKinoWochen Hessen, Schaumainkai 41, 60596 Frankfurt, Tel. 069-961220-681, Fax: -669, [www.schulkinowochen-hessen.de](http://www.schulkinowochen-hessen.de), E-Mail: [hessen@schulkinowochen.de](mailto:hessen@schulkinowochen.de)*

### (Keine) Lust auf Schule!?

Die Fachtagung „(Keine) Lust auf Schule!“ der Evangelischen Akademie Hofgeismar findet am 23. Februar 2012 statt. Die Tagungskosten betragen einschließlich Verpflegung 54 Euro (Tagungsnummer: 12218).

Sie befasst sich mit Erkenntnissen aus der neueren Adoleszenzforschung, die ein hilfreiches Verständnis für die Entwicklung von Heranwachsenden ermöglichen, und den Schlüssen, die Erwachsene daraus für ihre jeweilige Praxis ziehen können. Referenten sind unter anderen *Prof. Dr. Thomas Ziehe*, *Dr. Wolfgang Arend*, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, und *Dr. Thea Holleck*, ehemalige Lehrerin der Offenen Schule Kassel Waldau.

• *Infos und Anmeldung bis zum 13. Februar 2012: Evangelische Akademie, Gesundbrunnen 8-11, 34369 Hofgeismar; Fax: 05671881-154. E-Mail: [ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de](mailto:ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de), [www.akademie-hofgeismar.de](http://www.akademie-hofgeismar.de)*

### Schulfach Glück

Das Weiterbildungsangebot „Schule mit Sinn“ richtet sich an Lehrkräfte aller Schulformen, sozialpädagogische Fachkräfte, Trainer, Coachs und Ausbilder aus dem Bildungssektor. Ziel des Unterrichts kann es sein, Freude am Leben und an der Leistung zu empfinden, Hindernisse als Herausforderungen zu verstehen sowie die Einheit von Körper, Geist und Seele zu spüren.

Seminarleiter *Dominik Dallwitz-Wegner* ist Sozialpsychologe und ehemaliger Leiter des Fritz-Schubert-Instituts und wird von Dozentinnen und Dozenten aus der Theater- und Sportpädagogik unterstützt. Das Weiterbildungsprogramm stärkt die eigene Persönlichkeit, vermittelt Kerninhalte des Schulfachs Glück und fördert Lebenskompetenz und Lebensfreude. Ausbildungsinhalte sind die lösungsorientierte systemische Betrachtungsweise und die Basisprinzipien des mentalen Trainings mit Schülerinnen und Schülern.

Die Weiterbildung läuft von Februar bis Dezember 2012 und findet in 12 Modulen an zehn Wochenenden im „Zentrum des Vorderen Westens“ in Kassel statt (Freitag ab 10 bzw. 17 Uhr bis Samstag, 18 Uhr). Die Kosten liegen bei 2.400 Euro pro Person für 12 Weiterbildungsmodulare (ohne Unterbringung und Verköstigung).

• *Infos und Anmeldung: GlücksStifter, Hudtwalckerstrasse 31a, 22299 Hamburg; Tel. 040-46961718, E-Mail: [info@gluecksstifter.de](mailto:info@gluecksstifter.de), [www.fritz-schubert-institut.de](http://www.fritz-schubert-institut.de)*

## Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule  
im Dezember und Januar

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Die Wissenswert-Sendungen bieten vielseitige Rechercheergebnisse, Originaltöne und interessant aufbereitete Informationen und lassen sich in voller Länge oder auch in Ausschnitten in den Unterricht integrieren.

### Sprache und Literatur

- Warum Klassiker immer neu übersetzt werden (11.1.)
- Die Kunst des Übersetzens (12.1.)
- Thomas Bernhard (13.1.)
- Charles Dickens (7.2.)

### Naturwissenschaften und Mathematik

- Selbsterkenntnis bei Affen und Eltern? (16.1.)
- Europas Raumfahrtbahnhof Kourou (20.2.)
- Von Fabriken im All und Kolonien auf dem Mars (21.2.)
- SETI – die Suche nach den Außerirdischen (22.2.)
- **Albrecht Beutelspacher erzählt aus der Geschichte der Mathematik:** Hommage an Leonhard Euler (18.1.), Hommage an Kurt Gödel (19.1.), Hommage an David Hilbert (20.1.)
- **Harald Lesch führt durch Raum und Zeit:** Alltag (23.1.), Anfang (24.1.), Inventur (25.1.), Dimensionen (26.1.)

### Politische Bildung

- Denkort Bunker Valentin (17.1.)
- Das Projekt Aladin (27.1.)
- Warum Menschen in den Hungerstreik treten (30.1.)
- Somalia – Land außer Kontrolle (6.2.)

### Psychologie

#### Psychologische Schlüsselbegriffe:

- Grundvertrauen (31.1.)
- Selbstliebe (1.2.)
- Gelassenheit (2.2.)
- Rührung (3.2.)

### 175. Todestag von Georg Büchner

- Georg Büchner und seine Familie (13.2.)
- Der Revolutionär (14.2.)
- Der Naturforscher (15.2.)
- Das Forschungsobjekt (16.2.)
- Der Dichter (17.2.)

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

## SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

### Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**

Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

## Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

**Sendungen für die Schule**  
Montag bis Freitag von 9.30 bis  
10.15 Uhr im hr-fernsehen

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 45-minütige Sendestrecke, die nach §47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Genaues hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite [wissen.hr-online.de](http://wissen.hr-online.de).

### Naturwissenschaft und Technik

- Vögel im Winter (11.1.)
- Lebensraum Nordsee (18.1.)
- Lebensraum Ostsee (25.1.)
- Mystisches Moor (8.2.)
- Darwins Reise zur Evolution (28.2.)
- **Meilensteine der Naturwissenschaft und Technik:** Joseph Fraunhofer und die Spektrallinien (10.1.), Das Foucaultsche Pendel (17.1.), Max Planck (24.1.), Albert Einstein (31.1.), Edwin Powell Hubble - Das expandierende Universum (7.2.), James Prescott Joule

und William Thomson (14.2.), Michael Faraday - Strom aus Magneten (21.2.)

- **Achtung! Experiment:** 26-teilige Reihe, Start 6.1.2012, freitags, 9.55 Uhr

### Philosophie, Religion und Ethik

- **Vielfalt des Islam:** Glaube und Kultur (2.2.), Männer und Frauen (7.2.), Frieden und Gewalt (16.2.), Wissen und Fortschritt (23.2.)

### Deutsch, Literatur und Sprache

- **Das besondere Lernen:** Wenn Lesen und Schreiben zur Qual wird (16.1.), Wege aus der Stille (23.1.), Nicht nur für Brot allein (30.1.)
- **Dein Gehirn:** Konzentriere Dich! (30.1.), Lerne! (6.2.), Erinnere Dich! (13.2.)

### Geschichte

- Der 30-jährige Krieg (19. und 26.1.)
- Bauberufe im Mittelalter (20.2., 27.2.)

### Weitere Reihen:

- Vorstellung von Berufen: jeden Mittwoch 10-10.15 Uhr
- Wissen macht Ah! Jeden Dienstag 9.50-10.15 Uhr
- Fortsetzung folgt: jeden Donnerstag 9.30-10 Uhr

## Medientag im hr

**Medienpädagogische Fachtagung für Grundschullehrerinnen und -lehrer am Donnerstag, dem 3. Mai 2012, von 9 bis 17 Uhr, im Hessischen Rundfunk, Frankfurt, Bertramstraße 6**

Der Hessische Rundfunk, die Stiftung Zuhören und der Arbeitskreis Radio und Schule laden zur praktischen Zuhörförderung mit folgenden Arbeitsgruppen ein:

- Audioarbeit mit Kindern (Aufnahmen und Schneiden am Laptop)
- Kinderfunkkolleg, interaktives Wissen für Kinder

- neue auditive Kindermedien im Unterricht und für Hörclubs
- Einführung in die Hörclubarbeit
- Zuhör- und Literacy-Projekte für den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule

Die Veranstaltung ist akkreditiert. Für die Teilnahme wird eine Gebühr in Höhe von 10 Euro mit Verpflegung erhoben.

- **Anmeldung:** [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de), [schule@hr-online.de](mailto:schule@hr-online.de), Fax: 069-1554825, **Arbeitskreis Radio und Schule, Bertramstraße 8, 60320 Frankfurt (bitte Namen, Schul- und E-Mail-Adresse angeben)**





gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

## lea bildet...

**Jahrgangsübergreifendes Arbeiten in Klasse 1/2** | 18-01-12, Darmstadt |

**Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus** | 19-01-12, Frankfurt |

**Maschinenschein Metall** | 31-01, 07-02, 14-02-12, Wiesbaden | **Maschinenschein Holz-**  
**verarbeitung – Intensiv** | 31-01, 07-02, 14-02, 28-02, 06-03, 13-03, Fürth/Odenwald

**Lernatmosphäre im Klassenzimmer** | 07-02 und 08-02-12, Darmstadt |

**Arbeiten mit „schwierigen“ Jugendlichen (Basis-Workshop)** | 07-02 und 08-02-12, Darmstadt |

**Rhythm for Body & Voice – für den Musikunterricht (Sek. I)** | 07-02-12, Frankfurt |

**The American Dream in Film – Myth or Reality?** | 08-02-12, Hanau |

**Der Liederkompass** | 11-02-12, Wetzlar | **Einführung in das entwicklungspädagogische Konzept**

**ETEP** | 13-02-12, Gießen | **Beurteilen, fördern und Elternarbeit an Schulen** | 14-02-12, Marburg |

**Achtsamkeit in der Schule – Von der Selbstwahrnehmung zur Selbstkompetenz** | 15-02-12, Darmstadt |

**Besuch der Justizvollzugsanstalt Rockenberg** | 15-02-12, Rockenberg |

**Lehrer/innen an Ganztagschulen – Veränderung des Berufsbilds?** | 16-02-12, Kassel |

**Krieg, Atom, Armut – Die GRÜNEN als Teil des neokonservativen Rollbacks** | 16-02-12, Frankfurt |

**What to do with a storybook?** | 24-02-12, Seeheim-Jugenheim |

**Zivil-militärische Kooperation in der Schule** | 28-02-12, Gießen | **Inklusion – Wie kann,**  
**wie soll das gehen?** | 01-03-12, Marburg | Das vollständige Programm unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

[www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

fon 069 | 97 12 93 27 / 28  
fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main